

MEMORIAL

**Journal Officiel
du Grand-Duché de
Luxembourg**

**MEMORIAL**

**Amtsblatt
des Großherzogtums
Luxemburg**

RECUEIL DES SOCIÉTÉS ET ASSOCIATIONS

Le présent recueil contient les publications prévues par la loi modifiée du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales et par loi modifiée du 21 avril 1928 sur les associations et les fondations sans but lucratif.

C — N° 1807**21 décembre 2002****SOMMAIRE**

ABC Event S.A., Wiltz.	86723	Golfline, S.à r.l., Luxembourg	86728
ABC Event S.A., Wiltz.	86723	Investment So.Te.Co. International S.A.H., Lu-	
ABN Amro Multi-Manager Funds.	86729	xembourg	86718
Amity Internationale S.A., Luxembourg	86732	Jacoby Frères, S.à r.l., Derenbach.	86729
B.P.D. S.A., Luxembourg	86735	Kadjou S.A.H., Luxembourg	86734
Blaneau S.A., Luxembourg	86724	Lago S.A.H., Luxembourg	86736
Brasteco S.A., Luxembourg	86718	Landmark	86717
C.I.C.A.C. S.A.H., Luxembourg	86735	Liberty Ermitage Global Strategy Fund, Sicav, Lu-	
Canary Islands, S.à r.l., Hesperange	86722	xembourg	86698
Canillac Holding S.A., Luxembourg	86730	Log S.A., Luxembourg	86729
Compuvision Media Holding S.A., Luxembourg	86736	Loofinlux S.A.H., Luxembourg	86731
Credit Suisse Money Market Fund (Lux)	86718	Manuped, S.à r.l., Alzingen	86728
EntriumFonds.	86716	Milestone.	86717
Euroclass Multimedia Holding S.A., Luxembourg	86734	Next Consulting, S.à r.l., Grevenmacher	86720
Faber (Luxembourg) Holding S.A., Luxembourg	86730	Otis S.A. Luxembourg, Luxembourg	86730
Financial Overseas Investment S.A.H., Luxem-		Pindella Holding S.A., Luxembourg	86736
bourg.	86733	Putnam International Fund, Sicav, Luxembourg	86732
Générale Frigorifique Européenne S.A., Luxem-		Ridgewell International S.A.H., Luxembourg	86731
bourg.	86726	Rispoll Investment Holding S.A., Luxembourg	86733
Gepe Invest S.A., Strassen	86735	Robinet Electricité, S.à r.l., Clemency	86689
Geram International Holding S.A., Luxembourg	86734	SLS S.A., Luxembourg.	86733
Global Value Manager Umbrella Fund.	86690	Sorokina S.A.H., Luxembourg	86730
Golden Bridge Holding S.A., Luxembourg	86734	Summa Gestion S.A.H., Luxembourg	86731
Golfline, S.à r.l., Luxembourg	86727	Windpark Op Der Hei AG, Diekirch	86728

ROBINET ELECTRICITE, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-4960 Clemency, 7, rue de Bascharage.

R. C. Luxembourg B 62.534.

Le bilan au 31 décembre 2001, enregistré à Luxembourg, le 2 décembre 2002, vol. 577, fol. 33, case 6, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 4 décembre 2002.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 4 décembre 2002.

Signature.

(87764/000/10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 4 décembre 2002.

GLOBAL VALUE MANAGER UMBRELLA FUND, Fond Commun de Placement.**VERWALTUNGSREGLEMENT****Art. 1. Der Fonds**

1. Der als Dachfonds aufgelegte GLOBAL VALUE MANAGER UMBRELLA FUND (der «Fonds») ist ein rechtlich unselbständiges Sondervermögen («fonds commun de placement») des offenen Typs, das unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung von der Verwaltungsgesellschaft verwaltet wird.

Das Netto-Fondsvermögen (Fondsvermögen abzüglich der dem Fonds zuzurechnenden Verbindlichkeiten) muss mindestens EUR 1.239.467,62 innerhalb von sechs Monaten nach Genehmigung des Fonds erreichen. Hierfür ist auf das Netto-Fondsvermögen des Fonds insgesamt abzustellen, das sich aus der Addition der Netto-Fondsvermögen der Teilfonds ergibt.

2. Die vertraglichen Rechte und Pflichten der Inhaber von Anteilen («Anteilinhaber»), der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank sind in dem Verwaltungsreglement geregelt, das von der Verwaltungsgesellschaft mit Zustimmung der Depotbank erstellt wird. Dessen gültige Fassung sowie eventuelle Abänderungen desselben sind im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations («Mémorial»), dem Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg, veröffentlicht.

Durch den Kauf eines Anteils erkennt jeder Anteilinhaber das Verwaltungsreglement sowie alle Änderungen desselben an. Die Verwaltungsgesellschaft erstellt ebenfalls einen Verkaufsprospekt entsprechend den Bestimmungen des Luxemburger Rechts.

3. Der Fonds besteht aus einem oder mehreren Teilfonds im Sinne von Artikel 111 des Gesetzes vom 30. März 1988 über Organismen für gemeinsame Anlagen (das «Gesetz vom 30. März 1988»). Die Gesamtheit der Teilfonds ergibt den Fonds. Jeder Anleger ist am Fonds durch Beteiligung an einem Teilfonds beteiligt.

4. Jeder Teilfonds gilt im Verhältnis der Anteilinhaber untereinander als eigenständiges Sondervermögen. Die Rechte und Pflichten der Anteilinhaber eines Teilfonds sind von denen der Anteilinhaber der anderen Teilfonds getrennt. Die Vermögenswerte eines Teilfonds haften nicht für Verbindlichkeiten, welche von einem anderen Teilfonds eingegangen wurden.

5. Die Anteilwertberechnung erfolgt separat für jeden Teilfonds nach den in Artikel 8 des Verwaltungsreglements festgesetzten Regeln.

6. Die im Verwaltungsreglement aufgeführten Anlagebeschränkungen sind auf jeden Teilfonds separat anwendbar. Unbeschadet dessen ist jedoch die Regelung in Artikel 4 Nr. 1, 2. Absatz, Satz 2 auf den jeweiligen Teilfonds sowie auf den Fonds insgesamt anzuwenden.

7. Die Verwaltungsgesellschaft kann jederzeit neue Teilfonds auflegen. Teilfonds können auf bestimmte Zeit errichtet werden.

Art. 2. Die Verwaltungsgesellschaft

1. Verwaltungsgesellschaft ist die LRI FUND MANAGEMENT COMPANY S.A.

2. Die Verwaltungsgesellschaft verwaltet den Fonds im eigenen Namen, jedoch ausschließlich im Interesse und für gemeinschaftliche Rechnung der Anteilinhaber. Die Verwaltungsbefugnis erstreckt sich auf die Ausübung aller Rechte, welche unmittelbar oder mittelbar mit den Vermögenswerten des Fonds bzw. seiner Teilfonds zusammenhängen.

3. Die Verwaltungsgesellschaft legt die Anlagepolitik des Fonds und des jeweiligen Teilfonds unter Berücksichtigung der gesetzlichen und vertraglichen Anlagebeschränkungen fest. Der Verwaltungsrat der Verwaltungsgesellschaft kann eines oder mehrere seiner Mitglieder sowie sonstige natürliche oder juristische Personen mit der Ausführung der täglichen Anlagepolitik betrauen.

4. Die Verwaltungsgesellschaft kann unter eigener Verantwortung und Kontrolle sowie auf Kosten des jeweiligen Teilfonds einen Fondsmanager hinzuziehen.

Art. 3. Die Depotbank

1. Depotbank für den Fonds ist die LANDESBANK RHEINLAND-PFALZ INTERNATIONAL S.A. Luxembourg.

2. Die Depotbank ist mit der Verwahrung der Vermögenswerte des Fonds und seiner Teilfonds beauftragt. Die Rechte und Pflichten der Depotbank richten sich nach dem Gesetz, dem Verwaltungsreglement und dem Depotbankvertrag.

3. Alle Investmentanteile, flüssigen Mittel und anderen Vermögenswerte des Fonds und seiner Teilfonds werden von der Depotbank in gesperrten Konten und Depots verwahrt, über die nur in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Verwaltungsreglements verfügt werden darf. Die Depotbank kann unter ihrer Verantwortung und mit Einverständnis der Verwaltungsgesellschaft, andere Banken und Wertpapiersammelstellen mit der Verwahrung von Wertpapieren, Investmentanteilen und sonstigen Vermögenswerten beauftragen.

4. Soweit gesetzlich zulässig, ist die Depotbank berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen

a) Ansprüche der Anteilinhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder eine frühere Depotbank geltend zu machen;
b) gegen Vollstreckungsmaßnahmen Dritter Widerspruch zu erheben und vorzugehen, wenn wegen eines Anspruchs vollstreckt wird, für den das Fondsvermögen oder das Vermögen der jeweiligen Teilfonds nicht haftet.

Die unter 4. a) genannte Regelung schließt die Geltendmachung von Ansprüchen gegen die Verwaltungsgesellschaft durch die Anteilinhaber nicht aus.

5. Die Depotbank ist an Weisungen der Verwaltungsgesellschaft gebunden, sofern solche Weisungen nicht dem Gesetz, dem Verwaltungsreglement, dem Depotbankvertrag oder dem Verkaufsprospekt widersprechen.

6. Die Depotbank ist berechtigt, die Depotbankbestellung jederzeit im Einklang mit dem jeweiligen Depotbankvertrag zu kündigen. In diesem Falle ist die Verwaltungsgesellschaft verpflichtet, den Fonds gemäß Artikel 14 des Verwaltungsreglements aufzulösen oder innerhalb von zwei Monaten mit Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde eine andere Bank zur Depotbank zu bestellen; bis dahin wird die bisherige Depotbank zum Schutz der Interessen der Anteilinhaber ihren Pflichten als Depotbank in vollem Umfang nachkommen.

Die Verwaltungsgesellschaft ist ebenfalls berechtigt, die Depotbankbestellung jederzeit im Einklang mit dem jeweiligen Depotbankvertrag zu kündigen. Eine derartige Kündigung hat notwendigerweise die Auflösung des Fonds gemäß Artikel 14 des Verwaltungsreglements zur Folge, sofern die Verwaltungsgesellschaft nicht innerhalb von 2 Monaten eine andere Bank mit Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde zur Depotbank bestellt hat, welche die gesetzlichen Funktionen der vorherigen Depotbank übernimmt.

Art. 4. Allgemeine Richtlinien für die Anlagepolitik

Der Fonds besteht aus mehreren Teilfonds. Diese können sich hinsichtlich der Anlageziele und der Fondsarten, in die investiert werden darf («Zielfonds») sowie hinsichtlich ihrer Gewichtung in Bezug auf die anlagepolitischen Zielsetzungen der Zielfonds unterscheiden.

Das Vermögen der Teilfonds wird unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung nach den nachfolgend beschriebenen anlagepolitischen Grundsätzen und innerhalb der Anlagebeschränkungen gemäß diesem Artikel des Verwaltungsreglements angelegt.

1. Organismen für gemeinsame Anlagen («OGA»)

Für jeden Teilfonds werden vorwiegend Anteile an solchen Organismen für gemeinsame Anlagen («OGA») des offenen Typs erworben, deren Anlagepolitik dem Grundsatz der Risikostreuung im Sinne der Regeln für Luxemburger Organismen für gemeinsame Anlagen nach Teil II des Gesetzes vom 30. März 1988 folgt und die in ihrem Ursprungsland einer gesetzlich zum Schutz des Anlegers eingerichteten Investitionsaufsicht unterliegen; in diesem Zusammenhang werden die Teilfonds Anteile an OGA aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Union («EU»), Kanada, den USA, Japan, Hongkong oder der Schweiz erwerben.

Daneben kann das jeweilige Teilfondsvermögen auch in andere offene Zielfonds investiert werden. Für den jeweiligen Teilfonds sowie für den Fonds insgesamt dürfen nicht mehr als 10% der ausgegebenen Anteile dieser Zielfonds erworben werden. Des Weiteren dürfen höchstens 10% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens in Anteile eines einzigen dieser Zielfonds investiert werden. Die vorstehenden Anlagegrenzen beziehen sich bei Zielfonds, die aus mehreren Teilfonds bestehen («Umbrella-Fonds»), jeweils auf einen Teilfonds. Dabei darf es nicht zu einer übermäßigen Konzentration des Netto-Teilfondsvermögens auf einen einzigen Umbrella-Fonds kommen. Diese zuletzt genannten Zielfonds können gegebenenfalls in ihrem Sitzland einer mit den Standards der Luxemburger Behörde nicht vergleichbaren Aufsicht unterliegen.

Jeder Teilfonds wird mindestens 20% des Netto-Teilfondsvermögens in Investmentanteilen von Zielfonds des offenen Typs investieren. Jeder Teilfonds kann bis zu 100% seines Netto-Teilfondsvermögens in Investmentanteilen der oben genannten Art anlegen. Die Anlage in Zielfonds des offenen Typs darf zu keiner Zeit eine übermäßige Konzentration des Vermögens des jeweiligen Teilfonds in einem einzigen dieser Zielfonds zur Folge haben.

OGA des geschlossenen Typs gelten als Wertpapiere und unterliegen den nachfolgend unter Nummer 2. genannten Anlagebeschränkungen.

2. Wertpapiere und Geldmarktinstrumente

a) Das Vermögen eines Teilfonds kann unter Berücksichtigung der nachfolgend beschriebenen Anlagebeschränkungen in Wertpapieren und regelmäßig gehandelten Geldmarktinstrumenten («Geldmarktinstrumente») sowie sonstigen zulässigen Vermögenswerten einschließlich flüssigen Mitteln angelegt werden.

Für die Anlage in Wertpapieren und/oder Geldmarktinstrumenten gelten grundsätzlich folgende Anlagebeschränkungen:

aa) die Verwaltungsgesellschaft darf für einen Teilfonds nicht mehr als 10% des Netto-Vermögens dieses Teilfonds in solchen Wertpapieren anlegen, die weder an einer Börse notiert sind, noch auf einem geregelten Markt, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist («geregelter Markt»), gehandelt werden;

bb) die Verwaltungsgesellschaft darf für einen Teilfonds sowie für den Fonds insgesamt höchstens 10% der Wertpapiere und/oder Geldmarktinstrumente ein und desselben Emittenten, die einer Kategorie zuzurechnen sind, erwerben;

cc) höchstens 10% des Netto-Vermögens eines Teilfonds dürfen in Wertpapieren und/oder Geldmarktinstrumenten ein und desselben Emittenten angelegt werden.

Die unter aa) bis cc) aufgeführten Anlagebeschränkungen sind nicht anwendbar im Hinblick auf die Vermögensanlage in solchen Wertpapieren und/oder Geldmarktinstrumenten, die von Mitgliedstaaten der OECD oder deren Gebietskörperschaften oder von supranationalen Einrichtungen und Körperschaften gemeinschaftsrechtlicher, regionaler oder weltweiter Natur begeben oder garantiert werden.

b) Wertpapierleihe

Im Rahmen eines standardisierten Wertpapierleihsystems können Wertpapiere im Wert von bis zu 50% des Wertes des Wertpapierbestandes eines Teilfonds auf höchstens 30 Tage verliehen werden. Voraussetzung ist, dass dieses Wertpapierleihsystem durch einen anerkannten Abrechnungsorganismus oder durch ein auf solche Geschäfte spezialisiertes Finanzinstitut erster Ordnung organisiert ist.

Die Wertpapierleihe kann mehr als 50% des Wertes des Wertpapierbestandes eines Teilfonds erfassen und/oder über mehr als 30 Tage erfolgen, sofern dem jeweiligen Teilfonds das Recht eingeräumt ist, den Wertpapierleihvertrag jederzeit zu kündigen und die verliehenen Wertpapiere zurückzuverlangen.

Der jeweilige Teilfonds muss im Rahmen der Wertpapierleihe grundsätzlich eine Garantie erhalten, deren Gegenwert zur Zeit des Vertragsabschlusses mindestens dem Gesamtwert der verliehenen Wertpapiere entspricht. Diese Garantie kann in flüssigen Mitteln bestehen oder in Wertpapieren, die durch Mitgliedstaaten der OECD, deren Gebietskörperschaften oder internationalen Organismen begeben oder garantiert und zu Gunsten des jeweiligen Teilfonds während der Laufzeit des Wertpapierleihvertrages gesperrt werden.

Einer Garantie bedarf es nicht, sofern die Wertpapierleihe im Rahmen von Clearstream, Euroclear oder einem sonstigen anerkannten Abrechnungsorganismus stattfindet, der selbst zu Gunsten des Verleihers der verliehenen Wertpapiere mittels einer Garantie oder auf andere Weise Sicherheit leistet.

c) Pensionsgeschäfte

Ein Teilfonds kann von Zeit zu Zeit Wertpapiere in Form von Wertpapierpensionsgeschäften kaufen, sofern der Vertragspartner sich zur Rücknahme der Wertpapiere verpflichtet, sowie Wertpapiere in Form von Pensionsgeschäften verkaufen. Dabei muss der Vertragspartner eines solchen Geschäfts ein Finanzinstitut erster Ordnung und auf solche Geschäfte spezialisiert sein. Im Rahmen eines Wertpapierpensionsgeschäftes erworbene Wertpapiere kann der Teilfonds während der Laufzeit des entsprechenden Wertpapierpensionsgeschäftes nicht veräußern. Im Rahmen des Verkaufs von Wertpapieren in Form von Wertpapierpensionsgeschäften ist der Umfang der Wertpapierpensionsgeschäfte stets auf einem Niveau zu halten, das es dem Teilfonds ermöglicht, jederzeit seiner Verpflichtung zur Rücknahme von Anteilen nachzukommen.

3. Anlagetechniken und -instrumente

a) Finanzinstrumente

Die Verwaltungsgesellschaft darf im Rahmen der ordnungsgemäßen Verwaltung für Rechnung des jeweiligen Teilfonds folgende Geschäfte tätigen, die Finanzinstrumente zum Gegenstand haben:

aa) Optionen

(1) Die Verwaltungsgesellschaft kann unter Beachtung der in diesem Absatz erwähnten Anlagebeschränkungen für jeden Teilfonds Kaufoptionen («Call-Optionen») und Verkaufsoptionen («Put-Optionen») auf Wertpapiere, Börsenindizes, Finanzterminkontrakte und sonstige Finanzinstrumente kaufen und verkaufen, sofern diese Optionen an einer Börse notiert oder an einem anderen geregelten Markt gehandelt werden.

(2) Die Summe der Prämien für den Erwerb der unter (1) genannten Optionen darf 15% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens nicht übersteigen.

(3) Für jeden Teilfonds können Call-Optionen auf Wertpapiere verkauft werden, sofern die Summe der Ausübungspreise solcher Optionen zum Zeitpunkt des Verkaufs 25% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens nicht übersteigt. Diese Anlagegrenze gilt nicht, soweit verkaufte Call-Optionen durch Wertpapiere unterlegt oder durch andere Instrumente abgesichert sind.

Im Übrigen muss der Teilfonds jederzeit in der Lage sein, die Deckung von Positionen aus dem Verkauf ungedeckter Call-Optionen sicherzustellen.

(4) Die gesamten Verpflichtungen aus dem Verkauf von Kauf- und Verkaufsoptionen (mit Ausnahme des Verkaufs von Kaufoptionen, für die eine angemessene Deckung vorhanden ist) sowie die gesamten Verpflichtungen aus den in (3.a)cc) unten aufgeführten Transaktionen dürfen zu keiner Zeit das jeweilige Netto-Teilfondsvermögen überschreiten. In diesem Zusammenhang entsprechen die eingegangenen Verpflichtungen aus dem Verkauf von Kauf- und Verkaufsoptionen dem Gesamtbetrag der bei Ausübung dieser Optionen geltenden Preise.

(5) Verkauft die Verwaltungsgesellschaft für einen Teilfonds Put-Optionen, so muss der jeweilige Teilfonds während der gesamten Laufzeit der Optionen über ausreichende flüssige Mittel verfügen, um den Verpflichtungen aus dem Optionsgeschäft nachkommen zu können.

bb) Finanzterminkontrakte

(1) Die Verwaltungsgesellschaft kann für einen Teilfonds Finanzterminkontrakte als Zinsterminkontrakte sowie als Kontrakte auf Börsenindizes verkaufen, soweit diese Finanzterminkontrakte an hierfür vorgesehenen Börsen notiert oder auf einem anderen geregelten Markt, der ordnungsgemäß funktioniert, anerkannt und für das Publikum offen ist, gehandelt werden.

(2) Durch den Handel mit Finanzterminkontrakten kann die Verwaltungsgesellschaft bestehende Aktien- und Rentenpositionen gegen Kursverluste absichern. Mit dem gleichen Ziel kann die Verwaltungsgesellschaft Call-Optionen auf Finanzterminkontrakte verkaufen oder Put-Optionen auf Finanzterminkontrakte kaufen.

(3) Die Verwaltungsgesellschaft kann für einen Teilfonds daneben Finanzterminkontrakte und Optionen auf Finanzterminkontrakte zu anderen als zu Absicherungszwecken kaufen und verkaufen.

cc) Gemeinsame Anlagebeschränkungen

Die Gesamtheit der Verbindlichkeiten aus Finanzterminkontrakten und Optionsgeschäften, die der Absicherung von Vermögenswerten dienen, darf grundsätzlich den Gesamtwert der abgesicherten Werte nicht übersteigen.

Die Gesamtheit der Verbindlichkeiten aus Finanzterminkontrakten und Optionsgeschäften, die nicht der Absicherung von Vermögenswerten dienen, darf das jeweilige Netto-Teilfondsvermögen zu keiner Zeit übersteigen.

Bei der Bewertung der hier erwähnten Anlagebeschränkungen bleiben Verkäufe von Call-Optionen außer Betracht, die durch angemessene Werte im Fondsvermögen des jeweiligen Teilfonds unterlegt sind.

Anlagepositionen basieren auf den prognostizierten zukünftigen Entwicklungen auf den Finanzmärkten. In diesem Zusammenhang und mit Ausnahme von Optionskontrakten auf Wertpapiere (vgl. dazu 3.) a) aa) (4) oben) sowie Währungskontrakten können für einen Fonds zu Zwecken, die außerhalb von Sicherungsgeschäften liegen, Termin- und Optionskontrakte auf alle Finanzinstrumente gekauft und verkauft werden, sofern die gesamten Verpflichtungen aus diesen Käufen und Verkäufen einschließlich der gesamten Verpflichtungen aus der Veräußerung von Kauf- und Verkaufsoptionen auf Wertpapiere zu keiner Zeit das jeweilige Netto-Fondsvermögen überschreiten.

Verkäufe von Kaufoptionen auf Wertpapiere, für die eine angemessene Deckung vorhanden ist, sind in die Berechnung der vorgenannten Gesamtverpflichtungen nicht einbezogen.

In diesem Zusammenhang gilt für die Verpflichtungen aus Transaktionen, die nicht im Zusammenhang mit Optionen auf Wertpapiere stehen, folgende Definition:

- die Verpflichtungen aus Terminkontrakten entsprechen dem Liquidationswert der Nettoposition von Kontrakten im Zusammenhang mit identischen Finanzinstrumenten (nach Saldierung der Kauf- und Verkaufspositionen), und zwar ohne Berücksichtigung der jeweiligen Fälligkeitstermine, und

- die Verpflichtungen im Zusammenhang mit gekauften und verkauften Optionen entsprechen der Summe der bei Ausübung dieser Optionen geltenden Preise entsprechend der Netto-Verkaufsposition im Zusammenhang mit demselben zugrundeliegenden Vermögenswert, und zwar ohne Berücksichtigung der jeweiligen Fälligkeitstermine.

Der Gesamtbetrag der beim Erwerb von Kauf- und Verkaufsoptionen gemäß vorliegenden Richtlinien gezahlten Optionsprämien einschließlich des Gesamtbetrags der für den Kauf von Kauf- und Verkaufsoptionen auf Wertpapiere nach Maßgabe der Richtlinien unter 3.) a) aa) (2) gezahlten Optionsprämien darf 15% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens nicht überschreiten.

b. Sonstige Techniken und Instrumente

Die Verwaltungsgesellschaft kann sich für einen Teilfonds sonstiger Techniken und Instrumente bedienen, die Wertpapiere zum Gegenstand haben, sofern die Verwendung solcher Techniken und Instrumente im Hinblick auf die ordentliche Verwaltung des Teilfondsvermögens geschieht. Dies gilt insbesondere für Tauschgeschäfte mit Zinssätzen («Zins-Swaps»), die im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften zu Sicherungszwecken vorgenommen werden können. Die Gesamtverpflichtungen aus solchen Zins-Swaps, Zins-Terminkontrakten und Zins-Optionen dürfen den Gesamtwert der zu sichernden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Fonds in der Währung dieser Zins-Swaps nicht überschreiten. Darüber hinaus sind solche Geschäfte ausschließlich mit erstklassigen, auf solche Geschäfte spezialisierten Finanzinstituten zulässig.

c. Devisensicherung

Zur Absicherung von Devisenrisiken kann die Verwaltungsgesellschaft für einen Teilfonds Devisenterminkontrakte verkaufen sowie Call-Optionen auf Devisen verkaufen und Put-Optionen auf Devisen kaufen. Die beschriebenen Operationen müssen grundsätzlich an einer Börse oder auf einem anderen geregelten Markt, der ordnungsgemäß funktioniert, anerkannt und für das Publikum offen ist, durchgeführt werden.

Die Verwaltungsgesellschaft kann für einen Teilfonds zu Absicherungszwecken außerdem auch Devisen auf Termin verkaufen, beziehungsweise im Rahmen freihändiger Geschäfte umtauschen, sofern die Vertragspartner erstklassige, auf solche Geschäfte spezialisierte Finanzinstitute sind.

Devisensicherungsgeschäfte setzen in der Regel eine unmittelbare Verbindung zu den abgesicherten Werten voraus. Sie dürfen daher grundsätzlich nicht den Wert bzw. die Restlaufzeit der in der gesicherten Währung für den jeweiligen Teilfonds gehaltenen Vermögenswerte überschreiten.

4. Kredite und Belastungsverbote

a) Das Fondsvermögen darf nicht verpfändet oder sonst belastet, zur Sicherung übereignet oder zur Sicherung abgetreten werden, es sei denn, es handelt sich um Kreditaufnahmen im Sinne des nachstehenden Buchstaben b).

b) Kredite zu Lasten eines Teilfonds dürfen nur kurzfristig und bis zu einer Höhe von 10% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens aufgenommen werden, sofern die Depotbank der Kreditaufnahme und deren Bedingungen zustimmt.

c) Daneben kann ein Teilfonds Fremdwährungen im Rahmen eines «back-to-back» Darlehens erwerben.

d) Zu Lasten eines Teilfondsvermögens dürfen weder Kredite gewährt noch für Dritte Bürgschaftserklärungen eingegangen werden.

5. Weitere Anlagebeschränkungen

Für einen Teilfonds werden keine Anteile an Futures Fonds, sowie an OGA erworben, deren Anlagepolitik ihrerseits die Anlage in anderen OGA zum Ziel hat.

Der jeweilige Teilfonds kann flüssige Mittel in Form von Bankguthaben und regelmäßig gehandelten Geldmarktinstrumenten in Höhe von bis zu maximal 49% seines Netto-Teilfondsvermögens halten oder als Festgelder anlegen. Diese sollen grundsätzlich akzessorischen Charakter haben. Die Geldmarktinstrumente dürfen im Zeitpunkt des Erwerbs für den jeweiligen Teilfonds eine Restlaufzeit von höchstens 12 Monaten haben.

6. Überschreitung von Anlagebeschränkungen

Werden die in diesem Artikel genannten Anlagebeschränkungen unbeabsichtigt oder durch die Ausübung von Zeichnungsrechten überschritten, wird die Verwaltungsgesellschaft anstreben, die Normalisierung der Lage unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilinhaber zu erreichen.

Art. 5. Fondsanteile

1. Fondsanteile sind Anteile an dem jeweiligen Teilfonds. Sie werden durch Anteilzertifikate in der durch die Verwaltungsgesellschaft aufgelegten und im Verkaufsprospekt aufgeführten Stückelung, die auf den Inhaber lauten, ausgegeben. Die Verwaltungsgesellschaft kann die Verbriefung in Globalzertifikaten vorsehen. Ein Anspruch der Anteilinhaber auf Auslieferung effektiver Stücke besteht in diesem Fall nicht. Die Verbriefung in Globalzertifikaten findet gegebenenfalls Erwähnung im Verkaufsprospekt des Fonds.

2. Alle Anteile haben gleiche Rechte.

3. Die Verwaltungsgesellschaft kann für einen Teilfonds zwei oder mehrere Anteilklassen vorsehen, welche sich wie folgt unterscheiden können:

a. hinsichtlich der Kostenstruktur im Hinblick auf den jeweiligen Ausgabeaufschlag, die jeweilige Rücknahmegebühr bzw. Vertriebsprovision

b. hinsichtlich der Kostenstruktur im Hinblick auf das Entgelt für die Verwaltungsgesellschaft

c. hinsichtlich der Regelungen über den Vertrieb und des Mindestzeichnungsbetrags oder der Mindesteinlage

d. hinsichtlich der Ausschüttungspolitik

e. hinsichtlich der Währung, auf welche die Anteilklassen lauten

f. hinsichtlich jedweder anderer Kriterien, die von der Verwaltungsgesellschaft bestimmt werden.

Alle Anteile sind vom Tage ihrer Ausgabe an in gleicher Weise an Erträgen, Kursgewinnen und am Liquidationserlös ihrer jeweiligen Anteilklasse berechtigt.

4. Sofern Anteilklassen gebildet werden, findet dies Erwähnung im Verkaufsprospekt.

5. Ausgabe und Rücknahme der Anteile sowie die Vornahme von Zahlungen auf Anteile sowie gegebenenfalls auf Ertragscheine erfolgen bei der Verwaltungsgesellschaft sowie über jede Zahl- und Vertriebsstelle.

Art. 6. Ausgabe von Anteilen

1. Anteile werden an jedem Tag, der sowohl in Luxemburg als auch in Frankfurt am Main ein Bankarbeitstag ist («Bewertungstag») ausgegeben. Ausgabepreis ist der Anteilwert gemäß Artikel 8 des Verwaltungsreglements zuzüglich einer etwaigen Verkaufsprovision zugunsten der Vertriebsstellen und zuzüglich einer Strukturierungsgebühr zugunsten des jeweiligen Teilfonds, deren jeweilige Höhe im Verkaufsprospekt aufgeführt ist. Der Ausgabepreis ist innerhalb von zwei Bankarbeitstagen nach dem entsprechenden Bewertungstag in Luxemburg zahlbar.

2. Für alle Zeichnungen, die bis spätestens 18.00 Uhr (Luxemburger Zeit) an einem Bewertungstag bei der Verwaltungsgesellschaft eintreffen, gilt der am nächsten Bewertungstag ermittelte Ausgabepreis. Für Zeichnungen, die nach 18.00 Uhr (Luxemburger Zeit) an einem Bewertungstag bei der Verwaltungsgesellschaft eintreffen, kommt der am übernächsten Bewertungstag ermittelte Ausgabepreis zur Anwendung.

3. Die Anteile werden unverzüglich nach Eingang des Ausgabepreises bei der Depotbank im Auftrag der Verwaltungsgesellschaft von der Depotbank zugeteilt und dem Anteilinhaber in entsprechender Höhe übertragen.

4. Die Depotbank wird auf nicht ausgeführte Zeichnungsanträge eingehende Zahlungen unverzüglich zurückzahlen.

Art. 7. Beschränkungen der Ausgabe von Anteilen

Die Verwaltungsgesellschaft hat bei der Ausgabe von Anteilen eines Teilfonds die Gesetze und Vorschriften aller Länder, in welchen Anteile angeboten werden, zu beachten. Die Verwaltungsgesellschaft kann jederzeit aus eigenem Ermessen einen Zeichnungsantrag zurückweisen oder die Ausgabe von Anteilen zeitweilig beschränken, aussetzen oder endgültig einstellen, wenn es sich bei den Käufern um natürliche oder juristische Personen handelt, die in bestimmten Ländern oder Gebieten wohnhaft oder eingetragen sind. Die Verwaltungsgesellschaft kann auch natürliche oder juristische Personen vom Erwerb von Anteilen ausschließen, falls eine solche Maßnahme zum Schutz der Anteilinhaber eines Teilfonds oder des Fonds selbst notwendig werden sollte. Weiterhin kann die Verwaltungsgesellschaft:

- a) aus eigenem Ermessen jeden Zeichnungsantrag auf Erwerb von Anteilen zurückweisen;
- b) jederzeit Anteile gegen Zahlung des Rücknahmepreises zurückkaufen, die von Anteilhabern gehalten werden, welche vom Erwerb oder Besitz von Anteilen ausgeschlossen sind.

Art. 8. Währung und Anteilwertberechnung

1. Das Netto-Fondsvermögen des Fonds lautet auf Euro (EUR) («Fondswährung»). Der Wert eines Anteils («Anteilwert») lautet auf die im Verkaufsprospekt festgelegte Währung, in welcher der jeweilige Teilfonds aufgelegt wird («Referenzwährung»). Er wird unter Aufsicht der Depotbank von der Verwaltungsgesellschaft oder einem von ihr beauftragten Dritten an jedem Bewertungstag berechnet. Die Berechnung erfolgt durch Teilung des Netto-Fondsvermögens des jeweiligen Teilfonds durch die Zahl der am Bewertungstag im Umlauf befindlichen Anteile an diesem Teilfonds.

2. Soweit in Jahres- und Halbjahresberichten sowie sonstigen Finanzstatistiken aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder gemäß den Regelungen des Verwaltungsreglements Auskunft über die Situation des Fondsvermögens des Fonds insgesamt gegeben werden muss, werden die Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds in die Fondswährung umgerechnet.

3. Das Netto-Fondsvermögen des jeweiligen Teilfonds wird nach folgenden Grundsätzen berechnet:

- a) Investmentanteile werden zum letzten festgestellten und erhältlichen Rücknahmepreis bewertet.
- b) Geldmarktinstrumente bzw. Wertpapiere, die an einer Börse amtlich notiert sind, werden zum letzten verfügbaren bezahlten Kurs bewertet.
- c) Geldmarktinstrumente bzw. Wertpapiere, die nicht an einer Börse amtlich notiert sind, die aber an einem anderen geregelten Markt, der ordnungsgemäß funktioniert, anerkannt und für das Publikum offen ist, gehandelt werden, werden zu einem Kurs bewertet, der nicht geringer als der Geldkurs und nicht höher als der Briefkurs zur Zeit der Bewertung sein darf und den die Verwaltungsgesellschaft für den bestmöglichen Kurs hält, zu dem die Wertpapiere und Geldmarktinstrumente verkauft werden können.
- d) Die flüssigen Mittel werden zu ihrem Nennwert zuzüglich Zinsen bewertet.
- e) Falls für die unter Buchstabe a) genannten Anteile die Rücknahme zum Anteilwert ausgesetzt ist oder keine Anteilwerte festgelegt werden, oder falls die gemäß vorstehend b) und c) ermittelten Kurse nicht marktgerecht sind oder für andere als die unter b) und c) aufgeführten Vermögenswerte eine Kursfestlegung nicht erfolgt, werden diese Anteile oder Wertpapiere ebenso wie alle anderen Vermögenswerte zum jeweiligen Verkehrswert bewertet, wie ihn die Verwaltungsgesellschaft nach Treu und Glauben und allgemein anerkannten, von Wirtschaftsprüfern nachprüfaren Bewertungsregeln festlegt.
- f) Alle nicht auf die Referenzwährung lautenden Vermögenswerte werden zum letzten Devisenmittelkurs in die Referenzwährung umgerechnet.

4. Sofern für einen Teilfonds zwei oder mehrere Anteilklassen gemäß Artikel 5 des Verwaltungsreglements eingerichtet sind, ergeben sich für die Anteilwertberechnung folgende Besonderheiten:

- a) Die Anteilwertberechnung erfolgt nach den unter Absatz 1 dieses Artikels aufgeführten Kriterien für jede Anteilklasse separat.
- b) Der Mittelzufluss aufgrund der Ausgabe von Anteilen erhöht den prozentualen Anteil der jeweiligen Anteilklasse am gesamten Wert des Netto-Fondsvermögens des jeweiligen Teilfonds. Der Mittelabfluß aufgrund der Rücknahme von Anteilen vermindert den prozentualen Anteil der jeweiligen Anteilklasse am gesamten Wert des Netto-Fondsvermögens des jeweiligen Teilfonds.

5. Die Verwaltungsgesellschaft kann für umfangreiche Rücknahmeanträge, die nicht aus den liquiden Mitteln und zulässigen Kreditaufnahmen des jeweiligen Teilfonds befriedigt werden können, nach vorheriger Zustimmung der Depot-

bank den Anteilwert auf der Basis der Kurse des Bewertungstages bestimmen, an welchem sie für den Teilfonds die erforderlichen Wertpapierverkäufe vornimmt. In diesem Falle wird für gleichzeitig eingereichte Zeichnungs- und Rücknahmeanträge dieselbe Berechnungsweise angewandt.

Art. 9. Rücknahme und Umtausch von Anteilen

1. Die Anteilinhaber sind berechtigt, jederzeit die Rücknahme ihrer Anteile zum Rücknahmepreis zu verlangen. Diese Rücknahme erfolgt nur an einem Bewertungstag. Rücknahmepreis ist der Anteilwert gemäß Artikel 8 des Verwaltungsreglements. Die Zahlung des Rücknahmepreises erfolgt innerhalb von zwei Bankarbeitstagen nach dem entsprechenden Bewertungstag gegen Rückgabe der Anteile.

2. Für alle Rücknahmeanträge, die bis spätestens 18.00 Uhr (Luxemburger Zeit) an einem Bewertungstag bei der Verwaltungsgesellschaft eintreffen, gilt der am nächsten Bewertungstag ermittelte Rücknahmepreis je Anteil. Für alle Rücknahmesuche, die nach 18.00 Uhr (Luxemburger Zeit) an einem Bewertungstag bei der Verwaltungsgesellschaft eintreffen, gilt der am übernächsten Bewertungstag ermittelte Rücknahmepreis.

3. Die Verwaltungsgesellschaft ist nach vorheriger Genehmigung durch die Depotbank berechtigt, umfangreiche Rücknahmen, die nicht aus den flüssigen Mitteln und zulässigen Kreditaufnahmen eines Teilfonds befriedigt werden können, erst zu tätigen, nachdem entsprechende Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds ohne Verzögerung verkauft wurden. In diesem Falle erfolgt die Rücknahme gemäß den Bestimmungen des letzten Absatzes des Artikel 8 des Verwaltungsreglements. Entsprechendes gilt für Anträge auf Umtausch von Anteilen.

4. Die Depotbank ist nur insoweit zur Zahlung verpflichtet, als keine gesetzlichen Bestimmungen, z.B. devisenrechtliche Vorschriften oder andere von der Depotbank nicht beeinflussbare Umstände, die Überweisung des Rücknahmepreises in das Land des Antragstellers verbieten.

5. Die Verwaltungsgesellschaft kann Anteile einseitig gegen Zahlung des Rücknahmepreises zurückkaufen, soweit dies im Interesse der Gesamtheit der Anteilinhaber oder zum Schutz der Verwaltungsgesellschaft oder des Fonds oder eines Teilfonds erforderlich erscheint.

6. Der Anteilinhaber kann seine Anteile kostenlos ganz oder teilweise in Anteile eines anderen Teilfonds oder einer anderen Anteilklasse umtauschen. Für alle Umtauschanträge, die bis spätestens 18.00 Uhr (Luxemburger Zeit) an einem Bewertungstag bei der Verwaltungsgesellschaft eintreffen, gelten die am nächsten Bewertungstag ermittelten Anteilwerte der jeweiligen Teilfonds. Für Umtauschanträge, die nach 18.00 Uhr (Luxemburger Zeit) an einem Bewertungstag bei der Verwaltungsgesellschaft eintreffen, kommen die am übernächsten Bewertungstag ermittelten Anteilwerte der jeweiligen Teilfonds zur Anwendung.

7. Fondsanteile können bei der Verwaltungsgesellschaft oder über jede Zahl- und Vertriebsstelle zurückgegeben bzw. umgetauscht werden.

Art. 10. Einstellung der Ausgabe und Rücknahme von Anteilen und der Berechnung des Anteilwertes

Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, die Berechnung des Anteilwertes sowie die Ausgabe und Rücknahme von Anteilen zeitweilig einzustellen, wenn und solange Umstände vorliegen, die diese Einstellung erforderlich machen, und wenn die Einstellung unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilinhaber gerechtfertigt ist, insbesondere:

1. während der Zeit, in der die Anteilwertberechnung von Zielfonds, in welchen ein wesentlicher Teil des Fondsvermögens des betreffenden Teilfonds angelegt ist, ausgesetzt ist;

2. in Notlagen, wenn die Verwaltungsgesellschaft über Fondsanlagen nicht verfügen kann oder es ihr unmöglich ist, den Gegenwert der Anlagekäufe oder -verkäufe frei zu transferieren oder die Berechnung des Anteilwertes ordnungsgemäß durchzuführen.

Die Verwaltungsgesellschaft wird die Aussetzung bzw. Wiederaufnahme der Anteilwertberechnung unverzüglich in mindestens einer Tageszeitung in den Ländern veröffentlichen, in denen Anteile des jeweiligen Teilfonds zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind, sowie allen Anteilinhabern mitteilen, die Anteile zur Rücknahme angeboten haben.

Jeder Antrag für die Zeichnung, die Rücknahme oder den Umtausch kann im Fall einer Aussetzung der Berechnung des Anteilwertes vom Anteilinhaber bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Wiederaufnahme der Anteilwertberechnung widerrufen werden.

Art. 11. Abschlussprüfung

1. Das Rechnungsjahr des Fonds beginnt am 1. Januar eines jeden Jahres und endet am 31. Dezember desselben Jahres. Das erste Rechnungsjahr beginnt mit Gründung des Fonds und endet am 31. Dezember 2003.

2. Der Jahresabschluss des Fonds wird von einem Wirtschaftsprüfer geprüft, der von der Verwaltungsgesellschaft ernannt wird.

Art. 12. Ausschüttungen

1. Die Verwaltungsgesellschaft kann die in einem Teilfonds erwirtschafteten Erträge an die Anteilinhaber dieses Teilfonds ausschütten oder diese Erträge in dem jeweiligen Teilfonds thesaurieren. Dies findet Erwähnung im Verkaufsprospekt des Fonds.

2. Zur Ausschüttung können die ordentlichen Nettoerträge sowie realisierte Kursgewinne kommen. Ferner können die nicht realisierten Kursgewinne sowie sonstige Aktiva zur Ausschüttung gelangen, sofern das Netto-Fondsvermögen des Fonds insgesamt aufgrund der Ausschüttung nicht unter die Mindestgrenze gemäß Artikel 1 Absatz 1 des Verwaltungsreglements sinkt.

3. Ausschüttungen werden auf die am Ausschüttungstag ausgegebenen Anteile ausgezahlt. Ausschüttungen können ganz oder teilweise in Form von Gratisanteilen vorgenommen werden. Eventuell verbleibende Bruchteile können bar ausbezahlt werden. Ausgeschüttete Erträge, die fünf Jahre nach Veröffentlichung einer Ausschüttungserklärung nicht abgefordert wurden, verfallen zugunsten des jeweiligen Teilfonds.

4. Im Falle der Bildung von zwei oder mehreren Anteilklassen gemäß Artikel 5 Absatz 3 des Verwaltungsreglements wird die spezifische Ausschüttungspolitik der jeweiligen Anteilklasse im Verkaufsprospekt des Fonds festgelegt.

Art. 13. Verschmelzung des Fonds und von Teilfonds

Die Verwaltungsgesellschaft kann durch Beschluß des Verwaltungsrates gemäß nachfolgender Bedingungen beschließen, Teilfonds des Fonds zu verschmelzen oder den Fonds oder einen Teilfonds in einen anderen Organismus für gemeinsame Anlagen («OGA») bzw. Teilfonds desselben, der von derselben Verwaltungsgesellschaft verwaltet wird oder der von einer anderen Verwaltungsgesellschaft verwaltet wird, einzubringen. Die Verschmelzung kann insbesondere in folgenden Fällen beschlossen werden:

- sofern das Netto-Fondsvermögen bzw. ein Netto-Teilfondsvermögen an einem Bewertungstag unter einen Betrag gefallen ist, welcher als Mindestbetrag erscheint, um den Fonds bzw. den Teilfonds in wirtschaftlich sinnvoller Weise zu verwalten. Die Verwaltungsgesellschaft hat diesen Betrag auf 1 Million Euro festgesetzt.

- sofern es wegen einer wesentlichen Änderung im wirtschaftlichen oder politischen Umfeld oder aus Ursachen wirtschaftlicher Rentabilität nicht als wirtschaftlich sinnvoll erscheint, den Fonds bzw. den Teilfonds zu verwalten.

Eine solche Verschmelzung ist nur insofern vollziehbar als die Anlagepolitik des einzubringenden Fonds oder Teilfonds nicht gegen die Anlagepolitik des aufnehmenden OGA bzw. Teilfonds desselben verstößt.

Die Durchführung der Verschmelzung vollzieht sich wie eine Auflösung des einzubringenden Fonds oder Teilfonds und eine gleichzeitige Übernahme sämtlicher Vermögensgegenstände durch den aufnehmenden OGA bzw. Teilfonds desselben.

Der Beschluß des Verwaltungsrates der Verwaltungsgesellschaft zur Verschmelzung des Fonds oder Teilfonds wird jeweils in einer von der Verwaltungsgesellschaft bestimmten Zeitung jener Länder, in denen die Anteile des einzubringenden Fonds oder Teilfonds vertrieben werden, veröffentlicht.

Die Anteilinhaber des einzubringenden Fonds oder Teilfonds haben während eines Monats das Recht, ohne Kosten die Rücknahme aller oder eines Teils ihrer Anteile zum einschlägigen Anteilwert nach dem Verfahren, wie es in Artikel 9 dieses Verwaltungsreglements beschrieben ist, zu verlangen. Die Anteile der Anteilinhaber, welche die Rücknahme ihrer Anteile nicht verlangt haben, werden auf der Grundlage der Anteilwerte an dem Tag des Inkrafttretens der Verschmelzung durch Anteile des aufnehmenden OGA bzw. Teilfonds desselben ersetzt. Gegebenenfalls erhalten die Anteilinhaber einen Spitzenausgleich.

Der Beschluß, den Fonds oder einen Teilfonds mit einem ausländischen OGA bzw. Teilfonds desselben zu verschmelzen, obliegt der Versammlung der Anteilinhaber des einzubringenden Fonds oder Teilfonds. Die Einladung zu der Versammlung der Anteilinhaber des einzubringenden Fonds oder Teilfonds wird von der Verwaltungsgesellschaft zweimal in einem Abstand von mindestens acht Tagen und acht Tage vor der Versammlung in einer von der Verwaltungsgesellschaft bestimmten Zeitung jener Länder, in denen die Anteile des einzubringenden Fonds oder Teilfonds vertrieben werden, veröffentlicht. Der Beschluß zur Verschmelzung des Fonds oder Teilfonds mit einem ausländischen OGA bzw. Teilfonds desselben unterliegt einem Anwesenheitsquorum von 50% der sich im Umlauf befindlichen Anteile und wird mit einer 2/3 Mehrheit der anwesenden oder der mittels einer Vollmacht vertretenen Anteile getroffen, wobei nur diejenigen Anteilinhaber an den Beschluß gebunden sind, die für die Verschmelzung gestimmt haben. Die Anteile der Anteilinhaber, die der Verschmelzung zugestimmt haben, werden auf der Grundlage der Anteilwerte an dem Tag des Inkrafttretens der Verschmelzung durch Anteile des aufnehmenden OGA bzw. Teilfonds desselben ersetzt. Gegebenenfalls erhalten die Anteilinhaber einen Spitzenausgleich. Bei den Anteilhabern, die nicht an der Versammlung teilgenommen haben sowie bei allen Anteilhabern, die nicht für die Verschmelzung gestimmt haben, wird davon ausgegangen, daß sie ihre Anteile zum Rückkauf angeboten haben. Im Rahmen dieser Rücknahme dürfen den Anteilhabern keine Kosten berechnet werden.

Art. 14. Dauer und Auflösung des Fonds und seiner Teilfonds

1. Der Fonds ist auf unbestimmte Zeit errichtet.

2. Unbeschadet der Regelung gemäß Absatz 1 dieses Artikels kann der Fonds jederzeit durch die Verwaltungsgesellschaft aufgelöst werden.

3. Die Auflösung eines Fonds erfolgt zwingend in folgenden Fällen:

- a) wenn die Depotbankbestellung gekündigt wird, ohne dass eine neue Depotbankbestellung innerhalb der gesetzlichen oder vertraglichen Fristen erfolgt;

- b) wenn über die Verwaltungsgesellschaft das Insolvenzverfahren eröffnet wird oder aus irgendeinem Grund aufgelöst wird;

- c) wenn das Fondsvermögen während mehr als sechs Monaten unter einem Viertel der Mindestgrenze gemäß Artikel 1 Absatz 1 des Verwaltungsreglements bleibt;

- d) in anderen, im Gesetz vom 30. März 1988 vorgesehenen Fällen.

4. Die Verwaltungsgesellschaft kann jederzeit bestehende Teilfonds auflösen, sofern das Netto-Fondsvermögen eines Teilfonds unter einen Betrag fällt, welcher von der Verwaltungsgesellschaft als Mindestbetrag für die Gewährleistung einer effizienten Verwaltung dieses Teilfonds angesehen wird und welcher auf 1 Million Euro festgelegt ist sowie im Falle einer Änderung der wirtschaftlichen und/oder politischen Rahmenbedingungen.

5. Wenn ein Tatbestand eintritt, der zur Auflösung des Fonds bzw. eines Teilfonds führt, werden die Ausgabe und die Rücknahme von Anteilen des Fonds bzw. des betreffenden Teilfonds eingestellt. Die Depotbank wird den Liquidationserlös, abzüglich der Liquidationskosten und Honorare («Netto-Liquidationserlös»), auf Anweisung der Verwaltungsgesellschaft oder gegebenenfalls der von derselben oder von der Depotbank ernannten Liquidatoren unter die Anteilinhaber des Fonds bzw. des Teilfonds nach deren Anspruch verteilen. Der Netto-Liquidationserlös, der nicht zum Abschluss des Liquidationsverfahrens von Anteilhabern eingezogen worden ist, wird, soweit dann gesetzlich notwendig, in Euro umgerechnet und von der Depotbank nach Abschluss des Liquidationsverfahrens für Rechnung der Anteilinhaber bei der Caisse de Consignation in Luxemburg hinterlegt. Dieser Betrag verfällt, wenn er nicht innerhalb der gesetzlichen Frist dort geltend gemacht wird.

6. Die Anteilinhaber, deren Erben bzw. Rechtsnachfolger oder Gläubiger können weder die Auflösung noch die Teilung des Fonds oder eines Teilfonds beantragen.

Art. 15. Kosten

Jeder Teilfonds trägt folgende Kosten, soweit sie im Zusammenhang mit seinem Vermögen entstehen:

- alle Steuern, die auf das Vermögen, dessen Erträge und Aufwendungen zu Lasten des entsprechenden Teilfonds erhoben werden;
- eine jährliche Verwaltungsvergütung zugunsten der Verwaltungsgesellschaft von bis zu 0,13% p.a., mindestens jedoch EUR 5.000 pro Quartal (d.h. EUR 20.000 p.a.), die quartalsweise nachträglich auf das durchschnittliche Netto-Teilfondsvermögen während des betreffenden Quartals zu berechnen und quartalsweise auszuzahlen ist.
- eine jährliche Vergütung zugunsten des Fondsmanagers von bis zu 1,25% p.a., die quartalsweise nachträglich auf das durchschnittliche Netto-Teilfondsvermögen während des betreffenden Quartals zu berechnen und quartalsweise auszuzahlen ist.
- eine jährliche Vergütung zugunsten der Depotbank von bis zu 0,13% p.a., mindestens jedoch EUR 5.000 pro Quartal (d.h. EUR 20.000 p.a.), die quartalsweise nachträglich auf das durchschnittliche Netto-Teilfondsvermögen während des betreffenden Quartals zu berechnen und quartalsweise auszuzahlen ist. Zusätzlich hat die Depotbank Anrecht auf eine der üblichen Praxis in Luxemburg entsprechenden Transaktionsgebühr sowie auf die Rückerstattung der Kosten, die ihr im Rahmen ihrer Tätigkeit als Depotbank entstanden sind.
- übliche Courtage und Bankgebühren, insbesondere Effektenprovisionen, die für Geschäfte mit Investmentanteilen und sonstigen Vermögenswerten des entsprechenden Teilfondsvermögens sowie mit Währungs- und Wertpapiersicherungsgeschäften anfallen;
- Kosten für Rechtsberatung, die der Verwaltungsgesellschaft oder der Depotbank entstehen, wenn sie im Interesse der Anteilinhaber des entsprechenden Teilfonds handeln;
- die Honorare des Wirtschaftsprüfers;
- die Kosten der Vorbereitung und Erstellung sowie der Hinterlegung und Veröffentlichung des Verwaltungsreglements sowie anderer Dokumente, die den entsprechenden Teilfonds betreffen, einschließlich Anmeldungen zur Registrierung, Prospekte oder schriftliche Erläuterungen bei sämtlichen Aufsichtsbehörden und Börsen (einschließlich örtlichen Wertpapierhändlervereinigungen), welche im Zusammenhang mit dem Teilfonds oder dem Anbieten der Anteile vorgenommen werden müssen;
- die banküblichen Gebühren ggf. einschließlich der banküblichen Kosten für die Verwahrung ausländischer Investmentanteile im Ausland;
- die Druck- und Vertriebskosten der Jahres- und Halbjahresberichte für die Anteilinhaber in allen notwendigen Sprachen, sowie Druck- und Vertriebskosten von sämtlichen weiteren Berichten und Dokumenten, welche gemäß den anwendbaren Gesetzen und Verordnungen der genannten Behörden notwendig sind;
- die Kosten der für die Anteilinhaber bestimmten Veröffentlichungen;
- die Gebühren der Repräsentanten im Ausland;
- die Kosten für die Werbung und solche, welche direkt im Zusammenhang mit dem Anbieten und Verkauf von Anteilen anfallen.

Soweit die Teilfonds in OGA investieren, welche von der Verwaltungsgesellschaft selbst oder von einer anderen Gesellschaft, mit der die Verwaltungsgesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, aufgelegt und/oder verwaltet werden, erfolgt die Anlage zum Anteilwert des jeweiligen OGA. Bei der Anlage in OGA, welche von anderen Gesellschaften aufgelegt und/oder verwaltet werden, ist ggf. der jeweilige Ausgabeaufschlag zu berücksichtigen. Im übrigen ist in allen Fällen zu berücksichtigen, daß zusätzlich zu den Kosten, welche auf das Fondsvermögen der jeweiligen Teilfonds gemäß den Bestimmungen dieses Verkaufsprospektes und des nachfolgenden Verwaltungsreglements erhoben werden, Kosten für das Management und die Verwaltung der OGA, in welchen die einzelnen Teilfonds anlegen, auf das Fondsvermögen dieser OGA erhoben werden und somit eine Mehrfachbelastung mit gleichartigen Kosten erfolgen kann.

Alle Kosten und Entgelte werden zuerst den laufenden Erträgen, dann den Netto-Kapitalgewinnen und zuletzt dem jeweiligen Teilfondsvermögen angerechnet.

Das Vermögen des Fonds haftet insgesamt für alle vom Fonds zu tragenden Kosten. Jedoch werden diese Kosten einem einzelnen Teilfonds gesondert berechnet, soweit sie ihn allein betreffen; im übrigen werden diese Kosten den einzelnen Teilfonds im Verhältnis ihres Netto-Fondsvermögens anteilig belastet.

Die Gründungskosten des Fonds und die Erstausgabe von Anteilen werden auf maximal EUR 40.000 geschätzt und werden dem Fondsvermögen der bei der Gründung bestehenden Teilfonds belastet. Die Aufteilung der Gründungskosten sowie der o.g. Kosten, welche nicht ausschließlich im Zusammenhang mit dem Vermögen eines bestimmten Teilfonds stehen, erfolgt, innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren, auf die jeweiligen Teilfondsvermögen pro rata durch die Verwaltungsgesellschaft. Kosten im Zusammenhang mit der Auflegung weiterer Teilfonds werden dem jeweiligen Teilfondsvermögen belastet, welchem sie zuzurechnen sind.

Art. 16. Verjährung und Vorlegungsfrist

1. Forderungen der Anteilinhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder die Depotbank können nach Ablauf von fünf Jahren nach Entstehung des Anspruchs nicht mehr gerichtlich geltend gemacht werden; davon unberührt bleibt die in Artikel 14 Absatz 4 des Verwaltungsreglements enthaltene Regelung.

2. Die Vorlegungsfrist für Ertragsscheine beträgt fünf Jahre ab Veröffentlichung der jeweiligen Ausschüttungserklärung. Ausschüttungsbeträge, die nicht innerhalb dieser Frist abgefordert wurden, verfallen zugunsten des Fonds.

Art. 17. Änderungen

Die Verwaltungsgesellschaft kann das Verwaltungsreglement mit Zustimmung der Depotbank jederzeit ganz oder teilweise ändern.

Art. 18. Veröffentlichungen

1. Die erstmals gültige Fassung des Verwaltungsreglements sowie Änderungen desselben werden beim Handelsregister des Bezirksgerichts Luxemburg hinterlegt und im «Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations», dem Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg, («Mémorial») veröffentlicht.

2. Ausgabe- und Rücknahmepreise können bei der Verwaltungsgesellschaft und jeder Zahl- und Vertriebsstelle erfragt werden.

3. Die Verwaltungsgesellschaft erstellt für den Fonds einen Verkaufsprospekt samt Verwaltungsreglement, einen geprüften Jahresbericht sowie einen Halbjahresbericht entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen des Großherzogtums Luxemburg.

4. Die unter Absatz 3 dieses Artikels aufgeführten Unterlagen des Fonds sind für die Anteilhaber am Sitz der Verwaltungsgesellschaft und jeder Zahl- und Vertriebsstelle kostenlos erhältlich; der Depotbankvertrag und die Satzung der Verwaltungsgesellschaft können bei den o.g. Stellen eingesehen werden.

5. Die Auflösung des Fonds gemäß Artikel 14 des Verwaltungsreglements wird entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen von der Verwaltungsgesellschaft im Mémorial und in mindestens drei überregionalen Tageszeitungen, von denen mindestens eine in Luxemburg erscheint, veröffentlicht. Die Auflösung eines Teilfonds gemäß Artikel 14 des Verwaltungsreglements wird in Übereinstimmung mit dem Luxemburger Recht in mindestens einer überregionalen Tageszeitung eines jeden Vertriebslandes veröffentlicht.

6. Der Beschluss der Verwaltungsgesellschaft zur Verschmelzung eines oder mehrerer Teilfonds wird entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen von der Verwaltungsgesellschaft im Mémorial und in mindestens drei überregionalen Tageszeitungen, von denen mindestens eine in Luxemburg erscheint, veröffentlicht.

Art. 19. Anwendbares Recht, Gerichtsstand und Vertragssprache

1. Das Verwaltungsreglement unterliegt Luxemburger Recht. Insbesondere gelten in Ergänzung zu den Regelungen des Verwaltungsreglements die Vorschriften des Gesetzes vom 30. März 1988. Gleiches gilt für die Rechtsbeziehungen zwischen den Anteilhabern, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank.

2. Jeder Rechtsstreit zwischen Anteilhabern, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank unterliegt der Gerichtsbarkeit des zuständigen Gerichts im Gerichtsbezirk Luxemburg des Großherzogtums Luxemburg. Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank sind berechtigt, sich selbst und den Fonds der Gerichtsbarkeit und dem Recht eines jeden Landes zu unterwerfen, in dem Anteile des Fonds öffentlich vertrieben werden, soweit es sich um Ansprüche der Anleger handelt, die in dem betreffenden Land ansässig sind, und im Hinblick auf Angelegenheiten, die sich auf den Fonds beziehen.

3. Der deutsche Wortlaut des Verwaltungsreglements ist maßgeblich.

Art. 20. Inkrafttreten

Das Verwaltungsreglement sowie jegliche Änderung desselben treten am Tag ihrer Unterzeichnung in Kraft, sofern nichts anderes bestimmt ist.

Vierfach ausgefertigt in Luxemburg, den 15. November 2002.

LRI FUND MANAGEMENT COMPANY S.A.

Die Verwaltungsgesellschaft

Unterschriften

LANDESBANK RHEINLAND-PFALZ INTERNATIONAL S.A.

Die Bank

Unterschriften

Enregistré à Luxembourg, le 4 décembre 2002, vol. 577, fol. 46, case 5. – Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(88347/250/566) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 5 décembre 2002.

LIBERTY ERMITAGE GLOBAL STRATEGY FUND, Société d'Investissement à Capital Variable.

Registered office: L-1212 Luxembourg, 17, rue des Bains.

STATUTES

In the year two thousand and two, on the twenty-ninth day of November.

Before the undersigned Maître Henri Hellinckx, notary residing in Mersch (Grand Duchy of Luxembourg).

There appeared:

1. LIBERTY ERMITAGE MANAGEMENT (BERMUDA) LIMITED, a corporation incorporated under the laws of Bermuda with its registered office at The Bank of Bermuda Building, 6 Front Street, Hamilton, Bermuda HM11, represented by Mr Jean-Pierre Mernier, licencié en droit, residing in Luxembourg, pursuant to a proxy dated 26th November, 2002.

2. LIBERTY ERMITAGE LUXEMBOURG S.A., a corporation incorporated under the laws of Luxembourg with its registered office at Forum Bourse, 17, rue des Bains, L-1212 Luxembourg, represented by Mr Jean-Pierre Mernier, pre-named, pursuant to a proxy dated 26th November, 2002.

The proxies given, signed ne varietur, shall remain annexed to this document to be filed with the registration authorities. The above applicant have requested the attesting notary to establish as follows a deed of incorporation of a Fund under the form of «société d'investissement a capital variable», which they declare constituted between themselves.

Art. 1. Formation. There is hereby established, among the subscribers and all those who may become owners of shares hereafter issued, a Company in the form of a société anonyme under the name of LIBERTY ERMITAGE GLOBAL STRATEGY FUND, a Société d'Investissement à Capital Variable (SICAV), (hereinafter referred to as the «Company»).

Art. 2. Life. The Company is established for an unlimited period. The Company may be dissolved by a resolution of the shareholders adopted in the manner required for amendment of these Articles of Incorporation, as prescribed in Article twenty-eight hereof.

Art. 3. Object. The exclusive object of the Company is to place the funds available to it in securities of all types and other investments permitted by law, including shares or units of other undertakings for collective investment, with the purpose of spreading investment risk and affording its shareholders the results of the management of the Company's portfolio.

The shares of the Company are to be available to the public by a public or private offering. The Company may take any measures and carry out any operations which it may deem useful in the accomplishment and development of its purposes to the full extent permitted by the law of 30th March 1988 regarding collective investment undertakings.

Art. 4. Registered Office. a) The registered office of the Company is established in Luxembourg-City in the Grand Duchy of Luxembourg. Branches or other offices may be established either in Luxembourg or abroad by resolution of the Board of Directors.

b) In the event that the Board of Directors determines that extraordinary political, economic or social developments have occurred or are imminent that would interfere with the normal activities of the Company at its registered office, or with the ease of communication between such office and persons abroad, the registered office may be temporarily transferred abroad until the complete cessation of those abnormal circumstances; such temporary measures shall have no effect on the nationality of the Company which, notwithstanding the temporary transfer of its registered office, will remain a Luxembourg corporation.

Art. 5. Capital. a) The Capital of the Company shall at all times be equal to the value of the net assets of the Company as determined in accordance with Article twenty-four hereof. The minimum capital will at all times be the equivalent in US Dollars of the minimum capital as determined by Luxembourg law.

b) The initial capital subscribed will be thirty-two thousand US Dollars (USD 32,000.-) divided into three thousand two hundred (3,200) fully paid shares of no par value.

c) The shares are issued in registered form.

d) All shares of the Company shall be registered in the Register of Shareholders, which shall be kept by the Company or by one or more persons designated therefore by the Company and such Register shall contain the name of each holder of registered shares, his elected residence or domicile, the number of registered shares held by him and the amount paid in on each such share. Every transfer of a registered share shall be evidenced in the Register of Shareholders. Every such entry may be evidenced by the issue of registered certificates but only upon written request by a shareholder.

e) Shares may be of different classes, and such classes may have specific rights or be subject to specific liabilities and be issued under such conditions as the board of directors may decide. Issues of shares shall be made at the Net Asset Value per share of the class concerned, determined in accordance with Article 24, plus any commission, if any, as the board of directors shall deem advisable.

f) Sub-classes may be created within each class. Where appropriate, references herein to classes are to be construed as references to sub-classes.

g) Share certificates shall be signed by two directors. One or both of such signatures may be either hand-written, stamp applied or reproduced in facsimile. The Company may issue temporary share certificates in such form as the Board of Directors may from time to time determine.

h) The Company may consider the person in whose name the shares are registered in the Register of Shareholders, as the full owner of the shares. The Company shall be completely free from every interest or claim of any other person in or upon such shares.

i) Transfer of shares shall be effected by delivering the certificate or certificates representing such shares to the Company along with other instruments of transfer satisfactory to the Company or by written declaration of transfer inscribed in the Register of Shareholders, dated and signed by the transferor, or by persons holding powers of attorney to act therefor. Shares held through a clearing system are freely transferable in such clearing system but not using the procedures above mentioned.

j) Every shareholder desiring shares must provide the Company with an address to which all notices and announcements from the Company may be sent and such bank account details as are necessary to enable the Company to make payments to the shareholder following redemption or on the payment of dividends. Such address will also be entered in the Register of Shareholders as his elected domicile. In the event that such shareholder does not provide such an address, the Company may permit a notice to this effect to be entered in the Register of Shareholders and the shareholder's address will be deemed to be at the registered office of the Company, until a different address shall be provided to the Company by such shareholder. The shareholder may at any time change his address as entered in the Register of Shareholders by means of a written notification to the Company at its registered office, or at such other address as may be set by the Company from time to time.

Art. 6. Increase in the share capital. The Board of Directors is authorised at any time without limitation, to issue further fully paid shares. In that case, preferential rights cannot be claimed by existing share holders. The Company reserves the right to reject any subscription for shares, whether in whole or in part, for any reason.

Each shareholder has the right, at any time, to request the Company to redeem all or part of his shares within the limitations set forth by law and these Articles of Incorporation.

Variations in share capital are automatically legal and do not require the publicity and registration foreseen for the increases and decreases of capital in limited companies.

By derogation to the rules relating to the modified law of August 10, 1915 concerning commercial companies, reimbursements to shareholders following a reduction of capital are not subject to any restriction.

Art. 7. Lost certificates. a) If any shareholder can prove to the satisfaction of the Company that his share certificate has been mislaid, stolen or destroyed, then, at his request, a duplicate share certificate may be issued under such conditions and guarantees determined by the Company.

b) Mutilated share certificates may be exchanged for new share certificates by order of the Company. The mutilated certificates shall be delivered to the Company and shall be annulled immediately.

c) The Company may charge the shareholder for the costs of a duplicate or of a new share certificate and all reasonable expenses incurred by the Company in connection with the issuance and registration thereof, and in connection with the voiding of the old share certificates.

Art. 8. Representation. Any regularly constituted meeting of the shareholders of the Company shall represent the entire body of shareholders of the Company. It shall have the broadest powers to order, carry out or ratify acts relating to the operations of the Company.

Art. 9. Meetings. a) The annual general meeting of shareholders shall be held in Luxembourg at the registered office of the Company, or at such other place in Luxembourg as may be specified in the notice of meeting on the second Thursday of the month of June of each year at 11.00 a.m. and for the first time in 2004. If such day is a legal or bank holiday in Luxembourg it will be the next bank business day and the annual general meeting may be held outside Luxembourg if, in the absolute and final judgement of the Board of Directors, exceptional circumstances so require.

b) Other meetings of shareholders may be held at such place and time as may be specified in the respective notices of meeting.

c) The quorum and delays required by law shall govern the notice for and conduct of the meetings of shareholders of the Company, unless otherwise provided herein.

d) Each share is entitled to one vote. A shareholder may act at any meeting of shareholders by appointing another person (who need not be a shareholder) as his proxy, which proxy shall be in writing or in the form of a cable, telegram, telex, facsimile or similar communication. Such proxy shall be deemed valid, unless it is revoked, for any reconvened or adjourned meeting.

e) Except as otherwise provided herein or required by law, resolutions at a meeting of shareholders duly convened will be passed by a simple majority of those present and voting.

f) The Board of Directors may determine all other conditions that must be fulfilled by shareholders to participate in meetings of shareholders.

Art. 10. Agenda. Shareholders will meet upon call by the Board of Directors or the Auditor pursuant to notice setting forth the agenda and publicised in accordance with law and sent by mail to the registered shareholders at their addresses in the register of shareholders at least 8 (eight) days prior to the meeting.

If all the shareholders are present or represented at a meeting of shareholders and if they state that they have been informed of the agenda of the meeting, the meeting may be held without prior notice or publication.

The agenda shall be prepared by the Board of Directors except in the instance where the meeting is called on the written demand of the Auditor or the shareholders as permitted by law, in which instance the Board of Directors may prepare a supplementary agenda.

Art. 11. Directors. The Company shall be managed by a Board of Directors composed of not less than three members who need not be shareholders of the Company.

The directors other than the first directors shall be elected by the shareholders at their annual meeting for a period not exceeding six years and shall hold office until their successors are elected. Directors proposed for election listed in the agenda of the annual general meeting shall be elected by the majority of the shares present and voting. A director may be removed with or without cause and replaced at any time by resolution adopted by the shareholders.

In the event of a vacancy in the office of director because of death, retirement or otherwise, the remaining directors may meet and may elect, by majority vote, a director, to fill such vacancy until the next meeting of shareholders.

The remuneration of director shall be determined by the meeting of shareholders.

Art. 12. Board of Directors. a) The Board of Directors shall choose from among its members a chairman, and may choose from among its members one or more vice chairmen. It may also choose a secretary who need not be a director, who shall be responsible for keeping the minutes of the meetings of the Board of Directors and of the shareholders. The Board of Directors shall meet upon call by the chairman, or two directors, at the place indicated in the notice of meeting.

b) Written notice of any meeting of the Board of Directors shall be given to all directors at least twenty-four hours in advance of the hour set for such meeting, except in circumstances of emergency in which case the nature of such circumstances shall be set forth in the notice of meeting. This notice may be waived by the consent in writing or by cable, telegram, telex, facsimile or similar communication from each director. Separate notice shall not be required for

individual meetings held at times and places prescribed in a schedule previously adopted by resolution of the Board of Directors.

c) Any director may act at any meeting of the Board of Directors by appointing another director as proxy, which appointment shall be in writing or in the form of a cable, telegram, telex, facsimile or similar communication.

d) The Chairman shall preside at all meetings of shareholders and the board of directors, but in his absence the shareholders or the Board of Directors may appoint another director as chairman pro tempore at any such meeting.

e) The Board of Directors can deliberate or act validly if a majority of the directors is present or represented at such meeting. Decision shall be taken by a majority of the votes of the directors present or represented at such meeting. In the event that in any meeting the number of votes for and against a resolution shall be equal, the chairman shall have a casting vote.

f) The directors may participate in a meeting of the Board of Directors by means of a telephone conference or similar communications equipment by means of which all persons participating in the meeting are capable of hearing each other and speaking to each other.

g) Resolutions signed by all members of the Board will be as valid and effectual as if passed at a meeting duly convened and held. Such signatures may appear on a single document or multiple copies of an identical resolution and may be evidenced by letter, cable, telegram, telex, facsimile or similar communication. The documents shall constitute together the minutes of the meeting.

Art. 13. Minutes. a) The minutes of any meeting of the Board of Directors shall be signed by the Chairman, or in his absence, by the chairman pro tempore who presided at such meeting or by two directors.

b) Copies or extracts of such minutes which may be produced in judicial proceedings or otherwise shall be signed either by the chairman, by the secretary, by two directors or by any person authorised by the Board of Directors.

Art. 14. Powers. The Board of Directors is invested with the broadest powers to perform all acts of administration and disposition in the Company's interest. All powers not expressly reserved to the general meeting of shareholders by law or by the present Articles fall within the competence of the Board of Directors.

The Board of Directors, bearing in mind the principle of spreading of risk, has the power to determine the management and investment policies, and to decide upon the general direction and outlook of the management of the Company.

With the exception of the last paragraph of Article 12, the Directors may only act within the limits of Board Meetings properly and regularly convened.

The Board of Directors may, under its control and responsibility, delegate its powers to conduct the daily management and affairs of the Company and its powers to carry out acts in furtherance of the corporate policy and purpose to officers of the Company.

The Board of Directors from time to time shall appoint the officers of the Company, including a general manager, and any assistant general managers, or other officers considered necessary for the operation and management of the Company, who need not be directors or shareholders of the Company. The officers appointed, unless otherwise stipulated in these Articles, shall have the powers and duties given them by the Board of Directors.

Art. 15. Signatures. The Company will be bound by the joint signature of any two directors or by the joint or individual signature(s) of any other person(s) to whom such authority has been delegated by the Board of Directors.

Art. 16. Invalidity. No contract or other transaction between the Company and any other corporation or entity shall be affected or invalidated by the fact that any one or more of the directors or officers of the Company is interested in, or is a director, officer or an employee of such other corporation or firm. Any director or officer of the Company who serves as a director, officer or employee of any corporation or firm with which the Company shall contract or otherwise engage in business shall normally, by reason of such affiliation with such other corporation or firm, be prevented from considering and voting upon any matters with respect to such contract or other business but shall not be disqualified by his office from contracting with the Company.

In the event that any director or officer of the Company may have any personal interest in any transaction of the Company, such director or officer shall make known to the Board of Directors such personal interest and shall not consider or vote on such transactions, and such director's or officer's interest therein shall be reported to the next succeeding meeting of shareholders.

Art. 17. Indemnity. The Company may indemnify any director or officer, and his heirs, executors and administrators, against expenses reasonably incurred by him in connection with any action, suit or proceeding to which he may be made a party by reason of his being or having been a director or officer of the Company or, at its request, of any other corporation of which the Company is a shareholder or creditor and from which he is not entitled to be indemnified, except in relation to matters as to which he shall be finally adjudged in such action, suit or proceeding to be liable for gross negligence or misconduct. In the event of a settlement, indemnification shall be provided only where such matters covered by the person to be indemnified did not arise out of such a breach of duty. The foregoing right of indemnification shall not exclude other rights to which he may be entitled.

Art. 18. Auditor. The operations of the Company, including particularly its books and fiscal affairs and the filing of any tax returns or other reports required by the laws of Luxembourg, shall be supervised by an Auditor. The Auditor shall be elected by the annual general meeting of shareholders for a fixed period. The Auditor in office may be removed at any time by the shareholders but only for serious error conditional upon his replacement by another Auditor.

Art. 19. Determination of Investment Policy. The Board shall have the power to do all things on behalf of the Company which are not expressly reserved to the shareholders in their general meeting by these articles and, without limiting the generality of the foregoing, have the power to determine the investment policy for the investments of the

Company based upon the principle of spreading of risks subject to such investment restrictions set out by the law or such regulations or restrictions as may be imposed by the Board of Directors.

Art. 20. Dealings in shares. Dealings in shares can only be done on a «Dealing Day» on the basis of the Net Asset Value of the relevant «Valuation Day», as determined by the Board of Directors.

Art. 21. Issue and Redemption price. The issue and redemption price of shares shall be obtained by dividing the net assets of the Company attributable to the relevant class and determined in accordance with Article 24, by the number of shares outstanding in such class.

This price can be increased or reduced depending upon the case, by expenses and commissions fixed by the Board of Directors in accordance with the law as described in the offering document.

Art. 22. Redemption and conversion of shares. 1. As is more specifically described herein below, the Company has the power to redeem its own outstanding fully paid shares at any time, subject solely to the limitations set forth by law.

2. A shareholder of the Company may at any time request the Company to redeem all or any part of his shares in the Company.

3. The Company may require a Shareholder to redeem his shares as described in the offering document.

The redemption price paid to shareholders will be equal to the Net Asset Value per share (as defined in Article 24) determined on the Valuation Day decreased by any commissions charged on the redemption of shares.

Any redemption request is irrevocable and must be filed by such shareholder in written form at the registered office of the Company in Luxembourg or with any other person or entity appointed by the Company as its agent for redemption of shares by the relevant time period determined by the Directors from time to time. Redemption requests may also be made by facsimile message or other written form of request on or prior to the Dealing Day and may also be made by telephone providing confirmation is sent within twenty four hours by facsimile message or other written form of request to the registered office of the Company in Luxembourg or to any other person or entity appointed by the Company as its agent for redemption of shares. Facsimile messages must also be confirmed by sending the original documents to the registered office of the Company in Luxembourg or to any other person or entity appointed by the Company as its agent for redemption of shares. Acceptance of instructions by telephone, facsimile message or other written form of request is conditional upon the investor granting an indemnity to the person or entity appointed as its agent for redemption of shares regarding the execution of such instructions.

In processing redemption requests, the Directors reserve the right to withhold part of the redemption proceeds, provided that the balance of those proceeds shall be paid as soon as practicable and before any amounts are paid in respect of subsequent redemptions. Such right may be exercised in circumstances where the Directors believe that the immediate disposal of the assets of the Company is not reasonably practicable or might prejudice the interests of the non-redeeming Shareholders.

If on any Dealing Day redemption or conversion requests received by the Company exceed in the aggregate 10% of the Net Asset Value, excess redemption or conversion requests may be carried over to the next Dealing Day. On the next Dealing Day requests which have been carried over in this way will be dealt with in priority to other requests.

The board of directors may in its absolute discretion compulsorily redeem any holding with a value of less than such amount as determined by the board of directors from time to time and to be published in the offering documents of the Company as the minimum holding amount.

Redeemed shares shall be cancelled.

(e) The redemption of shares may be suspended as provided for under Article 24.

(f) If a redemption of shares reduces the capital of the Company to less than two-thirds of the legal minimum provided for by Luxembourg law the directors must submit the question of dissolution of the Company to shareholders' meeting held without quorum requirements and decided by a simple majority of shares present or represented at the meeting.

(g) If the capital of the Company is less than one quarter of the legal minimum, the directors must submit the question of dissolution of the Company to the shareholders' meeting held without quorum requirements; the dissolution can be effected by shareholders representing one quarter of the shares present at the meeting.

(h) The meeting must be called within 40 (forty) days from the date at which it is noticed that the capital has fallen below either two-thirds or a quarter respectively of the statutory minimum capital.

4. Any shareholder may, by irrevocable request, obtain conversion of whole or part of his shares into shares of another class at the respective Net Asset Values of the relevant classes, as determined by Article twenty-four. The board of directors may impose such restrictions as to, inter alia, frequency of conversion, and may make conversions subject to payment of such charge, as it shall determine and as publicised in the sales documents.

If a conversion or sale of shares would reduce the value of the holdings of a single holder of shares of one class below such minimum investment value as the board of directors shall determine from time to time, then such shareholder may be deemed to have requested the conversion of all his shares of such class as the board of directors may decide.

Art. 23. Payment of issue and redemption price of shares. In case of subscription, the issue price shall be paid before the relevant Dealing Day. The issue price may only be paid in the reference currency of the relevant class of shares except as agreed by prior agreement. The issue price shall be the applicable Net Asset Value increased by any sales charge on the issue of shares. In the case of non-receipt of the issue price, the Company may cancel the issue maintaining the right to claim any expenses and commissions incurred thereon.

The Board of Directors may from time to time accept subscriptions for shares against contribution in kind of securities or other assets which could be acquired by the Company pursuant to its investment policy and restrictions. Any such contribution in kind will be valued in a report drawn up by the auditors of the Company in accordance with the requirements of Luxembourg law.

In case of redemption, the payment of the redemption proceeds shall be normally made not later than thirty calendar days after the relevant Dealing Day. Redemption proceeds may be effected in any currency and subject to a deduction of the costs and expenses associated with such currency conversion as disclosed in the sales documents.

Art. 24. Net Asset Value. The issue and redemption price as well as the Net Asset Value of shares in the Company shall be determined on each Valuation Day or on such other times, as the Board of Directors shall decide and at least once per month.

The Net Asset Value of shares in the Company shall be expressed in the reference currency of the relevant class and shall be determined per share, in respect of any Valuation Day by dividing the total net asset value of a class by the number of shares outstanding in such class and rounding up the result to the nearest unit of the relevant currency.

In exceptional circumstances which may adversely affect the shareholders' interests, or in the event that there should be considerable demand for the redemption of shares, the Board of Directors of the Company has the right to delay the computation of the Net Asset Value until it has carried out on behalf of the Company all sales of securities which may be necessary. In that case a single net asset value will be applied to all issue or redemption requests executed calculated using the realisable value of the underlying assets.

1. The Company's assets shall be valued as follows:

A. Investments in Investment Funds

(a) investments in Investment Funds which are closed-ended, will be valued at the last reported closing price. If a closed-end Investment Fund is listed on several stock exchanges, the last available sales price at the stock exchange which constitutes the main market for such securities shall be used.

For closed-ended Investment Funds, for which trading on the relevant stock exchange is limited and secondary market trading is done between dealers who, as main market makers, offer prices in response to market conditions, the Company may decide to value such closed-ended Investment Funds in line with prices offered by such market makers;

(b) shares in an open-ended Investment Fund will be valued at the last value which is computed for such securities on the same valuation day and transmitted to the Company and confirmed by the custodian bank or the administrator, failing which the last available net asset value computed prior to the valuation date on which the net asset value of the shares or units has been calculated, or determined or estimated on the basis of the information available to the Company, if in the opinion of the Board of Directors such estimated net asset value is deemed more accurate in the light of the interests of the shareholders;

B. Other Investments

a) securities which are traded on a securities exchange shall be valued at the closing price on the securities exchange on which such securities are principally traded. If such closing price is not available, such securities shall be valued at the last price reported by any quotation system chosen by the Company as of the Valuation Day.

In the case of options, if the closing price or last price reported by a quotation system is not available, the position shall be valued at the average of the «bid» and «ask» prices at the close of trading as of such Valuation Day.

Securities not traded on a securities exchange but traded over-the-counter shall be valued at the closing price on the date as of which their value is being determined; provided that if sales are not reported or there are no sales on such date, such securities will be valued at the average of the «bid» and «ask» prices at the close of trading as of such Valuation Day, as reported by any quotation system chosen by the Company, provided further that the valuation of securities not traded on a national securities exchange may be determined from any other reliable source selected by the Company.

Other over-the-counter instruments held by the Company shall be valued in good faith discretion based on quotations received from dealers or based on other reasonable valuation methods deemed appropriate by the Company;

b) liquid assets will be valued at their face value with interest accrued;

c) assets denominated in a currency other than the reference currency of the class concerned will be converted into such reference currency at the latest available middle market exchange rate. In that context, account shall be taken of hedging instruments used to cover foreign exchange risks; and

d) in order to value the classes of shares, whose Net Asset Value will be expressed in different reference currencies, the assets allocated to a class of shares will be converted into the relevant reference currency taking into account all pending hedging transactions. In order to determine the Net Asset Value of the separate classes of shares, the value of class-specific assets will be added and corresponding liabilities deducted.

In exceptional circumstances, the calculation of the Net Asset Value of the Company or of a class of Shares may be based upon an estimate of the net asset value of one or more undertakings for collective investment as calculated by the investment manager of the relevant undertaking(s) for collective investment. Estimated Net Asset Values will only be used if the Administrator has sufficient assurance that the valuation method used by the relevant Investment Manager for the calculation of such Net Asset Values is coherent as compared to the official one. The calculation of the Net Asset Value of the Company or of a class of shares may also be based upon the net asset value of one or more undertakings for collective investment as calculated prior to the relevant Valuation Day of the Company. As a result, the estimated net asset value and historic net asset value of undertakings for collective investment may not reflect the actual net asset value of such undertakings for collective investment on the relevant Valuation Day of the Company. Accordingly, the Net Asset Value of the Company or of a class of Shares will reflect the estimated or historic net asset value of such undertakings for collective investment and may be higher or lower than the actual value of the net assets of the Company or a class of Shares.

Notwithstanding the foregoing, where on any Valuation Date the Company has contracted to:

1) purchase any asset, the value of the consideration to be paid for such asset shall be shown as a liability of the Company and the value of the asset to be acquired shall be shown as an asset of the Company;

2) sell any asset, the value of the consideration to be received for such asset shall be shown as an asset of the Company and the asset to be delivered shall not be included in the assets of the Company; provided however, that if the

exact value or nature of such consideration or such asset is not known on such Valuation Date, then its value shall be estimated by the Company.

2. The liabilities of the Company shall be deemed to include:

- a) all loans, bills and accounts payable;
- b) all accrued interest on loans of the Company (including accrued fees for commitment for such loans);
- c) all accrued or payable expenses (including administrative expenses, advisory and management fees, including incentive fees, custodian fees, and corporate agents' fees);
- d) all known liabilities, present and future, including all matured contractual obligations for payments of money or property, including the amount of any unpaid dividends declared by the Company where the Valuation Date falls on the declaration date or is subsequent thereto, and the amounts of any such dividends declared but for which coupons have not been presented and which have thus not been paid;
- e) an appropriate provision for taxes based on capital and income to the Valuation Date, as determined from time to time by the Company, and other reserves, if any, authorized and approved by the Board of Directors and
- f) all other liabilities of the Company of whatsoever kind and nature, reflected in accordance with generally accepted accounting principles, except liabilities represented by capital stock of the Company.

3. In determining the amount of such liabilities the Company shall take into account all expenses payable by the Company which shall comprise formation expenses, fees payable to its investment advisers or investment managers, including performance related fees, fees and expenses of accountants, custodian, domiciliary, registrar and transfer agents, any paying agent and permanent representatives in places of registration, any other agent employed by the Company, fees for legal and auditing services, promotional, printing, reporting and publishing expenses, including the cost of advertising or preparing and printing of prospectuses, explanatory memoranda or registration statements, taxes or governmental charges, the cost of a quotation of the shares in the Company on any stock exchange or other market and all other operating expenses, including the cost of buying and selling assets, interest, bank charges and brokerage, postage, telephone and telex. The Company may calculate administrative and other expenses of a regular or recurring nature on an estimated figure for yearly or other periods in advance, and may accrue the same in equal proportions over any such period.

Where the Company deems it appropriate to do so in light of the interests of the shareholders, the Company is entitled to deviate from the valuation rules set out in 1. above by adding to the prices referred to in 1. above an amount reflecting the estimated cost of the acquisition of corresponding assets in the event the Company expects further investments to be made, or by deducting from the prices referred to in 1. above an amount reflecting the estimated cost of the disposal of such assets, in the event the Company expects investments to be sold.

In the event of it being impossible, or incorrect, to carry out a valuation in accordance with the above rules owing to particular circumstances, the Company is entitled to use other generally recognised valuation principles, which can be examined by an auditor, in order to reach a proper valuation of its assets.

For issues and redemptions of shares, the Net Asset Value shall be rounded up or down to the third decimal place of the relevant currency in which it is expressed.

In extraordinary circumstances additional valuations may be made within the same day, which will be determined for the shares to be issued or to be redeemed.

The Company shall bear all costs and expenses in relation to all advisory, banking, audit and administrative services provided by any third parties, all Luxembourg taxes and stock exchange expenses, the costs incurred in the formation of the Company, the cost of printing all information to shareholders, including the prospectus and the financial reports, all legal and extraordinary expenses wholly and necessarily incurred any expenses incurred by the Directors whilst carrying out business on behalf of the Company and any Directors fees as may be decided by the shareholders.

4. In exceptional circumstances which may adversely affect the shareholder's interests, or in the event that there should be considerable demand for the redemption of shares, the Directors have the right to delay the computation of the Net Asset Value until it has carried out on behalf of the Company all sales of securities which may be necessary. In that case a Net Asset Value based on the realised value of the underlying assets will be applied to all issue or redemption requests awaiting execution.

The Company may at any time and from time to time suspend the determination of the Net Asset Value of shares, the issue of shares to subscribers and the redemption of shares from its shareholders as well as conversions of shares of any class for up to thirty days or for such longer periods as the Directors may determine:

- (a) during any period (other than a day which is not a bank business day) when any market or stock exchange is closed on which a significant portion of the Company's investments is quoted and such market or exchange is the main market or exchange for a significant part of the Company's investments, provided that the closing of such exchange affects the valuation of the investments of the Company quoted thereon; or during any period when dealings on such market or stock exchange are substantially restricted or suspended, provided such restriction or suspension affects the valuation of the investments of the Company quoted thereon;
- (b) during any period when the Net Asset Value of one or more Investment Funds, in which the Company will have invested and the units or the shares of which constitute a significant part of the assets of the Company, cannot be determined accurately so as to reflect their fair market value as at the Valuation Day;
- (c) during any period when there exists any state of affairs which, in the opinion of the Company, constitutes an emergency as a result of which disposal by the Company of investments owned by it is not practicable or would be seriously prejudicial to the shareholders;
- (d) during any breakdown in the means of communication normally employed in determining the price or value of any of the Company's investments or of current prices on any stock exchange as aforesaid; or

(e) when for any other reason the prices of any investments owned by the Company cannot promptly or accurately be ascertained; or

(f) during any period when remittance of moneys which will or may be involved in the realisation of or in the payment for any of the Company's investments cannot in the opinion of the Board of Directors be carried out at normal rates of exchange.

Any such suspension shall be publicised by the Company in such manner as it may deem appropriate to the persons likely to be affected thereby. The Company shall notify shareholders requesting redemption of their shares by the Company of such suspension at the time of the filing of the irrevocable written request for such redemption. The determination of the Net Asset Value of shares, the issue of the shares to subscribers and the redemption and conversion of shares by shareholders may also be suspended in the event of the publication of a notice convening an extraordinary general meeting of shareholders for the purpose of winding up the Company as from the time of such publication.

Under special circumstances which include, without limitation, suspension of the Net Asset Value calculation of an Investment Fund, default or delay in payments due to the Company from banks, brokers and others, the Company may in turn delay redemption payments to shareholders. The right to receive proceeds in respect of the redemption of all or a part of a shareholder's holding of shares tendered for redemption is contingent upon the Company having sufficient liquidity to discharge its liabilities on the relevant Dealing Day. The Company may also defer payment of proceeds of a redemption if, in the judgement of the Directors of the Company, the liquidation of securities required to raise sufficient funds to pay redemption proceeds will be unduly burdensome to the Company, as determined by the Directors of the Company in good faith.

The net asset value shall be made available at the registered office of the Company and shall be published in newspapers in such countries determined from time to time by the Board of Directors.

Art. 25. Fiscal Year. The fiscal year of the Company shall terminate on 31st December each year and for the first time on the 31st December 2003.

Each Shareholder has the right to receive, at the expense of the Company, a copy of the annual report and all other periodically published reports.

Art. 26. Dividends. The general meeting of shareholders shall, upon the proposal of the Board of Directors, determine whether and to what extent a dividend will be paid to shareholders.

Distributions may be made out of any amounts (including effectively a repayment of capital) upon a decision of the General Meeting provided that after distribution the net asset value of the Company exceeds the minimum capital referred to in article 5 hereof. In each case, the nature of the distribution (capital or revenue) will be indicated in the financial statements.

Dividends will be paid at a place and time decided by the Board of Directors. Notice of declaration of such dividends will be made to such shareholders in the manner that the Board of Directors shall determine from time to time in accordance with Luxembourg law.

The law of March 30th 1988 permits the Board of Directors to make advances on dividends.

Dividends declared but not collected on shares, within a period of five years from the date of declaration of a dividend payment, may not thereafter be claimed by the holder of such share, and shall revert to the Company. The Board of Directors shall have power from time to time to take all steps necessary and to authorise such actions on behalf of the Company to perfect such reversion. No interest will be paid on dividends declared and being held by the Company for the account of holders of shares.

Art. 27. Dissolution of the Company. In the event of a dissolution of the Company, as foreseen in the law, liquidation shall be carried out by one or several liquidators (who may be physical persons or legal entities) named by the meeting of shareholders effecting such dissolution and which shall determine their powers and their compensation.

If the net assets of the Company fall below 2/3 of the minimum capital the Directors must submit the question of the liquidation of the Company to a general meeting of Shareholders for which no quorum shall be required and which shall decide by simple majority of the shares represented at the meeting. If the capital of the Company falls below 1/4 of such minimum capital, such liquidation may be resolved by Shareholders holding 1/4 of the Shares represented at the meeting.

If the Company should be voluntarily liquidated, its liquidation will be carried out in accordance with the provisions of the Law which specifies the steps to be taken to enable shareholders to participate in the liquidation distribution(s) and in that connection provides for deposit in escrow at the «Caisse des Consignations» of any such amounts as have not promptly been claimed by any shareholders at the close of liquidation. Amounts not claimed from escrow within the prescription period would be liable to be forfeited in accordance with the provisions of Luxembourg law. The net proceeds of liquidation will be distributed to shareholders pro rata to their shareholdings in the Company.

Art. 28. Amendment. These Articles may be amended from time to time by a meeting of shareholders subject to the quorum and voting requirements provided by the laws of Luxembourg.

Art. 29. Restrictions of ownership. The Company may restrict or prevent the ownership of shares in the Company by any person, firm or corporate body, if in the opinion of the Company such holding may be detrimental to the Company, if it may result in a breach of any law or regulation, whether Luxembourg or foreign, or if as a result thereof the Company may become subject to tax laws other than those of the Grand Duchy of Luxembourg. Specifically but without limitation, the Company may restrict the ownership of shares in the Company by any U.S. person, as defined hereafter.

For such purposes the Company may:

A. decline to issue any shares and decline to register any transfer of a share, where it appears to it that such registration or transfer would or might result in legal or beneficial ownership of such shares by a U.S. person exceeding the

maximum percentage fixed by the Board of Directors of the Company's capital which can be held by persons who are resident or domiciled in a specific country or who are nationals thereof (the «maximum percentage»), or might entail that the number of such persons, who are shareholders of the Company exceeds a number fixed by the Board of Directors (the «maximum number»); and

B. at any time require any person whose name is entered in, or any person seeking to register the transfer of shares in the Register of Shareholders to furnish it with any information, supported by affidavit, which it may consider necessary for the purpose of determining whether or not beneficial ownership of such shareholder's shares rests in a person who is precluded from holding shares in the Company; including, if and to the extent determined by the Board of Directors, U.S. persons; and

C. decline to accept the vote of any person who is precluded from holding shares or of any beneficial owner of shares exceeding the maximum percentage or maximum number, at any meeting of shareholders of the Company; and

D. where it appears to the Company that any person precluded from holding shares in the Company either alone or in conjunction with any other person is a beneficial owner of shares or that he holds shares in excess of the maximum percentage or would entail that the maximum number or maximum percentage would be exceeded or has produced forged certificates and guarantees or has omitted to produce the certificates or guarantees determined by the Board of Directors, compulsorily redeem from any such shareholder all or part of shares held by such shareholder.

The redemption procedure shall be as follows:

(1) The Company shall serve a notice (the «purchase notice») upon the shareholder holding such shares or appearing in the Register of Shareholders as the owner of the shares to be purchased, specifying the shares to be purchased as aforesaid, the manner in which the purchase price will be calculated and the name of the purchaser.

Any such notice may be served upon such shareholder by posting the same in a prepaid registered envelope addressed to such shareholder at his last address known to, or appearing in, the books of the Company. The said shareholder shall thereupon forthwith be obliged to deliver to the Company the share certificate or certificates representing the shares specified in the purchase notice.

Immediately after the close of business on the date specified in the purchase notice, such shareholder shall cease to be the owner of the shares specified in such notice and his name shall be removed from the Register of Shareholders.

(2) The price at which each such share is to be purchased (the «purchase price») shall be the redemption price defined in Article twenty-one hereof, less any service charge as determined by the Board of Directors from time to time and published in the sales documents of the Company or, if applicable, any deferred sales charge.

(3) Payment of the purchase price will be made available to the former owner of such shares normally in the currency fixed by the Board of Directors for the payment of the redemption price of the shares of the relevant class and will be deposited for payment to such owner by the Company with a bank in Luxembourg or elsewhere (as specified in the purchase notice) upon final determination of the purchase price following surrender of the share certificate or certificates specified in such notice and unmatured dividend coupons attached thereto. Upon service of the purchase notice as aforesaid such former owner shall have no further interest in such shares or any of them, nor any claim against the Company or its assets in respect thereof, except the right to receive the purchase price (without interest) from such bank following effective surrender of the share certificate or certificates as aforesaid. Any funds receivable by a shareholder under this paragraph, but not collected within a period of five years from the date specified in the purchase notice, may not thereafter be claimed and shall revert to the Company. The Board of Directors shall have power from time to time to take all steps necessary to perfect such reversion and to authorize such action on behalf of the Company.

The exercise by the Company of the power conferred by this Article shall not be questioned or invalidated in any case, on the ground that there was insufficient evidence of ownership of shares by any person or that the true ownership of any shares was otherwise than appeared to the Company at the date of any purchase notice, provided in such case the said powers were exercised by the Company in good faith.

Whenever used in these Articles the term «U.S. person» shall have the same meaning as in Regulation S, as amended from time to time, of the United States Securities Act of 1933, as amended («the 1933 Act») or as in any other regulation or act which shall come into force within the United States of America and which shall in the future replace regulation S or the 1933 Act. The Board of Directors shall define the word «U.S. Person» on the basis of these provisions and publicise this definition in the sales documents of the Company.

Art. 30. Applicable law. All matters not governed by these Articles of Incorporation shall be determined in accordance with the law of August 10th, 1915 on commercial Companies and amendments thereto as well as the law of March 30th, 1988 on Collective Investment Undertakings and amendments thereto.

Subscription and Payment

The Articles of Incorporation having been drawn up as aforesaid, the appearing persons undertook to subscribe for the following shares:

Shareholders	Subscribed Capital	Number of Shares
LIBERTY ERMITAGE MANAGEMENT (BERMUDA) LIMITED, prenamed	31,990 USD	3,199
LIBERTY ERMITAGE LUXEMBOURG S.A., prenamed.	10 USD	1
Total:	32,000 USD	3,200

Proof of the above payments has been duly given to the undersigned Notary.

Statement

The Notary executing these documents declares that he has verified the conditions laid down in Article 26 of the law on commercial companies of August 10, 1915 and expressly confirms that they have been observed.

Statement of Formation Expenses

The above named persons declare that the expenses, costs and fees or charges of any kind whatsoever, which shall be borne by the Company as a result of its formation amount approximately to seven thousand five hundred Euro.

Extraordinary General Meeting

The above named persons, representing the entire subscribed capital and considering themselves as duly convoked, have immediately proceeded to hold an Extraordinary General Meeting.

Having first verified that it was regularly constituted, they have passed the following resolutions by unanimous vote:

1. That the number of directors be fixed at 5 (five) or such other number as may be determined by the Board of Directors.

2. That the following be appointed as Directors:

- Mr Ronald L. Mitchell, (Chairman), Chief Executive Officer for the LIBERTY ERMITAGE GROUP, residing in 1st Floor, 47, The Esplanade, St. Helier, JE1 9LB, Jersey, Channel Islands.

- Mr Mark Hucker, Group Executive - Infrastructure for the LIBERTY ERMITAGE GROUP, residing in 1st Floor, 47, The Esplanade, St. Helier, JE1 9LB, Jersey, Channel Islands.

- Mr Peter W. Metcalf, Deputy Chairman of LIBERTY ERMITAGE LUXEMBOURG S.A. residing in L-1212 Luxembourg, 17, rue des Bains.

- Mr Sidney M. Place, Director of STANLIB ASSET MANAGEMENT LIMITED, residing in 9th Floor, 25th Ameshoff Street, Braamfontein, 2001 Johannesburg, Republic of South Africa.

- Mr Ian C. Cadby, Director of LIBERTY ERMITAGE JERSEY LIMITED, residing in 1st Floor, 47, The Esplanade, St. Helier, JE1 9LB, Jersey, Channel Islands.

3. That the term of office of these Directors expires at the general meeting to be held in 2004.

4. That PricewaterhouseCoopers, S.à r.l., 400, route d'Esch, L-1471 Luxembourg, are appointed Auditor.

5. That the term of office of the auditor expires at the general meeting to be held in 2004.

6. That the meeting of shareholders authorise the Board of Directors to issue at any time, new shares of the Company, without limitation of time and sums. It also authorises the Board of Directors to redeem the shares of the Company.

That in carrying out the issue or redemption of shares of the Company, the Board of Directors will comply with the conditions set out in the Articles and the law.

7. That the registered office of the Company is fixed at Forum Bourse, 17, rue des Bains, L-1212 Luxembourg.

The undersigned notary, who understands and speaks English, states herewith that on request of the above represented persons, the present deed is worded in English followed by a French translation; on request of the proxy of the same persons and in case of divergence between the English and the French text, the English version will prevail.

Whereof the present notarial deed was drawn up in Luxembourg, on the day named at the beginning of this document.

The document having been read to the proxy of the persons represented, known to the notary by his surname, first name, civil status and residence, the said persons have signed with us, the notary, the present original deed.

Suit la traduction française du procès-verbal qui précède:

L'an deux mille deux, le vingt-neuf novembre

Par-devant Maître Henri Hellinckx, notaire de résidence à Mersch (Luxembourg).

Ont comparu:

1. LIBERTY ERMITAGE MANAGEMENT (BERMUDA) LIMITED, société constituée selon la loi des Bermudes, ayant son siège social à The Bank of Bermuda Building, 6, Front Street, Hamilton, Bermuda HM11, représentée par Monsieur Jean-Pierre Mernier, licencié en droit, demeurant à Luxembourg, suivant une procuration datée du 26 novembre 2002;

2. LIBERTY ERMITAGE LUXEMBOURG S.A., société de droit luxembourgeois, ayant son siège social à Forum Bourse, 17, rue des Bains, L-1212 Luxembourg, représentée par Monsieur Jean-Pierre Mernier, prénommé, suivant une procuration datée du 26 novembre 2002.

Les procurations données, signées ne varietur, resteront annexées à ce document pour être soumises aux formalités de l'enregistrement.

Lesquels comparants ont requis le notaire instrumentant de dresser l'acte constitutif d'une société sous la forme de «Société d'Investissement à Capital Variable» qu'ils déclarent constituer entre eux:

Art. 1^{er}. Constitution. Il existe, entre les comparants et tous ceux qui deviendront actionnaires par la suite, une Société d'Investissement à Capital Variable (SICAV) sous la dénomination LIBERTY ERMITAGE GLOBAL STRATEGY FUND (ci-après désigné «la Société»).

Art. 2. Durée. La Société est constituée pour une période illimitée. Elle peut être dissoute par décision de l'assemblée générale statuant comme en matière de modification des statuts ainsi qu'il est indiqué à l'article vingt-huit ci-après.

Art. 3. Objet. L'objet exclusif de la Société est de placer les fonds dont elle dispose en valeurs de tous types et autres investissements permis par la loi, y compris les actions ou parts d'autres organismes de placement collectif, avec pour objectif la répartition des risques et l'attribution aux actionnaires des résultats de la gestion du portefeuille de la Société.

Les actions de la Société sont destinées à être placées dans le public par une offre publique ou privée.

La Société peut prendre toutes mesures et faire toutes opérations qu'elle jugera utiles à l'accomplissement de son objet, en restant toutefois dans les limites tracées par la loi du 30 mars 1988 relative aux organismes de placement collectif.

Art. 4. Siège Social. a) Le siège social de la Société est établi à Luxembourg, Grand-Duché de Luxembourg. Il peut être créé, par simple décision du conseil d'administration, des succursales ou bureaux tant dans le Grand-Duché de Luxembourg qu'à l'étranger.

b) Au cas où le conseil d'administration estimerait que des événements extraordinaires d'ordre politique, économique ou social de nature à compromettre l'activité normale de la Société au siège social ou la communication aisée avec ce siège ou de ce siège avec l'étranger se sont produits ou sont imminents, il pourra transférer provisoirement le siège social à l'étranger jusqu'à cessation complète de ces circonstances anormales; cette mesure provisoire n'aura toutefois aucun effet sur la nationalité de la Société, laquelle, nonobstant ce transfert provisoire du siège, restera une société luxembourgeoise.

Art. 5. Capital. a) Le montant du capital de la Société est égal à tout moment à la valeur de l'actif net de la Société ainsi qu'elle est calculée à l'article 24 ci-après. Le capital minimum sera à tout moment l'équivalent en dollars US du capital minimum prescrit par la loi luxembourgeoise.

b) Le capital initial est fixé à trente deux mille dollars US (USD 32.000,-) représenté par trois mille deux cents (3.200) actions sans mention de valeur entièrement libérées.

c) Les actions sont nominatives.

d) Toutes les actions de la Société seront inscrites au registre des actionnaires qui sera tenu par la Société ou par une ou plusieurs personnes désignées à cet effet par la Société; l'inscription doit indiquer le nom de chaque propriétaire d'actions, sa résidence ou son domicile élu, et le nombre d'actions nominatives qu'il détient et le montant payé sur chacune des actions. Tout transfert d'actions nominatives entre vifs ou à cause de mort sera inscrit au registre des actionnaires. Les inscriptions au registre des actionnaires pourront être attestées par l'émission de certificats d'actions nominatives, mais uniquement sur demande écrite de l'actionnaire.

e) Les actions peuvent être de différentes classes. Ces classes pourront avoir des droits spécifiques ou être assujetties à des engagements spécifiques. Ces actions sont assorties de ces différentes conditions tel que peut le décider le conseil d'administration. Les émissions d'actions doivent être effectuées à la valeur nette d'inventaire par action de la classe concernée, déterminée conformément à l'article 24, plus toute commission, s'il en existe, tel que le conseil d'administration l'estimera nécessaire.

f) Des sous-classes peuvent être établies à l'intérieur de chaque classe. Lorsque cela s'avérera nécessaire, les références faites dans le présent document aux classes devront être lues comme étant des références aux sous-classes.

g) Les certificats d'actions seront signés par deux administrateurs. Ces signatures pourront être soit manuscrites, soit imprimées, soit apposées au moyen d'une griffe. La Société pourra émettre des certificats provisoires dans les formes qui seront déterminées par le conseil d'administration, de temps en temps.

h) La Société pourra considérer la personne dont le nom figure au registre des actionnaires comme le propriétaire des actions. A cet égard, la Société sera entièrement déchargée de toute responsabilité envers toute autre personne en ce qui concerne ces actions.

i) Le transfert d'actions nominatives se fera par la remise à la Société des certificats représentant ces actions, accompagnés de tout autre document de transfert exigé par la Société, ou bien par une déclaration de transfert écrite portée au registre des actionnaires, datée et signée par le cédant et le cessionnaire ou par leurs mandataires justifiant des pouvoirs requis.

j) Tout actionnaire qui désire avoir des actions nominatives devra fournir à la Société une adresse à laquelle toutes les communications et toutes les informations pourront être envoyées et toutes indications concernant son compte bancaire permettant à la Société d'effectuer les paiements lors de rachats ou de paiements de dividendes. Cette adresse sera inscrite sur le registre des actionnaires comme domicile élu. Au cas où pareil actionnaire ne fournirait pas d'adresse à la Société, mention pourra en être faite au registre des actionnaires et l'adresse de l'actionnaire sera censée être au siège social de la Société, ceci jusqu'à ce qu'une autre adresse soit fournie à la Société par l'actionnaire. L'actionnaire pourra à tout moment faire changer l'adresse portée au registre par une déclaration écrite envoyée à la Société à son siège social, ou à telle autre adresse qui pourra être fixée par la Société, de temps en temps.

Art. 6. Augmentation de capital. Le conseil d'administration peut, à tout moment, sans limitation, émettre des actions qui doivent être entièrement libérées. En cas d'émission d'actions nouvelles, les anciens actionnaires n'ont aucun droit de préférentiel de souscription de ces actions.

La Société se réserve le droit de rejeter toute souscription d'actions, pour partie ou en totalité, pour une quelconque raison.

Chaque actionnaire a le droit de demander à tout moment à la Société de racheter tout ou partie de ses actions dans les conditions et limites déterminées par les présents statuts et par la loi.

Les variations du capital se font de plein droit et sans les mesures de publicité et d'inscription au registre du commerce prévus pour les augmentations et diminutions de capital des sociétés anonymes.

Par dérogations aux dispositions de la loi modifiée du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales, les remboursements aux actionnaires à la suite d'une réduction du capital ne sont soumis à aucune restriction.

Art. 7. Certificats perdus. a) Lorsqu'un actionnaire peut justifier à la Société que son certificat d'action a été égaré, volé ou détruit, un duplicata pourra être émis à sa demande aux conditions et avec les garanties que la Société déterminera.

b) Les certificats d'actions endommagés pourront être échangés contre des certificats nouveaux sur ordre de la Société. Ces certificats endommagés seront remis à la Société et annulés sur-le-champ.

c) La Société pourra mettre en compte à l'actionnaire le coût du duplicata ou du nouveau certificat d'actions et de toutes les dépenses justifiées encourues par la Société en relation avec l'émission et l'inscription au registre ou avec la destruction de l'ancien certificat.

Art. 8. Représentation. L'assemblée des actionnaires de la Société, régulièrement constituée, représentera tous les actionnaires de la Société. Elle aura les pouvoirs les plus larges pour ordonner, faire ou ratifier tous les actes relatifs aux opérations de la Société.

Art. 9. Assemblées. a) L'assemblée générale annuelle des actionnaires se tiendra à Luxembourg au siège social de la Société ou à tout autre endroit de Luxembourg, qui sera fixé dans l'avis de convocation, le second jeudi du mois de juin à 11.00 heures et pour la première fois en 2004. Si ce jour est un jour férié légal ou bancaire à Luxembourg, l'assemblée générale annuelle se tiendra le premier jour ouvrable bancaire suivant et l'assemblée générale annuelle pourra se tenir à l'étranger si le conseil d'administration constate souverainement que des circonstances exceptionnelles requièrent ce déplacement.

b) Les autres assemblées générales d'actionnaires pourront se tenir aux heures et lieux spécifiés dans les avis de convocation.

c) Les quorums et délais requis par la loi régleront les avis de convocation et la conduite des assemblées des actionnaires de la Société dans la mesure où il n'en est pas autrement disposé dans les présents statuts.

d) Toute action donne droit à une voix. Tout actionnaire pourra prendre part aux assemblées des actionnaires en désignant comme mandataire par écrit, par câble, par télégramme, par télex ou par télécopieur ou un moyen de communication similaire, une autre personne (qui ne doit pas être actionnaire elle-même). Une telle procuration sera considérée comme valable, à moins qu'elle ne soit révoquée, pour toute assemblée reconvoquée ou ajournée.

e) Dans la mesure où il n'en est pas autrement disposé par la loi ou par les statuts, les décisions de l'assemblée générale des actionnaires sont prises à la majorité simple des actionnaires présents et votants.

f) Le conseil d'administration peut déterminer toutes autres conditions à remplir par les actionnaires pour prendre part à l'assemblée générale.

Art. 10. Ordre du jour. Les actionnaires se réuniront sur convocation du conseil d'administration ou du réviseur d'entreprises, à la suite d'un avis énonçant l'ordre du jour publié conformément à la loi et envoyé au moins huit jours avant l'assemblée à tout propriétaire d'actions nominatives à son adresse portée au registre des actionnaires.

Si cependant tous les actionnaires sont présents ou représentés et qu'ils déclarent connaître l'ordre du jour, l'assemblée pourra se tenir sans avis de convocation et sans publication préalable.

L'ordre du jour est préparé par le conseil d'administration, excepté dans le cas où l'assemblée est convoquée sur la demande écrite du réviseur d'entreprises ou des actionnaires ainsi qu'il est prévu par la loi, auquel cas le conseil d'administration pourra préparer un ordre du jour supplémentaire.

Art. 11. Administrateurs. La Société sera administrée par un conseil d'administration composé de trois membres au moins; les membres du conseil d'administration ne seront pas nécessairement actionnaires de la Société.

Les administrateurs autres que les premiers administrateurs seront élus par les actionnaires à l'assemblée générale pour une période n'excédant pas six ans et resteront en fonction jusqu'à ce que leurs successeurs respectifs aient été dûment élus. Les administrateurs dont les noms sont proposés à l'élection sur l'ordre du jour de l'assemblée générale annuelle seront élus par la majorité des actionnaires présents et votant. Tout administrateur pourra être révoqué et être remplacé à tout moment par décision des actionnaires.

Au cas où un poste d'administrateur devient vacant à la suite de décès, de démission ou autrement, les administrateurs restants pourront se réunir et élire à la majorité des voix, un administrateur pour pallier cette vacance jusqu'à la prochaine assemblée des actionnaires.

La rémunération des administrateurs sera déterminée par l'assemblée générale des actionnaires.

Art. 12. Conseil d'Administration. a) Le conseil d'administration choisira parmi ses membres un président et pourra élire en son sein un ou plusieurs vice-présidents. Il pourra également désigner un secrétaire qui n'a pas besoin d'être administrateur et qui devra dresser les procès-verbaux des réunions du conseil d'administration ainsi que des assemblées d'actionnaires. Le conseil d'administration se réunira sur la convocation du président ou de deux administrateurs, au lieu indiqué dans l'avis de convocation.

b) La convocation écrite à toute réunion du conseil d'administration sera remise à tous les administrateurs au moins vingt-quatre heures avant la réunion, sauf s'il y a urgence, auquel cas la nature et les motifs de cette urgence seront mentionnées dans l'avis de convocation à la suite de l'assentiment par écrit ou par câble, par télex ou par télécopieur ou moyen de communication similaire de chaque administrateur. Aucune convocation spéciale ne sera requise pour une réunion du conseil d'administration se tenant à une heure et à un endroit déterminés dans une résolution préalablement adoptée par le conseil d'administration.

c) Chacun des administrateurs pourra agir lors de toute réunion du conseil d'administration en désignant un autre administrateur comme son mandataire par écrit ou par câble, télégramme, télex ou télécopie ou par un moyen de télécommunication similaire.

d) Le président du conseil d'administration présidera les assemblées générales d'actionnaires et les réunions du conseil d'administration, mais en son absence, l'assemblée générale ou le conseil d'administration désigneront un autre administrateur pro tempore pour assumer la présidence de ces assemblées et réunions.

e) Le conseil d'administration ne pourra délibérer et agir valablement que si la majorité des administrateurs est présente ou représentée à une réunion du conseil. Les décisions sont prises à la majorité des voix des administrateurs présents ou représentés à la réunion. Au cas où, lors d'une réunion du conseil, il y a égalité de voix pour et contre une décision, le président aura voix prépondérante.

f) Les administrateurs peuvent participer à une réunion du conseil d'administration par les moyens de conférence téléphonique ou d'autres moyens de communication similaires par lesquels les personnes participant à la réunion peuvent s'entendre et se parler.

g) Des résolutions signées par tous les membres du conseil d'administration ont la même validité que si elles avaient été prises en réunion du conseil dûment convoquée et tenue. De telles signatures peuvent être apposées sur un document unique ou sur plusieurs copies d'une même résolution et la preuve peut en être apportée par lettre, câble, télégramme, télex, télécopie ou par tout autre moyen de communication similaire. Les documents constitueront tous ensemble le procès-verbal documentant une réunion.

Art. 13. Procès-verbaux. a) Les procès-verbaux des réunions du conseil d'administration seront signés par le président ou par l'administrateur qui aura assumé la présidence en son absence, ou par deux administrateurs.

b) Les copies ou extraits des procès-verbaux destinés à servir en justice ou ailleurs seront signés par le président, ou par le secrétaire, ou par deux administrateurs, ou encore par toute personne autorisée par le conseil d'administration.

Art. 14. Pouvoirs. Le conseil d'administration a les pouvoirs les plus larges pour faire tous actes d'administration ou de disposition dans l'intérêt de la Société. Tous pouvoirs non expressément réservés à l'assemblée générale par la loi ou par les présents statuts sont de la compétence du conseil d'administration.

Le conseil d'administration, appliquant le principe de la répartition des risques, a le pouvoir de déterminer la politique de gestion et d'investissement et l'orientation et les lignes de conduite à suivre dans la gestion de la Société.

A l'exception de la disposition de l'article 12, dernier alinéa, les administrateurs ne pourront agir que dans le cadre des réunions du conseil d'administration régulièrement convoquées.

Le conseil d'administration peut déléguer, sous son contrôle et sa responsabilité, ses pouvoirs relatifs à la gestion journalière et aux affaires de la Société et ses pouvoirs de prendre des actes en vue de la politique de la Société et pour les besoins des responsables de la Société.

Le conseil d'administration pourra, de temps en temps, nommer des responsables de la Société, y compris un directeur général, des directeurs généraux adjoints, ainsi que tous autres responsables nécessaires pour les opérations et la gestion de la Société, qui ne seront pas nécessairement administrateurs ou actionnaires de la Société. Sauf autres prescriptions des présents statuts, les responsables nommés auront les pouvoirs et les charges qui leur auront été conférés par le conseil d'administration.

Art. 15. Signatures. La Société sera engagée par la signature conjointe de deux administrateurs ou par la signature conjointe ou individuelle de toute(s) autre(s) personne(s) auxquelles/à laquelle de tels pouvoirs auront été délégués par le conseil d'administration.

Art. 16. Clause d'Invalidation. Aucun contrat et aucune transaction que la Société pourra conclure avec d'autres sociétés ou firmes ne pourront être affectés ou invalidés par le fait qu'un ou plusieurs administrateurs ou responsables auraient un intérêt quelconque dans telle autre société ou firme, ou par le fait qu'ils en seraient administrateurs, responsables ou employés. L'administrateur ou le responsable de la Société qui est administrateur, directeur, responsable ou employé d'une société ou firme avec laquelle la Société passe des contrats ou avec laquelle il est autrement en relation d'affaires, sera normalement privé du droit de délibérer ou de voter en ce qui concerne des matières en relation avec pareil contrat ou pareilles affaires, mais il pourra néanmoins continuer à faire des affaires avec la Société.

Au cas où un administrateur ou un responsable aurait un intérêt personnel dans une affaire de la Société, cet administrateur ou responsable devra informer le conseil d'administration de son intérêt personnel et il ne délibérera ni ne prendra part au vote sur cette affaire et rapport devra en être fait au sujet et de l'intérêt personnel de pareil administrateur ou responsable à la prochaine assemblée des actionnaires.

Art. 17. Indemnisation. La Société pourra indemniser tout administrateur ou responsable, ses héritiers, exécuteurs testamentaires et administrateurs, des dépenses raisonnablement occasionnées par toute action ou procès auxquels il aura été partie en sa qualité d'administrateur ou responsable de la Société, ou, à sa demande, administrateur ou directeur de toute autre société dont la Société est actionnaire ou créancier et par laquelle il ne serait pas indemnisé, sauf le cas où, dans pareilles actions, procès, ou procédure, il serait finalement condamné pour négligence grave ou mauvaise administration. En cas d'arrangement extrajudiciaire, une telle indemnité ne sera accordée que si la personne en question n'a pas commis un tel manquement à ses devoirs. Le droit à pareille indemnisation n'exclura pas d'autres droits dans le chef de l'administrateur ou du responsable.

Art. 18. Réviseur d'entreprises. Les opérations de la Société comprenant notamment la tenue de sa comptabilité, les questions fiscales et l'établissement de toutes déclarations d'impôt ou autres déclarations prévues par la loi luxembourgeoise, seront surveillées par un réviseur d'entreprises. Celui-ci sera élu par l'assemblée générale ordinaire pour une période déterminée. Les réviseurs d'entreprise en fonction peuvent être révoqués à tout moment par les actionnaires, mais seulement pour faute grave, à condition qu'il soit remplacé par un autre réviseur d'entreprises.

Art. 19. Etablissement de la politique d'investissement. Le conseil d'administration a le pouvoir de faire pour le compte de la Société tout ce qui n'est pas expressément réservé à l'assemblée générale des actionnaires par les présents statuts et, sans que se trouve limité le caractère général de ce qui précède, le pouvoir de déterminer la politique d'investissement pour les placements de la Société dans le respect du principe de la répartition des risques, sous réserve des restrictions imposées en matière de placements par la loi, des dispositions réglementaires ou des restrictions définies par le conseil d'administration.

Art. 20. Transactions sur titres. Les opérations sur les actions ne peuvent être effectuées qu'un «jour de transaction», sur base de la valeur nette du «jour d'évaluation» en question, tel que déterminé par le conseil d'administration.

Art. 21. Prix d'émission et de rachat. Les prix d'émission et de rachat des actions sont obtenus en divisant les avoirs de la Société pouvant être attribués à la classe en question, de la manière décrite à l'article 24 ci-après, par le nombre d'actions de cette classe en circulation.

Lesdits prix peuvent être majorés ou diminués, suivant le cas, des frais et des commissions arrêtés par le conseil d'administration en conformité avec la loi telle qu'indiquée dans le prospectus.

Art. 22. Rachat et conversion d'actions. 1) Selon les modalités fixées ci-après, la Société a le pouvoir d'acquiescer à tout moment ses propres actions souscrites et entièrement libérées, sous réserve seulement des limitations prévues par la loi.

2) Tout actionnaire est en droit de demander à tout moment à la Société le rachat de tout ou partie de ses actions.

3) La Société peut demander à un actionnaire le rachat de ses actions de la manière décrite dans le prospectus.

Le prix de rachat sera égal à la valeur nette d'inventaire des actions calculée (conformément aux dispositions de l'article 24 ci-après) le jour d'évaluation diminué des commissions de rachat.

Toute demande de rachat est irrévocable et doit être présentée par l'actionnaire par écrit et déposée au siège social de la Société à Luxembourg ou auprès de toute autre personne ou organe nommé par la Société pour le remboursement des actions au moment déterminé de temps à autre par les administrateurs.

La demande peut également être inscrite au dos des certificats, si cela est applicable, ou sous toute autre forme de preuve que le conseil d'administration déterminera.

Les demandes de remboursement peuvent également être faites par message télécopié ou sous toute autre forme écrite le jour de transaction ou avant et peuvent également être faites par téléphone à condition qu'une confirmation est envoyée par message télécopié ou tout autre forme écrite, endéans vingt-quatre heures au siège social de la Société à Luxembourg ou à toute autre personne ou organe désigné par la Société comme son agent pour le rachat des actions. Les messages télécopiés devront être confirmés en envoyant les originaux des documents au siège social de la Société à Luxembourg ou à toute personne ou organe désigné la Société comme son agent pour le rachat des actions. L'acceptation d'instructions par téléphone, message télécopié ou par une autre forme écrite est subordonnée à une indemnité accordée de la part de l'investisseur à la personne ou organe désigné comme agent pour le rachat des actions pour l'exécution de ces instructions.

En traitant les demandes de rachat, les administrateurs se réservent le droit de retenir une partie des sommes à rembourser, à condition que le solde de ces sommes sera payé le plus tôt possible et avant que des sommes, relatives à des rachats subséquents, ne soient payées. Ce droit peut être exercé dans des circonstances où le conseil d'administration estime que la disposition immédiate des valeurs de la Société ne serait pas raisonnablement praticable ou pourrait causer préjudice aux intérêts des actionnaires restant dans la Société.

Si, à un jour de transaction, les demandes de rachat ou de conversion reçues par la Société dépassent ensemble 10% de la valeur nette d'inventaire, les demandes de remboursement ou de conversion excédentaires pourront être reportées au prochain jour de transaction. A ce prochain jour de transaction, les demandes qui ont été reportées de telle manière seront traitées de préférence à d'autres demandes.

Le conseil d'administration peut, à son entière discrétion, racheter de manière impérative toute détention d'actions ayant une valeur inférieure au montant déterminé par le conseil d'administration de temps en temps et publié dans le prospectus de la Société comme le montant minimal de détention d'actions.

Les actions rachetées seront annulées.

e) Le rachat d'actions peut être suspendu conformément aux dispositions de l'article 24 ci-après.

f) Si un rachat d'actions réduit le capital de la Société à moins de deux tiers du capital minimum légal prévu par la loi luxembourgeoise, le conseil d'administration doit soumettre la question de la dissolution de la Société à l'assemblée générale délibérant sans condition de présence et décidant à la majorité simple des actions présentes ou représentées à l'assemblée.

g) Si le capital de la Société est inférieur au quart du capital minimum légal, le conseil d'administration doit soumettre la question de la dissolution de la Société à l'assemblée générale délibérant sans condition de présence; la dissolution pourra être prononcée par les actionnaires possédant un quart des actions représentées à l'assemblée.

h) La convocation doit se faire de façon que l'assemblée soit tenue dans le délai de quarante jours à partir de la constatation que l'actif net est devenu inférieur respectivement aux deux montants préindiqués.

4) Tout actionnaire peut, par une demande irrévocable, obtenir la conversion de toute ou partie de ses actions dans des actions d'une autre classe à la valeur nette d'inventaire respective des classes concernées, tel que déterminée par l'article 24. Le conseil d'administration peut imposer des restrictions tel que, entre autre, la fréquence de la conversion, et peut soumettre les conversions au paiement d'une commission, telle que déterminée et publiée dans le prospectus.

Si une conversion ou une vente d'actions a pour résultat de réduire la valeur de détention d'actions d'une classe d'un seul actionnaire en dessous du minimum déterminé de temps en temps par le conseil d'administration, cet actionnaire pourra être considéré comme ayant demandé la conversion de toutes ses actions de cette classe, tel que le conseil d'administration pourra le décider.

Art. 23. Paiement du prix de souscription et de rachat d'actions. En cas d'émission d'actions, le prix d'émission doit être réglé avant le jour de transaction concerné. Le prix d'émission ne peut être payé que dans la devise de référence de la classe d'actions concernée sauf en cas d'accord contraire préalable. Le prix d'émission sera égal à la valeur nette d'inventaire augmentée d'éventuelles commissions d'achat. A défaut de réception du prix, la Société peut annuler l'émission en gardant toutefois le droit de réclamer les frais et commissions éventuellement dus.

Le Conseil d'Administration peut de temps en temps accepter d'émettre des actions contre paiement en nature de titres ou d'autres avoirs pouvant être acquis par la Société conformément à ses politiques et restrictions d'investissement. De tels paiements en nature devront être évalués dans un rapport établi par les réviseurs d'entreprises de la Société conformément aux exigences de la loi luxembourgeoise.

En cas de rachat d'actions, le paiement du prix de rachat interviendra normalement pas plus tard que trente jours calendriers après le jour de transaction correspondant. Les produits du rachat peuvent être payés en toutes devises et

sous réserve de la déduction des coûts et dépenses associés à la conversion des devises tel que décrit dans le prospectus.

Art. 24. Valeur nette d'inventaire. Le prix d'émission et de rachat ainsi que la valeur nette des actions de la Société seront déterminés par la Société le jour d'évaluation ou à d'autres moments, suivant ce que le conseil d'administration en décidera, mais au moins une fois par mois.

La valeur nette des actions de la Société doit être exprimée dans la monnaie de référence de la classe concernée et doit être déterminée par action, conformément au jour d'évaluation en divisant la valeur nette d'inventaire totale de la classe concernée par le nombre d'actions en circulation dans cette classe, en arrondissant à l'unité la plus proche.

Dans des circonstances exceptionnelles pouvant affecter négativement les intérêts des actionnaires, ou en cas de demandes importantes de remboursement, le conseil d'administration se réserve le droit de ne fixer la valeur nette d'inventaire qu'après avoir effectué les ventes de valeurs mobilières qui s'imposent. Dans ce cas, les souscriptions et demandes de rachat seront satisfaites sur la base d'une valeur nette unique calculée en utilisant la valeur réalisable des actifs.

1) L'évaluation des avoirs de la Société se fera de la manière suivante:

A. Investissements dans des Organismes de Placement Collectif

(a) Les investissements dans des fonds d'investissements qui sont du type fermé, seront évalués au dernier prix de clôture connu. Si un fonds d'investissement du type fermé est coté sur plusieurs marchés boursiers, le dernier prix de vente disponible sur le marché boursier qui constitue le marché principal pour de tels titres sera utilisé.

Pour les fonds d'investissements du type fermé, pour lesquels les transactions sur le marché boursier de référence sont limitées et pour lesquels un second marché de transactions existe entre courtiers, qui, en tant que teneurs de marché, offrent des prix correspondants aux conditions de marché, la Société peut décider d'évaluer de tels fonds d'investissements de type fermé conformément aux prix qui sont offerts par de tels teneurs de marché.

(b) Les actions d'un fonds d'investissements de type ouvert seront évaluées à la dernière valeur compilée pour de tels titres au même jour d'évaluation qui sera transmise à la Société et confirmée par la banque dépositaire ou l'agent administratif. A défaut de ce prix, ces actions seront évaluées à la dernière valeur nette d'inventaire disponible compilée avant le jour d'évaluation auquel la valeur nette d'inventaire des actions et des parts ont été calculées, ou déterminées ou estimées sur la base d'informations accessibles à la Société, si, de l'avis du conseil d'administration, une telle valeur nette d'inventaire estimée est considérée comme exacte à la lumière des intérêts des actionnaires.

B. Autres Investissements

(a) Les titres qui sont négociés sur une bourse seront évalués au cours de clôture de la bourse sur laquelle ces titres sont principalement négociés. Si ce cours de clôture n'est pas disponible, ces titres seront évalués au dernier prix déterminé par un système de cotation choisi par la Société au jour d'évaluation.

Concernant les options, si le prix de clôture ou le dernier prix rapporté par le système de cotation n'est pas disponible, la position sera évaluée à la moyenne des prix «bid» et «ask» à la clôture de la négociation à tel jour d'évaluation.

Les titres qui ne sont pas négociés sur une bourse mais négociés de gré à gré seront évalués au prix de clôture à la date à laquelle leur valeur sera déterminée; à condition si les ventes ne sont pas rapportés ou s'il n'y a pas de ventes à cette date, que ces titres soient évalués à la moyenne des prix «bid» et «ask» à la clôture de la négociation au jour d'évaluation, tel qu'il est rapporté par un système de cotation choisi par la Société, à condition que l'évaluation des titres non négociés sur une bourse nationale puisse être faite par toute autre source sérieuse choisie par la Société.

D'autres instruments négociés de gré à gré détenus par la Société seront évalués de bonne foi en se basant discrétionnairement sur des cotations reçues des vendeurs ou basées sur d'autres méthodes d'évaluation raisonnables et jugées appropriées par la Société;

(b) Les avoirs liquides seront évalués à leur valeur nominale avec intérêts courus.

(c) Les avoirs libellés dans une devise autre que la devise de référence de la classe concernée seront convertis dans une telle devise de référence au dernier taux de change moyen disponible. Dans ce contexte, il faudra tenir compte des instruments de couverture utilisés pour couvrir les risques de change.

(d) Afin d'évaluer des classes d'actions, dont la valeur nette d'inventaire sera exprimée dans des devises de référence différentes, les avoirs alloués à une classe d'actions seront convertis dans la devise de référence correspondante en prenant en compte toutes les transactions de couverture en cours. Afin de déterminer la valeur nette d'inventaire des classes d'actions distinctes, la valeur des avoirs spécifiques à une classe sera additionnée et les dettes correspondantes seront déduites.

Dans des circonstances exceptionnelles, le calcul de la valeur nette d'inventaire de la Société ou d'une classe d'actions peut se baser sur une estimation de la valeur nette d'inventaire d'un ou plusieurs organismes de placement collectif telle que calculée par le gestionnaire de l'organisme de placement collectif concerné. Des estimations de valeurs nettes d'inventaire ne seront utilisées que si l'agent administratif a suffisamment d'assurance que la méthode d'évaluation utilisée par l'agent administratif concerné pour le calcul de la valeur nette d'inventaire est cohérent par rapport à la méthode officielle. Le calcul de la valeur nette d'inventaire de la Société ou d'une classe d'actions peut également être basé sur la valeur nette d'inventaire d'un ou plusieurs organismes de placement collectif dont la valeur nette d'inventaire a été calculée avant le jour d'évaluation concerné de la Société. En conséquence, la valeur nette d'inventaire estimée et la valeur nette d'inventaire historique des organismes de placement collectif peut ne pas refléter l'actuelle valeur nette d'inventaire de tels organismes de placement collectif au jour d'évaluation concerné de la Société. Ainsi, la valeur nette d'inventaire de la Société reflétera la valeur nette d'inventaire estimée ou historique de tel organisme de placement collectif et pourra dès lors être supérieure ou inférieure à la valeur actuelle des avoirs nets de la Société ou d'une classe d'actions.

Nonobstant ce qui précède, lorsque, à tout jour d'évaluation, la Société s'est engagée à:

1. acquérir tout avoir, la valeur à payer pour un tel avoir sera désignée comme un engagement de la Société et la valeur de l'avoir à acquérir sera désignée comme un avoir de la Société;

2. vendre tout avoir, la valeur à recevoir pour un tel avoir sera désignée comme un avoir de la Société et l'avoir en vente ne sera pas inclut dans les avoirs de la Société; cependant, si la valeur ou la nature exacte d'un tel montant ou avoir n'est pas connu à ce jour d'évaluation, sa valeur sera estimée par la Société;

Les engagements de la Société sont censés comprendre:

- a) tous les emprunts, effets échus et comptes exigibles,
- b) tous les intérêts à devoir sur emprunts de la Société (y compris les commissions dues pour ces emprunts);
- c) tous les frais d'administration, échus ou redus (y compris les rémunérations des conseillers en investissement ou gestionnaires, des dépositaires, des mandataires et agents de la Société, les commissions de performance);
- d) toutes les obligations, connues, échues ou non, y compris toutes obligations contractuelles venues à échéance qui ont pour objet des paiements soit en espèces soit en biens, y compris le montant des dividendes annoncés par la Société mais non encore payés lorsque le jour d'évaluation coïncide avec la date à laquelle se fera la détermination de la personne qui y a, ou y aura droit, et les montants de tous dividendes déclarés mais pour lesquels les coupons n'ont pas été présentés et qui n'ont donc pas été payés;
- e) une réserve appropriée pour impôts futurs sur le capital et sur le revenu, courus jusqu'au jour d'évaluation et déterminée périodiquement par la Société et le cas échéant d'autres réserves autorisées ou approuvées par le conseil d'administration;
- f) tous autres engagements de la Société de quelque nature et sorte que ce soit, estimés conformément aux principes comptables généralement acceptés, à l'exception des engagements représentés par les actions de la Société.

3. Pour l'évaluation du montant de ces engagements la Société prendra en considération toutes les dépenses payables par elle, ce qui comprend les frais de constitution, les frais payables à ses conseillers en investissement ou gestionnaires des investissements, y compris les commissions de performance, comptables, dépositaire, domiciliaire, agent de transfert et de préposé au registre, agent payeur et représentants permanents aux lieux d'enregistrement, tout autre agent employé par la Société, les frais pour les services juridiques et de révision, les frais de cotation des actions de la Société à la Bourse ou un marché réglementé les dépenses de publicité, d'imprimerie y compris le coût de publicité et de préparation et impression des prospectus, mémoires explicatifs ou déclarations d'enregistrement, impôts ou taxes gouvernementales et toutes autres dépenses opérationnelles y compris les coûts d'achat et de vente des avoirs, intérêts, frais bancaires et de courtage, postaux, de téléphone et de télex. La Société pourra calculer les dépenses administratives et autres, qui ont un caractère régulier ou périodique, par une estimation pour l'année ou toute autre période en répartissant le montant au prorata des fractions de cette période.

Lorsque la Société estime que cela est approprié, à la lumière des intérêts des actionnaires, la Société est en droit de dévier des règles d'évaluation établies au point 1) ci-dessus en ajoutant au prix mentionné au point 1) ci-dessus un montant reflétant les coûts estimés relatifs à l'acquisition des avoirs correspondants dans le cas où la Société a la perspective de faire des investissements supplémentaires, ou en déduisant des prix mentionnés au point 1) ci-dessus un montant reflétant le coût estimé de la disposition de tels avoirs, dans le cas où la Société a la perspective de vendre ces investissements.

Dans le cas où il est impossible ou incorrect d'effectuer une évaluation conformément aux règles mentionnées ci-dessus, en raison de circonstances particulières, la Société est en droit d'utiliser d'autres principes généralement reconnus d'évaluation, qui peuvent être examinés par un réviseur, afin d'atteindre une juste évaluation de ses avoirs.

Pour les émissions et rachats des actions, la valeur nette d'inventaire sera arrondie à la hausse ou à la baisse à la troisième décimale de l'unité de la devise dans laquelle elle est exprimée.

Dans des circonstances extraordinaires, des évaluations supplémentaires peuvent être effectuées le même jour, auquel les actions seront émises ou rachetées.

La Société supportera tous frais et dépenses relatifs aux services de conseiller, de banque, d'audit et d'administration rendus à la Société par des tierces personnes; la taxe d'abonnement luxembourgeoise et les frais de cotation en bourse; les frais relatifs à la création de la Société, y compris l'impression des documents destinés aux actionnaires, y inclus le prospectus et les rapports financiers; toutes les dépenses légales et extraordinaires qui sont nécessaires; les frais engendrés par les administrateurs pendant l'exercice de leur fonction et tous les honoraires du conseil d'administration décidés par les actionnaires.

4. Dans des circonstances exceptionnelles pouvant affecter négativement les intérêts des actionnaires, ou en cas de demandes importantes de remboursement, le conseil d'administration se réserve le droit de ne calculer la valeur nette d'inventaire qu'après avoir effectué les ventes de valeurs mobilières qui s'imposent. Dans ce cas, les souscriptions et demandes de rachat seront satisfaites sur la base d'une valeur nette d'inventaire basée sur la valeur réalisable des actifs.

La Société pourra, à tout moment ou de temps en temps, suspendre l'évaluation de la valeur nette d'inventaire des actions, la souscription et le rachat des actions ainsi que la conversion des actions de toute classe, jusqu'à trente jours ou pour toute période plus longue que le conseil d'administration peut déterminer:

- (a) durant toute période (autre qu'un jour qui n'est pas un jour bancaire ouvrable) pendant laquelle le marché, ou la bourse, sur lequel est coté une partie significative des investissements de la Société est fermé, et que ce marché ou cette bourse sont le marché ou la bourse principaux pour une partie significative des investissements de la Société, pourvu que cette fermeture affecte l'évaluation des investissements de la Société qui y sont cotés; ou pendant toute période à laquelle les transactions sur un tel marché ou une telle bourse sont substantiellement restreintes ou suspendues, pourvu que de telles restrictions ou suspensions affectent l'évaluation des investissements de la Société qui y sont cotés;
- (b) pendant toute période à laquelle la valeur nette d'inventaire de un ou plusieurs fonds d'investissements, dans lesquels la compagnie aurait dû investir, et des parts ou actions qui constituent une partie significative des avoirs de la Société, ne peut être déterminée de manière correcte afin de refléter la juste valeur du marché au jour d'évaluation;

(c) pendant toute période à laquelle il existe une situation d'urgence, de l'avis de la Société, et à la suite de laquelle la disposition par la Société des investissements qu'elle détient n'est pas praticable ou serait sérieusement préjudiciable aux actionnaires;

(d) lorsqu'il y a une panne des moyens de communication utilisés de façon usuelle pour déterminer le prix des investissements de la Société ou les prix courants sur n'importe quel marché ou bourse;

(e) lorsque, pour une quelconque raison, les prix de tous les investissements détenus par la Société ne peuvent être promptement et de manière certaine affirmés; ou

(f) pendant toute période à laquelle la remise de liquidités suite à la réalisation de, ou le paiement pour, tout investissement de la Société, ne peut être effectuée à des taux de change normaux.

Pareille suspension sera notifiée de manière appropriée aux personnes susceptibles d'être affectées par cette suspension. La Société devra notifier aux actionnaires demandant le rachat de leurs actions d'une telle suspension au moment où ils feront une demande écrite irrévocable de rachat. La détermination de la valeur nette d'inventaire des actions, l'émission des actions ainsi que le rachat et la conversion des actions par les actionnaires, peuvent également être suspendus dans le cas d'un avis de publication convoquant une assemblée générale extraordinaire des actionnaires pour décider de la liquidation de la Société.

Dans des circonstances spéciales, qui comprennent sans limitation la suspension du calcul de la valeur nette d'inventaire d'un fonds d'investissements, le défaut ou retard de paiement au profit de la Société de la part de banques, courtiers et autres, la Société peut à son tour retarder les paiements des rachats aux actionnaires. Les droits de recevoir les produits de rachat de toute ou partie des actions présentées au rachat dépend de la disponibilité suffisante de liquidités de la Société afin de la décharger de ses dettes au jour de transaction correspondant. La Société peut aussi retarder le paiement des produits du rachat si, de l'avis des administrateurs de la Société, la liquidation des titres requise afin d'obtenir des fonds suffisants pour satisfaire les demandes de rachats serait désavantageuse pour la Société, telle que déterminé par le conseil d'administration de la Société de bonne foi.

La valeur nette d'inventaire devra être disponible au siège social de la Société et devra être publiée dans les journaux des pays déterminés de temps en temps par le conseil d'administration.

Art. 25. Année fiscale. L'exercice social se terminera le 31 décembre de chaque année et pour la première fois le 31 décembre 2003.

Chaque actionnaire est en droit de se faire délivrer aux frais de la Société une copie du rapport annuel et de tout autre rapport périodique destiné au public.

Art. 26. Dividendes. L'assemblée générale des actionnaires décidera, sur proposition du conseil d'administration, si, et pour quel montant, un dividende sera payé aux actionnaires.

Tout montant peut être distribué sous forme de dividende (y compris un remboursement effectif de capital), sur décision de l'assemblée générale, à condition que l'actif net de la Société ne soit pas inférieur, après distribution, au capital minimum mentionné dans l'article 5 ci-dessus. Dans chaque cas, la nature de la distribution (revenu ou capital) doit faire l'objet d'une note aux états financiers.

Les dividendes seront payés aux endroits et dates déterminés par le conseil d'administration. L'avis de paiement des dividendes sera communiqué aux actionnaires de la manière qui sera déterminée par le conseil d'administration, conformément à la loi luxembourgeoise.

La loi du 30 mars 1988 permet au conseil d'administration de procéder à un versement d'acomptes sur dividendes.

Les dividendes d'actions annoncés mais non payés à l'actionnaire durant une période de cinq ans à partir de l'avis de paiement du dividende ne pourront plus être réclamés par l'actionnaire et reviendront à la Société. Le conseil d'administration a tous les pouvoirs de prendre toutes les mesures nécessaires et d'assurer le retour de ces dividendes à la Société. Aucun intérêt ne sera payé sur des dividendes annoncés et se trouvant aux mains de la Société pour le compte de ses actionnaires.

Art. 27. Dissolution de la Société. En cas de dissolution de la Société, comme prévu par la loi, il sera procédé à la liquidation de la Société par les soins d'un ou de plusieurs liquidateurs (qui peuvent être des personnes physiques ou morales), et qui seront nommés par l'assemblée générale des actionnaires qui déterminera leurs pouvoirs et leur rémunération.

Si les valeurs nets de la Société tombent en dessous de deux-tiers capital minimum, le conseil d'administration doit soumettre la question de la liquidation de la Société à une assemblée générale des actionnaires sans quorum requis et qui prendra sa décision à la simple majorité des actions représentées à l'assemblée. Si le capital de la Société tombe en dessous d'un quart du capital minimum, la décision sur la liquidation de la Société pourra être prise par des actionnaires détenant un quart des actions représentées à l'assemblée.

Si la Société est liquidée volontairement, sa liquidation sera exécutée en accord avec les prévisions de la loi qui spécifient les étapes à suivre pour permettre aux actionnaires de participer aux distributions de la liquidation et qui prévoient le dépôt à la «Caisse de Consignations» des sommes qui n'ont pas été réclamées immédiatement par les actionnaires à la clôture de la liquidation. Les sommes du dépôt non-réclamées pendant la période de prescription seront susceptibles de prescriptions en accord avec les prévisions de la loi luxembourgeoise. Le produit net de la liquidation sera distribué aux actionnaires au prorata de leurs actions dans la Société.

Art. 28. Modification des statuts. Les présents statuts pourront être modifiés de temps en temps par une assemblée générale des actionnaires soumise aux conditions de quorum et de vote requises par la loi luxembourgeoise.

Art. 29. Restriction de propriété. La Société pourra restreindre ou mettre obstacle à la propriété d'actions de la Société par toute personne physique ou morale si la Société estime que cette propriété est préjudiciable à la Société, si elle entraîne une violation de la loi au Grand-Duché de Luxembourg ou à l'étranger, peut impliquer que la Société soit

sujette à imposition dans un pays autre que le Grand-Duché de Luxembourg ou peut d'une autre manière être préjudiciable à la Société.

Notamment, elle pourra limiter ou interdire la propriété d'actions de la Société par tout «ressortissant des Etats-Unis d'Amérique», tel que définie ci-après.

A cet effet la Société pourra:

A. refuser l'émission d'actions et l'inscription du transfert d'actions, lorsqu'il apparaît que cette émission ou ce transfert aurait ou pourrait avoir pour conséquence d'attribuer la propriété de l'action à une personne ressortissant des Etats-Unis d'Amérique excédant le pourcentage maximum fixé par le conseil d'administration du capital de la Société qui peut être détenu par des personnes qui sont résidentes ou domiciliées dans un pays spécifique ou qui sont des nationaux de ce pays (le «pourcentage maximum»), ou pourrait résulter dans le fait que le nombre de telles personnes, qui sont actionnaires de la Société, excèdent un nombre fixé par le conseil d'administration (le «nombre maximum»); et

B. demander, à tout moment, à toute personne figurant au registre des actionnaires, ou à toute autre personne qui demande à y faire inscrire le transfert d'actions, de lui fournir tous renseignements et certificats qu'elle estime nécessaires, éventuellement appuyés d'une déclaration sous serment, en vue de déterminer si ces actions appartiennent ou vont appartenir en propriété effective à une personne qui n'est pas autorisée à détenir des actions de la Société, incluant, dans la limite déterminée par le conseil d'administration, les ressortissants des Etats-Unis d'Amérique; et

C. refuser le vote de toute personne qui n'est pas autorisée à détenir des actions ou de tout bénéficiaire de propriétaire d'actions excédant le pourcentage maximum ou le nombre maximum, à toute assemblée générale d'actionnaires de la Société; et

D. lorsqu'il apparaît à la Société que toute personne non-autorisée à détenir des actions de la Société, soit seule, soit en conjonction avec d'autres personnes, est un bénéficiaire d'actions, ou qu'elle détient des actions excédant le pourcentage maximum, ou aurait pour résultat que le nombre maximum ou le pourcentage maximum soit dépassé, ou qu'elle a produit des certificats ou garanties erronés, ou qu'elle a omis de produire des certificats ou garanties déterminés par le conseil d'administration, la Société peut racheter de manière impérative les actions d'une telle personne actionnaire dans leur totalité ou partiellement.

La procédure de rachat est la suivante:

1) la Société enverra un avis (appelé ci-après «l'avis de rachat») à l'actionnaire possédant les actions ou apparaissant au registre des actionnaires comme étant le propriétaire des actions à racheter; l'avis de rachat spécifiera les titres à racheter, la manière dont sera calculé le prix de rachat ainsi que le nom de l'acquéreur.

L'avis de rachat peut être envoyé à l'actionnaire par lettre recommandée adressée à sa dernière adresse connue ou à celle inscrite au registre des actionnaires. L'actionnaire en question sera obligé de remettre à la Société sans délai le ou les certificats représentant les actions spécifiées dans l'avis de rachat.

Dès la fermeture des bureaux au jour spécifié dans l'avis de rachat, l'actionnaire en question cessera d'être le propriétaire des actions spécifiées dans l'avis de rachat et son nom sera rayé en tant que titulaire de ces actions du registre des actionnaires.

2) le prix auquel les actions spécifiées dans l'avis de rachat seront rachetées (appelé ci-après «le prix de rachat»), sera égal au prix de rachat tel qu'il résulte de l'article 21 des présents statuts moins toute commission de service telle que déterminée par le conseil d'administration de temps en temps et publiée dans le prospectus de la Société ou, le cas échéant, toute commission de vente;

3) le paiement du prix de rachat sera effectué à l'ancien propriétaire normalement dans la devise fixée par le conseil d'administration comme devise de paiement des rachats pour les actions de la classe concernée. Le prix sera déposé par la Société auprès d'une banque, à Luxembourg ou ailleurs, (telle que spécifiée dans l'avis de rachat), qui le remettra à l'actionnaire en question contre remise du ou des certificats représentant les actions désignées dans l'avis de rachat. Dès après le dépôt du prix dans ces conditions, aucune personne intéressée dans les actions mentionnées dans l'avis de rachat ne pourra faire valoir de droit sur ces actions ni ne pourra exercer aucune action contre la Société et ses avoirs, sauf le droit de l'actionnaire, apparaissant comme étant le propriétaire des actions, de recevoir le prix ainsi déposé (sans intérêt) à la banque contre remise du ou des certificats, s'ils ont été émis.

Tous les fonds à recevoir par un actionnaire conformément à ce paragraphe, mais non-collectés dans une période de cinq ans à partir de la date spécifiée dans l'avis de rachat, ne pourra pas réclamer ces fonds par après. Ils reviendront à la Société. Le conseil d'administration a le pouvoir de temps en temps de prendre les mesures nécessaires afin d'effectuer cette réversion et d'autoriser de telles mesures pour le compte de la Société.

L'exercice par la Société des pouvoirs conférés au présent article ne pourra en aucun cas être mis en question ou invalidé pour le motif qu'il n'y avait pas preuve suffisante de la propriété des actions dans le chef d'une personne ou qu'une action appartenait à une autre personne que ne l'avait admis la Société en envoyant l'avis de rachat, à la seule condition que la Société exerce ses pouvoirs de bonne foi.

Le terme «ressortissant des Etats-Unis d'Amérique», tel qu'il est utilisé dans les présents statuts aura la même signification que dans la Regulation S, tel que modifiée de temps en temps, du Securities Act de 1933 des Etats-Unis d'Amérique, tel que modifié (le «1933 Act») ou que dans toute autre réglementation ou loi qui aurait application aux Etats-Unis d'Amérique et qui, dans le futur, remplacerait la Regulation S ou le 1933 Act. Le conseil d'administration devra définir l'expression «ressortissant des Etats-Unis d'Amérique» sur la base de ces dispositions et publier cette définition dans le prospectus de la Société.

Art. 30. Loi applicable. Pour toutes les matières qui ne sont pas régies par les présents statuts, les parties se réfèrent aux dispositions de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales et des lois modificatives, ainsi qu'à la loi du 30 mars 1988 relative aux organismes de placement collectif.

Souscription et paiement

Les statuts ayant été rédigé comme ci-avant énoncé, les comparants ont souscrit pour le nombre d'actions suivants:

Actionnaires	Capital Souscrit	Nombre d'actions
LIBERTY ERMITAGE MANAGEMENT (BERMUDA) LIMITED, prédésignée	31.990 USD	3.199
LIBERTY ERMITAGE LUXEMBOURG S.A., prédésignée	10 USD	1
Total:	32.000 USD	3.200

La preuve de tous ces paiements a été donnée au notaire soussigné.

Déclaration

Le notaire soussigné déclare qu'il a vérifié les conditions prévues par l'article 26 de la loi sur les sociétés commerciales du 10 août 1915 et confirme spécifiquement que ces conditions ont été observées.

Dépenses

Les personnes ci-avant énoncées déclarent que les dépenses, frais et charges de toute nature qui incomberont à la Société à la suite de cette constitution s'élèvent à approximativement sept mille cinq cents Euros.

Assemblée générale extraordinaire

Les personnes ci-avant indiquées, représentant l'entière du capital souscrit et se considérant comme régulièrement convoquées, ont immédiatement procédé à la tenue de l'assemblée générale extraordinaire.

Après avoir vérifié qu'elle était régulièrement constituée, elle a adopté les résolutions suivantes à l'unanimité:

1. Que le nombre des administrateurs est fixé à 5 (cinq) ou tout autre nombre tel qu'il sera déterminé par le conseil d'administration.

2. Que les personnes suivantes sont nommées administrateurs:

- Monsieur Ronald L. Mitchell, (Chairman), Chief Executive Officer of the LIBERTY ERMITAGE GROUP, demeurant à 1st Floor, 47, The Esplanade, St. Helier, JE1 9LB, Jersey, Channel Islands.

- Monsieur Mark Hucker, Group Executive - Infrastructure for the LIBERTY ERMITAGE GROUP, demeurant à 1st Floor, 47, The Esplanade, St. Helier, JE1 9LB, Jersey, Channel Islands.

- Monsieur Peter W. Metcalf, Deputy Chairman for LIBERTY ERMITAGE LUXEMBOURG S.A., demeurant à 17, rue de Bains, L-1212 Luxembourg.

- Monsieur Sidney M. Place, Director of STANLIB ASSET MANAGEMENT LIMITED, demeurant à 9th Floor, 25th Ameshoff Street, Braamfontein, 2001 Johannesburg, Republic of South Africa.

- Monsieur Ian C. Cadby, Director of LIBERTY ERMITAGE JERSEY LIMITED, demeurant à 1st Floor, 47, The Esplanade, St. Helier, JE1 9LB, Jersey, Channel Islands.

3. Que leur mandat prendra fin lors de l'assemblée générale qui se tiendra en 2004.

4. Que PricewaterhouseCoopers, S.à r.l., 400, route d'Esch, L-1471 Luxembourg, sont nommés réviseur.

5. Que le mandat du réviseur expire à l'assemblée générale annuelle qui se tiendra en 2004.

6. Que l'assemblée des actionnaires autorise le conseil d'administration à émettre à tout moment de nouvelles actions de la Société sans limitation de temps et de montant. L'assemblée autorise le conseil d'administration de racheter les actions de la Société.

Que dans l'émission et le rachat des actions de la Société, le conseil d'administration respectera les conditions fixées par les statuts et par la loi.

7. Que le siège social de la Société est fixé à Forum Bourse, 17, rue des Bains, L-1212 Luxembourg.

Le notaire soussigné qui comprend et parle la langue anglaise déclare que sur la demande des comparants, le présent acte de société est rédigé en langue anglaise, suivie d'une version française et en cas de divergences le texte anglais fera foi.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite aux comparants, tous connus du notaire par leurs noms, prénoms usuels, états et demeures, les comparants ont tous signé avec Nous notaire la présente minute.

Signé: J.-P. Mernier, H. Hellinckx.

Enregistré à Mersch, le 2 décembre 2002, vol. 423, fol. 4, case 9. – Reçu 1.200 euros.

Le Receveur (signé): A. Muller.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Mersch, le 3 décembre 2002.

Signature.

(88530/242/1155) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 décembre 2002.

EntriumFonds, Fonds Commun de Placement.*Änderungen der Vertragsbedingungen und des Verkaufsprospektes des Anlagefonds*

Die ENTRIUM INVESTMENT MANAGEMENT S.A. in ihrer Eigenschaft als Verwaltungsgesellschaft, mit Zustimmung der BROWN BROTHERS HARRIMAN (LUXEMBOURG) S.C.A. in ihrer Eigenschaft als Depotbank, haben beschlossen, die Vertragsbedingungen bzw. den Verkaufsprospekt des EntriumFonds wie nachfolgend zu ändern:

1. Artikel 1 der Vertragsbedingungen und folgerichtig die Informationen hinsichtlich des Fonds auf Seite 3 des Verkaufsprospektes werden wie folgt ergänzt:

«Jeder Subfonds wird im Verhältnis zu den Anteilhabern und gegenüber Dritten als getrennte Einheit angesehen.»

2. Artikel 4 Nr. 13) der Vertragsbedingungen wird wie folgt neu gefasst und dementsprechend die Anlagebegrenzungen unter Punkt 12 auf Seite 6 des Verkaufsprospektes:

«Ausser in Zusammenhang mit Kreditaufnahmen, die innerhalb der von den Vertragsbedingungen vorgesehenen Begrenzungen getätigt werden, ist es der Verwaltungsgesellschaft untersagt, das Fondsvermögen zu verpfänden oder als Sicherheit zu übertragen. Dabei dürfen in solchen Fällen nicht mehr als 10% des Vermögens eines Subfonds verpfändet oder abgetreten werden. Die Sicherheiten, die üblicherweise anerkannten Wertpapierabwicklungssystemen oder Zahlungssystemen gemäss deren jeweiligen Regelungen werden müssen, um die Abwicklungen innerhalb dieser Systeme sicherzustellen und die bei Options-, Futures-, und Termingeschäften üblichen Margendepots, sind nicht im Sinne dieser Bestimmung als Verpfändung anzusehen».

3. In Artikel 12 Absatz 5 Satz 1, wird der nachfolgende 1. Halbsatz ersatzlos gestrichen und dementsprechend wird auf Seite 10 im Verkaufsprospekt hinsichtlich der Kosten der 1. Halbsatz des dritten Absatzes gelöscht:

«Das Vermögen des Fonds haftet insgesamt für alle auf die einzelnen Subfonds zu verteilenden Kosten.»

Ferner wurde in Artikel 8, Absatz 3 folgender Satz gestrichen: «Sie beeinträchtigt jedoch nicht die Rechte von Drittparteien, welche gegenüber dem Fonds als ein Sondervermögen rechtmäßig geltend gemacht werden, auch wenn die entsprechenden Verbindlichkeiten einem oder mehreren Subfonds zuzurechnen sind.»

4. Im vierten Zusatz zu den Vertragsbedingungen wurde Absatz 4 sowie im vierten Zusatz zum Verkaufsprospekt der Absatz 5 wie folgt neu gefasst:

«Anlagen sollen hauptsächlich in Wertpapieren getätigt werden, die auf den Euro lauten, und sollen zu einem geringeren Teil auch in Anlagen der Länder erfolgen, die mit großer Wahrscheinlichkeit den Euro als zukünftige Währung haben werden, um somit einen gestuften Übergang in den Euro zu ermöglichen.»

5. Folgender Wortlaut in Artikel 17, am Ende des ersten Absatzes wurde ersatzlos gestrichen: «oder zurückgenommen.»

Diese Änderung der Vertragsbedingungen tritt am Tage ihrer Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations in Kraft.

Luxemburg, den 21. Dezember 2002.

ENTRIUM INVESTMENT MANAGEMENT S.A.

Unterschriften

BROWN BROTHERS HARRIMAN (LUXEMBOURG) S.C.A.

Unterschrift

Enregistré à Luxembourg, le 17 décembre 2002, vol. 577, fol. 95, case 12.– Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(91484/736/42) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 décembre 2002.

MILESTONE, Fonds Commun de Placement.

BTM LUX MANAGEMENT S.A. (the «Management Company»), acting as Management Company to MILESTONE (the «Fund») and with the approval of BANK OF TOKYO-MITSUBISHI (LUXEMBOURG) S.A. as Custodian of the Fund, has decided to amend the Management Regulations of the Fund as follows:

- In the 1st and 3rd paragraph of article 5 - Investment Objective - the words «AHL Diversified Program» are replaced by «Man-AHL Diversified Program».

- In article 21 - Definitions - all references to «AHL Diversified Program» are replaced by references to «Man-AHL Diversified Program»; references to MAN INTERNATIONAL LIMITED are to be replaced by references to MAN FINANCIAL LIMITED.

- In article 21 - Definitions - the definition of «Valuation Date» is replaced by the following: «Valuation Date. The last day in each month».

This amendment shall become effective five days after its publication in the Mémorial.

Luxembourg, 16th December, 2002.

BTM LUX MANAGEMENT S.A. / BANK OF TOKYO-MITSUBISHI (LUXEMBOURG) S.A.

Management Company / Custodian

Signatures / Signatures

Enregistré à Luxembourg, le 17 décembre 2002, vol. 577, fol. 99, case 9. – Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(91486/260/21) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 décembre 2002.

LANDMARK, Fonds Commun de Placement.

Amendment to the Management Regulations

BTM LUX MANAGEMENT S.A. (the «Management Company»), acting as Management Company to LANDMARK (the «Fund») and with the approval of BANK OF TOKYO-MITSUBISHI (LUXEMBOURG) S.A. as Custodian of the Fund, has decided to amend the Management Regulations of the Fund as follows:

- In the 1st and 3rd paragraph of article 5 - Investment Objective - the words «AHL Diversified Program» are replaced by «Man-AHL Diversified Program».

- In article 13 - Charges of the Fund - in the 4th paragraph of section «Investment Management and Incentive Fees», the words ADAM, HARDING & LUECK AG are replaced by MAN MANAGEMENT AG.

- In article 21 - Definitions - all references to «AHL Diversified Program» are replaced by references to «Man-AHL Diversified Program»; references to MAN INTERNATIONAL LIMITED are to be replaced by references to MAN FINANCIAL LIMITED and references to ADAM, HARDING & LUECK AG are replaced by references to MAN MANAGEMENT AG.

This amendment shall become effective five days after its publication in the Mémorial.
Luxembourg, 16th December, 2002.

BTM LUX MANAGEMENT S.A. / BANK OF TOKYO-MITSUBISHI (LUXEMBOURG) S.A.

Management Company / Custodian

Signatures / Signature

Enregistré à Luxembourg, le 17 décembre 2002, vol. 577, fol. 99, case 9.– Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(91487/260/23) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 décembre 2002.

CREDIT SUISSE MONEY MARKET FUND (LUX), Fonds Commun de Placement.

Amendment to the Management Regulations

By decision of CREDIT SUISSE MONEY MARKET FUND MANAGEMENT COMPANY as Management Company with the consent of BROWN BROTHERS HARRIMAN (LUXEMBOURG) S.C.A. as Custodian Bank, the Management Regulations will be amended as follows:

- In Article 1 - The Fund, the following sentence is inserted between the third and the fourth sentence of the first paragraph: «Each Subfund is considered as a separate entity in relation to the unitholders and third parties»;

- In item 11 of Article 4 - Investment Policy, the terms «goods or documents of title» are replaced by «commodities and certificates representing commodities»;

- Item 13 of Article 4 - Investment Policy, is replaced as follows: «Except in relation to borrowing conducted within the limitations set out under the Management Regulations, the Management Company may not pledge the assets of the Fund or assign them as collateral. In such cases, not more than 10 % of the assets of each Subfund shall be pledged or assigned. The collateral that must normally be made available to recognised securities settlement systems or payment systems in accordance with their respective regulations for the purpose of guaranteeing settlement within these systems, and the usual margin deposits in options, futures and forward transactions, shall not be regarded as being a pledge in the sense of this regulation.»;

- In article 17 - Liquidation, duration of the Fund and merging of Subfunds, the last sentence of the first paragraph is modified to read as follows: «From the day the decision to liquidate is taken by the Management Company and the Custodian Bank, no further Units shall be issued or converted.»

- At the end of the first paragraph of Article 17, the following sentence is added «At the same time, provision shall be made for all identifiable and outstanding expenses and fees.»;

- In the 3rd Addendum to the Management Regulations - CREDIT SUISSE MONEY MARKET FUND (LUX) Sfr, the management fee of the unit class B of 0.72 % shall be preceded by the mnemonic «max».

The amendments to the Management Regulations will come into force 5 days after their publication in the Luxembourg «Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations».

Luxembourg, 21 December 2002.

CREDIT SUISSE MONEY MARKET FUND MANAGEMENT COMPANY

Signature

BROWN BROTHERS HARRIMAN (LUXEMBOURG) S.C.A.

Signature

Enregistré à Luxembourg, le 17 décembre 2002, vol. 577, fol. 95, case 12.– Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(91485/736/36) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 décembre 2002.

INVESTMENT SO.TE.CO. INTERNATIONAL S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1637 Luxembourg, 9-11, rue Goethe.

R. C. Luxembourg B 51.908.

BRASTECO S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1637 Luxembourg, 9-11, rue Goethe.

R. C. Luxembourg B 85.265.

PROJET DE FUSION

L'an deux mille deux, le neuf décembre.

Par-devant Maître Jacques Delvaux, notaire de résidence à Luxembourg-Ville.

Ont comparu:

1) Monsieur Sergio Vandi, employé privé, demeurant professionnellement à Luxembourg, 12, avenue de la Liberté,

en sa qualité de mandataire du Conseil d'Administration de la société anonyme de droit luxembourgeois dénommée INVESTMENT SO.TE.CO. INTERNATIONAL S.A., ayant son siège social à Luxembourg, 9-11, rue goethe, inscrite au registre de commerce à Luxembourg sous la section B et le numéro 51.908,

constituée suivant acte reçu par Maître Joseph Elvinger, notaire de résidence à Dudelange, en date du 31 juillet 1995, acte publié au Mémorial C N° 530 du 17 octobre 1995 et dont les statuts ont été modifiés pour la dernière fois en date du 31 octobre 2002, suivant acte reçu par Maître Jacques Delvaux, notaire de résidence à Luxembourg, en voie de publication au Mémorial C.

Monsieur Sergio Vandt, préqualifié, est habilité aux fins des présentes par décision du Conseil d'administration en date du 2 décembre 2002,

dénommée ci-après «la société absorbante», d'une part.

et,

Monsieur Maurizio Cottella, demeurant professionnellement à Luxembourg, 12, avenue de la Liberté,

en sa qualité de mandataire du Conseil d'Administration de la société anonyme de droit luxembourgeois dénommée BRASTEKO S.A., ayant son siège social à Luxembourg, 9, rue Goethe, inscrite au registre de commerce à Luxembourg sous la section B et le numéro 85.265, société transférée de Tortola (British Virgin Islands) à Luxembourg suivant acte reçu par Maître André Schwachtgen, notaire de résidence à Luxembourg, en date du 27 décembre 2001, publié au Mémorial C N° 596 du 17 avril 2002,

Monsieur Maurizio Cottella, préqualifié, est habilité aux fins des présentes par décision du Conseil d'administration en date du 2 décembre 2002,

dénommée ci-après «la société absorbée», d'autre part,

ces deux sociétés, soumises à la Loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales telle que modifiée,

Lesquels comparants, ès-qualité qu'ils agissent, ont requis le notaire instrumentant d'acter le projet de fusion qui suit:

PROJET DE FUSION

- La société anonyme INVESTMENT SO.TE.CO. INTERNATIONAL S.A., ayant son siège social à Luxembourg, 9-11, rue Goethe, inscrite au registre de commerce à Luxembourg sous la section B et le numéro 51.908,

constituée suivant acte reçu par Maître Joseph Elvinger, notaire de résidence à Dudelange, en date du 31 juillet 1995, acte publié au Mémorial C N° 530 du 17 octobre 1995 et dont les statuts ont été modifiés pour la dernière fois en date du 31 octobre 2002, suivant acte reçu par Maître Jacques Delvaux, notaire de résidence à Luxembourg, en voie de publication au Mémorial C,

au capital social de EUR 1.550.000,- (un million cinq cent cinquante mille euros),

détient l'intégralité (100%) des actions représentant la totalité du capital social de USD 30.000,- (trente mille dollars des Etats-Unis d'Amérique) et donnant droit de vote de la société BRASTEKO S.A., une société anonyme de droit luxembourgeois, dont le siège social est établi à Luxembourg, 9, rue Goethe, inscrite au registre de commerce à Luxembourg sous la section B et le numéro 85.265,

aucun autre titre donnant droit de vote ou donnant des droits spéciaux n'a été émis par les sociétés prémentionnées (encore appelées sociétés fusionnantes).

- La société anonyme INVESTMENT SO.TE.CO. INTERNATIONAL S.A. (encore appelée la société absorbante) entend fusionner conformément aux dispositions de l'article 278 et 279 de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales et les textes subséquentes avec la société anonyme BRASTEKO S.A. (encore appelée la société absorbée) par absorption de cette dernière.

- La date à partir de laquelle les opérations de la société absorbée sont considérées du point de vue comptable comme accomplies pour compte de la société absorbante est fixée au 1^{er} décembre 2002

- Aucun avantage particulier n'est attribué aux administrateurs, commissaires ou réviseurs des sociétés qui fusionnent.

- La fusion prendra effet entre parties un mois après la publication du projet de fusion au Mémorial Recueil Spécial des Sociétés et Associations, conformément aux dispositions de l'article 9 de la loi sur les sociétés commerciales.

- Les actionnaires de la société absorbante ont le droit, pendant un mois à compter de la publication au Mémorial C du projet de fusion, de prendre connaissance, au siège, des documents indiqués à l'article 267 (1) a) b) et c) de la loi sur les sociétés commerciales et ils peuvent en obtenir une copie intégrale sans frais et sur simple demande.

- Un ou plusieurs actionnaires de la société absorbante, disposant d'au moins 5% (cinq pour-cent) des actions du capital souscrit, ont le droit de requérir, pendant le même délai, la convocation d'une assemblée appelée à se prononcer sur l'approbation de la fusion, laquelle assemblée doit alors être tenue dans le mois de la réquisition.

- A défaut de la réquisition d'une assemblée ou du rejet du projet de fusion par celle-ci, la fusion deviendra définitive, comme indiqué ci-avant au point 5) et entraînera de plein droit les effets prévus à l'article 274 de la loi sur les sociétés commerciales et notamment sous son littéra a).

- Les sociétés fusionnantes se conformeront à toutes les dispositions légales en vigueur en ce qui concerne les déclarations à faire pour le paiement de toutes impositions éventuelles ou taxes résultant de la réalisation définitive des apports faits au titre de la fusion, comme indiqué ci-après.

- Décharge pleine et entière est accordée aux organes de la société absorbée.

- Les documents sociaux de la société absorbée seront conservés pendant le délai légal au siège de la société absorbante.

Formalités

La société absorbante:

- effectuera toutes les formalités légales de publicité relatives aux apports effectués au titre de la fusion,

- fera son affaire personnelle des déclarations et formalités nécessaires auprès de toutes administrations qu'il conviendra pour faire mettre à son nom les éléments d'actif apportés,
- effectuera toutes formalités en vue de rendre opposable aux tiers la transmission des biens et droits à elle apportés.

Remise de titres

Lors de la réalisation définitive de la fusion, la société absorbée remettra à la société absorbante les originaux de tous ses actes constitutifs et modificatifs ainsi que les livres de comptabilité et autres documents comptables, les titres de propriété ou actes justificatifs de propriété de tous les éléments d'actif, les justificatifs des opérations réalisées, les valeurs mobilières ainsi que tous contrats (prêts, de travail, de fiducie...), archives, pièces et autres documents quelconques relatifs aux éléments et droits apportés.

Frais et droits

Tous frais, droits et honoraires dus au titre de la fusion seront supportés par la société absorbante.

La société absorbante acquittera, le cas échéant, les impôts dus par la société absorbée sur le capital et les bénéfices au titre des exercices non encore imposés définitivement.

Election de domicile

Pour l'exécution des présentes et des actes ou procès-verbaux qui en seront la suite ou la conséquence ainsi que pour toutes justifications et notifications, il est fait élection de domicile au siège social de la société absorbante.

Pouvoirs

Tous pouvoirs sont donnés au porteur d'un original ou d'une copie des présentes pour effectuer toutes formalités et faire toutes déclarations, significations, dépôts, publications et autres.

Le notaire soussigné déclare attester conformément aux dispositions de l'article 271 (2) de la loi sur les sociétés commerciales la légalité du présent projet de fusion établi en application de l'art. 278 de la loi sur les sociétés.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Après lecture faite aux comparants et interprétation leur donnée en une langue d'eux connue, les comparants, tous connus du notaire instrumentant par leurs nom, prénom, état et demeure, ont signé avec le notaire le présent acte.

Signé: S. Vandt, M. Cottella, J. Delvaux.

Enregistré à Luxembourg, le 10 décembre 2002, vol. 137S, fol. 36, case 2. – Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): Muller.

Pour copie conforme, délivrée, sur papier libre, à la demande de la société prénommée, aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 18 décembre 2002.

J. Delvaux.

(91706/208/107) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 décembre 2002.

NEXT CONSULTING, S.à r.l., Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Gesellschaftssitz: L-6757 Grevenmacher, 2A, rue de la Moselle.

STATUTEN

Im Jahre zweitausendzwei, den zweiundzwanzigsten November.

Vor dem unterzeichneten Henri Beck, Notar mit dem Amtswohnsitz in Echternach.

Sind erschienen:

1.- Herr Stephan Krischel, Diplom-Betriebswirt (FH), wohnhaft zu D-54296 Trier, Am Nussbaum 41.

2.- Herr Marcus Binz, Diplom-Ingenieur (FH), wohnhaft zu D-54320 Waldrach, Trierer Strasse 13.

Welche Komparanten den instrumentierenden Notar ersuchten, folgenden Gesellschaftsvertrag zu beurkunden, den sie miteinander abgeschlossen haben:

Titel I. Name, Sitz, Zweck, Dauer

Art. 1. Zwischen den vorgenannten Parteien, sowie allen welche in Zukunft Inhaber der hiernach geschaffenen Anteile werden, besteht eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, welche durch gegenwärtige Satzung sowie durch die zutreffenden gesetzlichen Bestimmungen geregelt ist.

Art. 2. Die Gesellschaft trägt die Bezeichnung NEXT CONSULTING, S.à r.l.

Art. 3. Der Sitz der Gesellschaft befindet sich in Grevenmacher.

Er kann durch eine Entscheidung der Gesellschafter in eine andere Ortschaft des Grossherzogtums Luxemburg verlegt werden.

Art. 4. Gegenstand der Gesellschaft ist die Beratung, die Entwicklung und der Verkauf im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien.

Die Gesellschaft kann ferner alle Geschäfte tätigen, industrieller, handels- oder zivilrechtlicher Natur, welche direkt oder indirekt in Verbindung mit dem Gesellschaftszweck stehen oder welche zur Erreichung und Förderung des Gesellschaftszweckes dienlich sein können.

Art. 5. Die Gesellschaft ist für eine unbegrenzte Dauer gegründet.

Titel II. Gesellschaftskapital, Anteile

Art. 6. Das Gesellschaftskapital beträgt zwölftausendfünfhundert Euro (€ 12.500,-), aufgeteilt in einhundert (100) Anteile, mit einem Nominalwert von je einhundertfünfundzwanzig Euro (€ 125,-), welche wie folgt übernommen werden:

1.- Herr Stephan Krischel, Diplom-Betriebswirt (FH), wohnhaft zu D-54296 Trier, Am Nussbaum 41, fünfzig Anteile	50
2.- Herr Marcus Binz, Diplom-Ingenieur (FH), wohnhaft zu D-54320 Waldrach, Trierer Strasse 13, fünfzig Anteile	50
Total: einhundert Anteile	100

Alle Anteile wurden voll eingezahlt, so dass der Betrag von zwölftausendfünfhundert Euro (€ 12.500,-) der Gesellschaft von heute an zur Verfügung steht, wie dies dem unterzeichneten Notar ausdrücklich nachgewiesen wurde.

Art. 7. Die Anteile sind zwischen den Gesellschaftern frei übertragbar. Das Abtreten von Gesellschaftsanteilen unter Lebenden an Nichtgesellschafter bedarf der Genehmigung der anderen Gesellschafter.

Die Übertragungen sind der Gesellschaft und Dritten gegenüber erst rechtswirksam, nachdem sie gemäss Artikel 1690 des Zivilgesetzbuches der Gesellschaft zugestellt, oder von ihr in einer notariellen Urkunde angenommen worden sind.

Titel III. Verwaltung und Vertretung

Art. 8. Solange die Zahl der Gesellschafter fünfundzwanzig (25) nicht übersteigt, steht es dem Geschäftsführer frei, die Gesellschafter in Generalversammlungen zu vereinigen. Falls keine Versammlung abgehalten wird, erhält jeder Gesellschafter den genau festgelegten Text der zu treffenden Beschlüsse und gibt seine Stimme schriftlich ab.

Eine Entscheidung wird nur dann gültig getroffen, wenn sie von Gesellschaftern, die mehr als die Hälfte des Kapitals vertreten, angenommen wird. Ist diese Zahl in einer ersten Versammlung oder schriftlichen Befragung nicht erreicht worden, so werden die Gesellschafter ein zweites Mal durch Einschreibebrief zusammengerufen oder befragt und die Entscheidungen werden nach der Mehrheit der abgegebenen Stimmen getroffen, welches auch der Teil des vertretenen Kapitals sein mag.

Jeder Gesellschafter ist stimmberechtigt ganz gleich wieviel Anteile er hat. Er kann soviel Stimmen abgeben wie er Anteile hat. Jeder Gesellschafter kann sich rechtmässig bei der Gesellschafterversammlung auf Grund einer Sondervollmacht vertreten lassen.

Art. 9. Die Gesellschaft wird verwaltet durch einen oder mehrere Geschäftsführer, welche nicht Teilhaber der Gesellschaft sein müssen.

Die Ernennung der Geschäftsführer erfolgt durch die Generalversammlung, welche ihre Befugnisse und die Dauer ihrer Mandate festlegt.

Art. 10. Das Geschäftsjahr beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember eines jeden Jahres.

Art. 11. Über die Geschäfte der Gesellschaft wird nach handelsüblichem Brauch Buch geführt.

Am Ende eines jeden Geschäftsjahres werden durch die Geschäftsführung ein Inventar, eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung aufgestellt.

Der Kreditsaldo der Bilanz wird nach Abzug aller Unkosten sowie des Beitrages zur gesetzlichen Reserve der Generalversammlung der Gesellschafter zur Verfügung gestellt.

Art. 12. Durch den Tod eines Gesellschafters erlischt die Gesellschaft nicht, sondern wird mit den Erben des Verstorbenen weitergeführt.

Titel IV. Auflösung und Liquidation

Art. 13. Im Falle der Auflösung der Gesellschaft wird die Liquidation durch einen oder mehrere von der Gesellschafterversammlung ernannten Liquidatoren, die keine Gesellschafter sein müssen durchgeführt.

Die Gesellschafterversammlung legt deren Befugnisse und Bezüge fest.

Art. 14. Für sämtliche nicht vorgesehenen Punkte gilt das Gesetz vom 18. September 1933 über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, sowie das Gesetz vom 10. August 1915 über die Handelsgesellschaften und deren Abänderungen.

Übergangsbestimmung

Das erste Geschäftsjahr beginnt jedoch am Tage der Gründung der Gesellschaft und endet am 31. Dezember 2002.

Kosten

Die Kosten, welche der Gesellschaft aus Anlass ihrer Gründung entstehen, werden abgeschätzt auf den Betrag von ungefähr achthundert Euro (€ 800,-).

Erklärung

Die Komparenten erklären seitens des unterfertigten Notars Kenntnis erhalten zu haben, dass die Gesellschaft erst nach Erhalt der nötigen Ermächtigungen ihre Aktivitäten aufnehmen kann.

Generalversammlung

Alsdann sind die Gesellschafter, welche das gesamte Gesellschaftskapital vertreten, in einer ausserordentlichen Generalversammlung zusammengetreten, und haben einstimmig und laut entsprechender Tagesordnung nachfolgende Beschlüsse gefasst:

a) zu Geschäftsführern der Gesellschaft werden für eine unbestimmte Dauer ernannt:

1.- Herr Stephan Krischel, Diplom-Betriebswirt (FH), wohnhaft zu D-54296 Trier, Am Nussbaum 41.

2.- Herr Marcus Binz, Diplom-Ingenieur (FH), wohnhaft zu D-54320 Waldrach, Trierer Strasse 13.

b) Jeder der beiden Geschäftsführer kann die Gesellschaft durch seine alleinige Unterschrift rechtskräftig verpflichten.

c) Vorstehende Mandate bleiben gültig bis zu gegenteiligem Beschluss der Generalversammlung.

d) Der Sitz der Gesellschaft befindet sich in L-6757 Grevenmacher, 2A, rue de la Moselle.

Da nichts weiteres auf der Tagesordnung stand, wurde die Generalversammlung geschlossen.

Worüber Urkunde, aufgenommen in Echternach, am Datum wie eingangs erwähnt.

Nach Vorlesung alles Vorstehenden an die Komparenten, dem Notar nach Namen, gebräuchlichem Vornamen, Stand und Wohnort bekannt, haben dieselben mit dem Notar die gegenwärtige Urkunde unterschrieben.

Gezeichnet: S. Krischel, M. Binz, H. Beck.

Enregistré à Echternach, le 26 novembre 2002, vol. 354, fol. 33, case 4. – Reçu 125 euros.

Le Receveur (signé): Miny.

Für gleichlautende Ausfertigung, auf Begehrt erteilt, zwecks Veröffentlichung im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Echternach, den 29. November 2002.

H. Beck.

(87748/201/100) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 4 décembre 2002.

CANARY ISLANDS, S.à r.l., Société à responsabilité limitée unipersonnelle.

Siège social: L-5884 Hesperange, 404, route de Thionville.

STATUTS

L'an deux mille deux, le trente et un octobre.

Par-devant Maître Gérard Lecuit, notaire de résidence à Hesperange.

A comparu:

Monsieur Romain Lallemand, commerçant, demeurant à L-3883 Schifflange, 16, rue Jean Wilhelm.

Lequel comparant a requis le notaire instrumentant de dresser acte d'une société à responsabilité limitée unipersonnelle qu'il déclare constituer et dont il a arrêté les statuts comme suit:

Titre I^{er}.- Dénomination, Siège, Durée, Objet

Art. 1^{er}. Il est formé par les présentes une société à responsabilité limitée unipersonnelle qui sera régie par les lois y relatives ainsi que par les présents statuts.

Art. 2. La société prend la dénomination de CANARY ISLANDS, S.à r.l.

Art. 3. Le siège social est établi à Hesperange.

Il peut être transféré en toute autre localité du Grand-Duché en vertu d'une décision de l'associé.

Art. 4. La société est constituée pour une durée illimitée.

Art. 5. La société a pour objet l'exploitation d'un institut de bronzage.

La société pourra en outre exercer toutes opérations mobilières, immobilières, commerciales, industrielles ou financières, se rattachant directement ou indirectement à son objet social.

Titre II.- Capital social, parts sociales

Art. 6. Le capital social est fixé à la somme de douze mille quatre cents Euros (12.400,- EUR) représenté par cent vingt-quatre (124) parts sociales d'une valeur nominale de cent Euros (100,- EUR) chacune.

Toutes les parts sociales ont été intégralement souscrites et libérées par l'associé unique, Monsieur Romain Lallemand, prénommé, par des versements en numéraire à un compte bancaire, de sorte que la somme de douze mille quatre cents Euros (12.400,- EUR) se trouve dès maintenant à la disposition de la société, ce dont il a été justifié au notaire instrumentant.

Art. 7. Le capital social pourra, à tout moment, être modifié.

Art. 8. Chaque part sociale donne droit à une fraction proportionnelle au nombre de parts existantes de l'actif social ainsi que des bénéfices.

Art. 9. Les parts sociales sont indivisibles à l'égard de la société qui ne reconnaît qu'un seul propriétaire pour chacune d'elles. Les copropriétaires indivis de parts sociales sont tenus de se faire représenter auprès de la société par une seule et même personne.

Art. 10. Le décès, l'interdiction, la faillite ou la déconfiture de l'associé ne mettent pas fin à la société.

Art. 11. Les créanciers, ayants-droits ou héritiers ne pourront, pour quelque motif que ce soit, apposer des scellés sur les biens et documents de la société.

Titre III.- Administration

Art. 12. La société est gérée par un ou plusieurs gérants, associés ou non.

Art. 13. Le décès d'un gérant ou sa démission, pour quelque motif que ce soit, n'entraîne pas la dissolution de la société.

Art. 14. Le ou les gérants ne contractent, en raison de leur fonction, aucune obligation personnelle relativement aux engagements régulièrement pris par eux au nom de la société. Simples mandataires, ils ne sont responsables que de l'exécution de leur mandat.

Titre IV.- Exercice social, Répartition des bénéfices

Art. 15. L'année sociale commence le premier janvier et se termine le trente et un décembre de chaque année. Exceptionnellement, le premier exercice commence aujourd'hui et finit le 31 décembre 2002.

Art. 16. Chaque année, au 31 décembre, les comptes sont arrêtés et le ou les gérants dressent un inventaire comprenant l'indication des valeurs actives et passives de la société. L'associé peut prendre communication au siège social de l'inventaire et du bilan.

Art. 17. Les produits de la société, constatés dans l'inventaire annuel, déduction faite des frais généraux, amortissements et charges, constituent le bénéfice net. Sur le bénéfice net, il est prélevé cinq pour cent pour la constitution d'un fonds de réserve jusqu'à celui-ci atteigne dix pour cent du capital social. Le solde est à la libre disposition de l'associé.

Titre V.- Dissolution, Liquidation

Art. 18. Lors de la dissolution de la société, la liquidation sera faite par un ou plusieurs liquidateurs, associés ou non, nommés par l'associé qui fixera leurs pouvoirs et leurs émoluments.

Titre VI.- Disposition générale

Art. 19. Pour tout ce qui n'est pas réglé par les présents statuts, l'associé s'en réfère aux dispositions légales en vigueur.

Frais

Le comparant a évalué le montant des frais, dépenses, rémunérations et charges, sous quelque forme que ce soit, qui incombent à la société ou qui sont mis à sa charge en raison de sa constitution à environ sept cent cinquante Euros (750,- EUR).

Et aussitôt l'associé a pris les résolutions suivantes:

1. Le siège social de la société est établi à L-5884 Hesperange, 404, route de Thionville.

2. Gérance:

Monsieur Romain Lallemand, prénommé.

Le gérant a les pouvoirs les plus étendus pour engager la société par sa seule signature.

Dont acte, fait et passé à Hesperange, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée au comparant, celui-ci a signé le présent acte avec le notaire.

Signé: R. Lallemand, G. Lecuit.

Enregistré à Luxembourg, le 11 novembre 2002, vol. 15CS, fol. 10, case 1. – Reçu 124 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour copie conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Hesperange, le 25 novembre 2002.

G. Lecuit.

(87749/220/77) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 4 décembre 2002.

ABC EVENT S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-9537 Wiltz, 98, rue Charles Lambert.

R. C. Diekirch B 5.037.

Le bilan au 31 décembre 1999, enregistré à Diekirch, le 5 novembre 2002, vol. 272, fol. 22, case 9, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Diekirch, le 2 décembre 2002.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Diekirch, le 2 décembre 2002.

FIDUCIAIRE GRAND-DUCALE S.A.

Signature

(94070/000/12) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Diekirch, le 2 décembre 2002.

ABC EVENT S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-9537 Wiltz, 98, rue Charles Lambert.

R. C. Diekirch B 5.037.

Le bilan au 31 décembre 2000, enregistré à Diekirch, le 5 novembre 2002, vol. 272, fol. 23, case 4, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Diekirch, le 2 décembre 2002.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Diekirch, le 2 décembre 2002.

FIDUCIAIRE GRAND-DUCALE S.A.

Signature

(94069/000/12) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Diekirch, le 2 décembre 2002.

BLANEAU S.A., Société Anonyme.
Siège social: L-1118 Luxembourg, 23, rue Aldringen.

—
STATUTS

L'an deux mille deux, le vingt-deux octobre.

Par-devant Maître Gérard Lecuit, notaire de résidence à Hesperange.

Ont comparu:

1. Monsieur Manuel Aguiar Ponte, administrateur de société, demeurant à Genève (Suisse), ici représenté par Madame Joëlle Mamane, administrateur de sociétés, demeurant à Luxembourg, en vertu d'une procuration sous seing privé donnée à Genève, le 18 octobre 2002.

2. Madame Joëlle Mamane, prénommée, agissant en nom personnel.

Lesquels comparants, ès-qualités qu'il agissent, ont arrêté ainsi qu'il suit les statuts d'une société anonyme qu'ils vont constituer entre eux.

Dénomination - Siège - Durée - Objet - Capital

Art. 1^{er}. Il est formé une société anonyme sous la dénomination de BLANEAU S.A.

Art. 2. Le siège social est établi à Luxembourg.

Il pourra être transféré dans tout autre lieu de la commune par simple décision du conseil d'administration.

Lorsque des événements extraordinaires d'ordre politique, économique ou social, de nature à compromettre l'activité normale au siège social ou la communication aisée de ce siège avec l'étranger se produiront ou seront imminents, le siège social pourra être déclaré transféré provisoirement à l'étranger, sans que toutefois cette mesure ne puisse avoir d'effet sur la nationalité de la société, laquelle, nonobstant ce transfert provisoire du siège, restera luxembourgeoise.

Art. 3. La durée de la société est illimitée.

Art. 4. La société a pour objet au Luxembourg ou à l'étranger:

- de prendre des participations directement et/ou indirectement, par tout moyen et sous quelque forme que ce soit dans des sociétés créées ou à créer;

- l'achat, la vente, l'achat pour revendre, la promotion, la commercialisation, l'exploitation, la mise en valeur et la location des biens immobiliers de toute nature;

- et généralement toutes opérations mobilières, immobilières, commerciales ou financières se rattachant directement ou indirectement à l'objet de la société ou susceptibles d'en assurer le développement.

Art. 5. Le capital social est fixé à trente et un mille Euros (31.000,- EUR), représenté par mille (1.000) actions d'une valeur nominale de trente et un Euros (31,- EUR) chacune.

Les actions sont nominatives ou au porteur, au choix de l'actionnaire, à l'exception de celles pour lesquelles la loi prescrit la forme nominative.

Les actions de la société peuvent être créées, au choix du propriétaire, en titres unitaires ou en certificats représentatifs de plusieurs actions.

Le capital autorisé est fixé à cent vingt-quatre mille Euros (124.000,- EUR), représenté par quatre mille (4.000) actions d'une valeur nominale de trente et un Euros (31,- EUR) chacune.

Le conseil d'administration est, pendant une période de cinq ans, à partir de la publication du présent acte au Mémorial, Recueil C, autorisé à augmenter en une ou plusieurs fois le capital souscrit à l'intérieur des limites du capital autorisé. Ces augmentations du capital peuvent être souscrites et émises sous forme d'actions avec ou sans prime d'émission ainsi qu'il sera déterminé par le conseil d'administration. Le conseil d'administration est encore autorisé expressément dans le cadre du capital autorisé, à recevoir à titre de libération des actions nouvellement souscrites en dehors des apports en numéraire, des apports en nature, tels que des titres, des créances. Le conseil est encore autorisé dans le cadre du capital autorisé, à utiliser les bénéfices réservés ou reportés en vue de leur incorporation au capital. Le conseil d'administration est spécialement autorisé à procéder à de telles émissions sans réserver aux actionnaires antérieurs un droit préférentiel de souscription des actions à émettre. Le conseil d'administration peut déléguer tout administrateur, directeur, fondé de pouvoir, ou toute autre personne dûment autorisée pour recueillir les souscriptions et recevoir paiement du prix des actions représentant tout ou partie de cette augmentation de capital.

Chaque fois que le conseil d'administration aura fait constater authentiquement une augmentation du capital souscrit, il fera adapter le présent article à la modification intervenue en même temps.

Le capital autorisé et le capital souscrit de la société peuvent être augmentés ou réduits par décision de l'assemblée générale des actionnaires statuant comme en matière de modification des statuts.

La société peut, dans la mesure où et aux conditions auxquelles la loi le permet, racheter ses propres actions.

Administration - Surveillance

Art. 6. La société est administrée par un conseil composé de trois membres au moins, actionnaires ou non.

Les administrateurs sont nommés pour une durée qui ne peut dépasser six ans; ils sont rééligibles et toujours révocables.

En cas de vacance d'une place d'administrateur nommé par l'assemblée générale, les administrateurs restants ainsi nommés ont le droit d'y pourvoir provisoirement. Dans ce cas, l'assemblée générale, lors de la première réunion, procède à l'élection définitive.

Art. 7. Le conseil d'administration a le pouvoir d'accomplir tous les actes nécessaires ou utiles à la réalisation de l'objet social; tout ce qui n'est pas réservé à l'assemblée générale par la loi ou les présents statuts est de sa compétence.

Art. 8. Le conseil d'administration désigne parmi ses membres un président; en cas d'absence du président, la présidence de la réunion peut être conférée à un administrateur présent.

Le conseil d'administration ne peut délibérer que si la majorité de ses membres est présente ou représentée, le mandat entre administrateurs, qui peut être donnée par écrit, télégramme, télex ou télécopie, étant admis. En cas d'urgence, les administrateurs peuvent émettre leur vote par écrit, télégramme, télex ou télécopie.

Les décisions du conseil d'administration sont prises à la majorité des voix; en cas de partage, la voix de celui qui préside la réunion est prépondérante.

Art. 9. Le conseil peut déléguer tout ou partie de ses pouvoirs concernant la gestion journalière ainsi que la représentation de la société en ce qui concerne cette gestion à un ou plusieurs administrateurs, directeurs, gérants ou autres agents, actionnaires ou non.

La délégation à un membre du conseil d'administration est subordonnée à l'autorisation préalable de l'assemblée générale.

Art. 10. La société se trouve engagée soit par la signature collective de deux administrateurs, soit par la signature individuelle du délégué du conseil.

Art. 11. La surveillance de la société est confiée à un ou plusieurs commissaires, actionnaires ou non, nommés pour une durée qui ne peut dépasser six années, rééligibles et toujours révocables.

Année sociale - Assemblée générale

Art. 12. L'année sociale commence le premier janvier et finit le trente et un décembre.

Art. 13. Les convocations pour les assemblées générales sont faites conformément aux dispositions légales. Elles ne sont pas nécessaires lorsque tous les actionnaires sont présents ou représentés, et qu'ils déclarent avoir eu préalablement connaissance de l'ordre du jour.

Le conseil d'administration peut décider que pour pouvoir assister à l'assemblée générale, le propriétaire d'actions doit en effectuer le dépôt cinq jours francs avant la date fixée pour la réunion; tout actionnaire aura le droit de voter en personne ou par mandataire, actionnaire ou non.

Chaque action donne droit à une voix.

Art. 14. L'assemblée des actionnaires de la société régulièrement constituée représente tous les actionnaires de la société. Elle a les pouvoirs les plus étendus pour faire ou ratifier tous les actes qui intéressent la société.

Art. 15. L'assemblée générale décide de l'affectation et de la distribution du bénéfice net.

Le conseil d'administration est autorisé à verser des acomptes sur dividendes en se conformant aux conditions prescrites par la loi.

Art. 16. L'assemblée générale annuelle se réunit de plein droit le deuxième lundi du mois de juin à 10.30 heures dans la commune du siège social ou à tout autre endroit à désigner par les convocations.

Si ce jour est un jour férié, l'assemblée se tiendra le premier jour ouvrable suivant.

Art. 17. La loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales ainsi que ses modifications ultérieures trouveront leur application partout où il n'y est pas dérogé par les présents statuts.

Dispositions transitoires

1) Le premier exercice social commence le jour de la constitution et se termine le 31 décembre 2002.

2) La première assemblée générale ordinaire annuelle se tiendra en 2003.

Souscription - Libération

Les statuts de la société ayant ainsi été arrêtés, les comparants préqualifiés déclarent souscrire les actions comme suit:

1. Monsieur Manuel Aguiar Ponte, prénommé, neuf cent quatre-vingt-dix-neuf actions	999
2. Madame Joëlle Mamane, prénommée, une action	1
Total: mille actions	1.000

Toutes les actions ont été entièrement libérées par des versements en espèces de sorte que la somme de trente et un mille Euros (31.000.- EUR) se trouve dès maintenant à la libre disposition de la société, ainsi qu'il en est justifié au notaire soussigné.

Déclaration

Le notaire-rédacteur de l'acte déclare avoir vérifié l'existence des conditions énumérées à l'article 26 de la loi sur les sociétés commerciales, et en constate expressément l'accomplissement.

Estimation des frais

Le montant des frais, dépenses, rémunérations ou charges, sous quelque forme que ce soit, qui incombent à la société ou qui sont mis à sa charge en raison de sa constitution s'élève approximativement à mille deux cent cinquante Euros (1.250.- EUR).

Assemblée générale extraordinaire

Et à l'instant les comparants préqualifiés, représentant l'intégralité du capital social, se sont constitués en assemblée générale extraordinaire à laquelle ils se reconnaissent dûment convoqués, et après avoir constaté que celle-ci était régulièrement constituée, ils ont pris, à l'unanimité les résolutions suivantes:

- 1.- Le nombre des administrateurs est fixé à trois et celui des commissaires à un.
- 2.- Sont appelés aux fonctions d'administrateurs:
 - a) Madame Joëlle Mamane, prénommée,
 - b) Monsieur Albert Aflalo, administrateur de sociétés, demeurant à Luxembourg,
 - c) Monsieur Patrick Aflalo, administrateur de sociétés, demeurant à Luxembourg.
- 3.- Est appelée aux fonctions de commissaire:
MONTBRUN REVISION, S.à r.l., ayant son siège social à Luxembourg.
- 4.- Les mandats des administrateurs et commissaire prendront fin à l'issue de l'assemblée générale annuelle de 2008.
- 5.- Le siège social est fixé à L-1118 Luxembourg, 23, rue Aldringen.
6. L'assemblée autorise le conseil d'administration à conférer la gestion journalière des affaires de la société ainsi que la représentation de la société en ce qui concerne cette gestion à un ou plusieurs de ses membres.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée à la comparante, celle-ci a signé le présent acte avec le notaire.

Signé: J. Mamane, G. Lecuit

Enregistré à Luxembourg, le 25 octobre 2002, vol. 136S, fol. 84, case 6. – Reçu 310 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour copie conforme délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Hesperange, le 13 novembre 2002.

G. Lecuit.

(87752/220/140) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 4 décembre 2002.

GENERALE FRIGORIFIQUE EUROPEENNE, Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg.

DISSOLUTION

L'an deux mille deux, le vingt-cinq octobre.

Par-devant Maître Gérard Lecuit, notaire de résidence à Hesperange.

A comparu:

Monsieur Reinald Loutsch, sous-directeur, demeurant Luxembourg, agissant en sa qualité de mandataire spécial de la société GFE INVESTMENT S.A., établie et ayant son siège social à Wickhams Cay, Road Town, Tortola, BVI, en vertu d'une procuration sous seing privé donnée le 23 octobre 2002.

Laquelle procuration restera, après avoir été signée ne varietur par le comparant et le notaire instrumentant, annexée aux présentes pour être formalisée avec elles.

Lequel comparant a requis le notaire instrumentant d'acter:

- que la société anonyme GENERALE FRIGORIFIQUE EUROPEENNE, avec siège social à Luxembourg, constituée suivant acte notarié du 23 mars 1995, publié au Mémorial Recueil C numéro 316 du 11 juillet 1995; le capital social a été converti en euro suivant une décision de l'assemblée générale ordinaire des actionnaires tenue en date du 8 juin 2001, en voie de publication;

- que le capital social de la société GENERALE FRIGORIFIQUE EUROPEENNE s'élève actuellement à EUR 30.986,69 représenté par mille (1.000) actions d'une valeur nominale de EUR 30,9867 chacune, entièrement libérées;

- que la société GFE INVESTMENT S.A., étant devenue seule propriétaire des actions dont s'agit, a décidé de dissoudre et de liquider la société anonyme GENERALE FRIGORIFIQUE EUROPEENNE, celle-ci ayant cessé toute activité;

- que GFE INVESTMENT S.A., agissant tant en sa qualité de liquidateur de la société GENERALE FRIGORIFIQUE EUROPEENNE, qu'en tant qu'actionnaire unique, déclare:

- * que tous les actifs ont été réalisés, que tous les actifs sont devenus la propriété de l'actionnaire unique;

- * que tous les passifs connus de la société vis-à-vis des tiers ont été réglés entièrement ou dûment provisionnés;

- * par rapport à d'éventuels passifs, actuellement inconnus de la société et non payés à l'heure actuelle, assumer irrévocablement l'obligation de les payer,

de sorte que la liquidation de la société GENERALE FRIGORIFIQUE EUROPEENNE est à considérer comme clôturée.

- que décharge pleine et entière est accordée aux administrateurs et au commissaire aux comptes, pour l'exercice de leurs mandats respectifs;

- que les livres et documents de la société seront conservés pendant une durée de cinq années à L-2535 Luxembourg, 16, boulevard Emmanuel Servais

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée au comparant, celui-ci a signé le présent acte avec le notaire.

Signé: R. Loutsch, G. Lecuit

Enregistré à Luxembourg, le 4 novembre 2002, vol. 136S, fol. 89, case 7. – Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour copie conforme délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Hesperange, le 19 novembre 2002.

G. Lecuit.

(87771/220/43) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 4 décembre 2002.

GOLFLINE, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: Luxembourg.
R. C. Luxembourg B 55.933.

L'an deux mille deux, le vingt-neuf octobre.

Par-devant Maître Gérard Lecuit, notaire de résidence à Hesperange.

Ont comparu:

1. Monsieur Steve Darne, gérant de sociétés, demeurant à Luxembourg,
2. Monsieur Robert Darne, administrateur de sociétés, demeurant à Bridel,

Lesquels comparants ont requis le notaire instrumentant de documenter ce qui suit:

1.- Qu'ils sont les seuls associés actuels de la société à responsabilité limitée GOLFLINE, S.à r.l., avec siège social à Luxembourg, et inscrite au registre de commerce sous le numéro B 55.933, constituée suivant acte du notaire instrumentant, en date du 19 juillet 1996, publié au Mémorial, Recueil C numéro 561 du 31 octobre 1996, dont les statuts furent modifiés suivant acte du notaire instrumentant, en date du 2 avril 1998, publié au Mémorial, Recueil C numéro 522 du 16 juillet 1998.

2.- Cession de parts:

a) Monsieur Steve Darne, prénommé, déclare par les présentes céder et transporter avec toutes les garanties de fait et de droit, avec effet à la date de ce jour, à Monsieur Edouard dit Eddy Erpelding, gérant de société, demeurant à Bridel, ici présent et ce acceptant, toutes ses parts, savoir 60 parts sociales.

b) Monsieur Robert Darne, prénommé, déclare par les présentes céder et transporter avec toutes les garanties de fait et de droit, avec effet à la date de ce jour, à Monsieur Eddy Erpelding, prénommé, ici présent et ce acceptant, toutes ses parts, savoir 40 parts sociales.

Les cessions de parts ont lieu au prix de mille deux cents euros (1.200,- EUR), montant que les cédants déclarent avoir reçu en dehors de la présence du notaire instrumentant, ce dont il est consenti bonne et valable quittance.

Les parts cédées ne sont représentées par aucun titre. Le cessionnaire est propriétaire des parts cédées à partir de ce jour et il aura droit aux bénéfices éventuels y afférents à compter de ce jour.

En conséquence, les cédants mettent et subrogent le cessionnaire dans tous leurs droits et obligations attachés aux parts sociales présentement cédées.

Ensuite, l'associé restant, à savoir:

Monsieur Eddy Erpelding, prénommé, a pris les résolutions suivantes:

Première résolution

L'associé déclare donner son accord à la cession de parts ci-avant documentée conformément à l'article 189 de la loi du 10 août 1915.

Deuxième résolution

Suite aux cessions de parts qui précèdent, l'associé décide de modifier l'article 6 des statuts pour lui donner désormais la teneur suivante:

«**Art. 6.** Le capital social est fixé à douze mille trois cent quatre-vingt-quatorze euros soixante-huit cents (12.394,68 EUR) représenté par cent (100) parts sociales de cent vingt-trois virgule neuf mille quatre cent soixante huit euros (123,9468 EUR) chacune, entièrement libérées et détenues par l'associé unique, Monsieur Eddy Erpelding, gérant de sociétés, demeurant à Bridel.

Lorsque et aussi longtemps qu'un associé réunit toutes les parts sociales entre ses seules mains, la société est une société unipersonnelle au sens de l'article 179(2) de la loi modifiée sur les sociétés commerciales; dans cette éventualité, les articles 200-1 et 200-2 entre autres, de la même loi sont d'application, c'est-à-dire chaque décision de l'associé unique ainsi que chaque contrat entre celui-ci et la société doivent être établis par écrit et les clauses concernant les assemblées générales des associés ne sont pas applicables.»

Troisième résolution

L'associé décide d'accepter la démission de Monsieur Steve Darne, prénommé, de sa fonction de gérant et lui accorde pleine entière décharge pour l'exercice de son mandat, jusqu'à ce jour.

Quatrième résolution

Est nommé gérant de la société pour une durée indéterminée:

Monsieur Eddy Erpelding, prénommé.

Monsieur Eddy Erpelding, en sa qualité de gérant unique, déclare accepter lesdites cessions de parts au nom et pour compte de la société et dispenser les cédants de les faire notifier à la société, le tout conformément à l'article 1690 du Code Civil.

Dont acte, fait et passé à Hesperange, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, ceux-ci ont signé avec le notaire le présent acte.

Signé: S. Darne, R. Darne, E. Erpelding, G. Lecuit

Enregistré à Luxembourg, le 11 novembre 2002, vol. 14CS, fol. 98, case 9. – Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour copie conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Hesperange, le 20 novembre 2002.

G. Lecuit.

(87767/220/63) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 4 décembre 2002.

GOLFLINE, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: Luxembourg.
R. C. Luxembourg B 55.933.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 4 décembre 2002.
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Hesperange, le 20 novembre 2002.

G. Lecuit.

(87768/220/9) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 4 décembre 2002.

MANUPED, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: Alzingen.
R. C. Luxembourg B 19.149.

DISSOLUTION

L'an deux mille deux, le cinq novembre.

Par-devant Maître Gérard Lecuit, notaire de résidence à Hesperange.

Ont comparu:

1. Madame Hélène Grober-Berscheid, employée privée, demeurant à Eischen.
2. Madame Berthe Berscheid-Schwebach, commerçante, demeurant à Alzingen.

Lesquelles comparantes ont requis le notaire instrumentant d'acter ce qui suit:

- qu'elles sont les seules et uniques associées de la société à responsabilité limitée MANUPED, S.à r.l., ayant son siège social à Alzingen, constituée suivant acte notarié, en date du 5 février 1982, publié au Mémorial, Recueil Spécial C numéro 108 du 21 mai 1982, dont les statuts furent modifiés en dernier lieu suivant acte notarié en date du 4 décembre 1989, publié au Mémorial, Recueil Spécial C 1990 page 9306. Le capital social a été converti en euros suivant une décision de l'assemblée générale des associés tenue en date du 2 janvier 2002, publié au Mémorial, Recueil C numéro 700 du 7 mai 2002;

- que le capital social de la société s'élève actuellement à quinze mille euros (15.000,- EUR) représenté par six cents (600) parts sociales de vingt-cinq euros (25,- EUR) chacune, entièrement libérées;

- qu'elles ont décidé d'un commun accord de dissoudre et de liquider la société à responsabilité limitée MANUPED, S.à r.l.;

- qu'elles prononcent la dissolution de la société à responsabilité limitée MANUPED, S.à r.l. et sa mise en liquidation avec effet immédiat;

- qu'elles constatent que la liquidation a eu lieu aux droits des tiers et des parties;

- que les livres et documents de la société sont conservés pendant une durée de cinq années au siège social de la société à Alzingen, 40, rue de Roeser.

Dont acte, fait et passé à Hesperange, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparantes, celles-ci ont signé le présent acte avec le notaire.

Signé: H. Grober-Berscheid, B. Berscheid-Schwebach, G. Lecuit.

Enregistré à Luxembourg, le 18 novembre 2002, vol. 137S, fol. 1, case 11. – Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour copie conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Hesperange, le 26 novembre 2002.

G. Lecuit.

(87781/220/35) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 4 décembre 2002.

WINDPARK OP DER HEI AG, Aktiengesellschaft.

Gesellschaftssitz: L-9233 Diekirch, 20, avenue de la Gare.
R. C. Diekirch B 4.127.

*Auszug aus dem Protokoll der Ausserordentlichen Generalversammlung
der Aktionäre abgehalten in Diekirch am 28. Mai 2002*

Aus dem Protokoll geht hervor, dass mit Effekt zum 1. Januar 2002 das Kapital in Euro abgeändert wurde, sodass nach dieser Umwandlung das Kapital 427.616,34 Euro beträgt, aufgeteilt in 345 Aktien zu je 1.239,47 Euro. Der Artikel 5 der Satzung der Gesellschaft wurde dementsprechend abgeändert und lautet nun wie folgt: «Das Gesellschaftskapital beträgt 427.616,34 Euro, aufgeteilt in 345 Aktien zu je 1.239,47 Euro.

Diekirch, den 28. Mai 2002.

Für die Gesellschaft

Unterschrift

Enregistré à Luxembourg, le 28 novembre 2002, vol. 577, fol. 25, case 2. – Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(94088/800/17) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Diekirch, le 3 décembre 2002.

JACOBY FRERES, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-9645 Derenbach.

R. C. Diekirch B 2.106.

Les comptes annuels au 31 décembre 2001, enregistrés à Diekirch, le 29 novembre 2002, vol. 272, fol. 45, case 9, ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Diekirch, le 2 décembre 2002.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Diekirch, le 2 décembre 2002.

Signature.

(94085/591/10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Diekirch, le 2 décembre 2002.

**ABN AMRO MULTI-MANAGER FUNDS, Fonds Commun de Placement,
(Formerly named A.A.ADVISORS MULTI-MANAGER FUNDS).**

Shareholders of ABN AMRO MULTI-MANAGER FUNDS (Formerly named A.A.ADVISORS MULTI-MANAGER FUNDS) (the «Company») are hereby informed of the following changes relating to the Company:

1. Change of Profile Funds Benchmarks

In order to better reflect the asset allocation of the Defensive, the Diversified, and the Dynamic Profile Funds of the Company, it has been decided to redefine each Fund's benchmark as follows:

- Defensive Profile Fund: 25 % MSCI World Index - total return in Euro + 70 % JP MORGAN GLOBAL GOVERNMENT BOND EMU Index in Euro + 5 % EONIA
- Diversified Profile Fund: 50 % MSCI World Index - total return in Euro + 45 % JP MORGAN GLOBAL GOVERNMENT BOND EMU Index in Euro + 5 % EONIA
- Dynamic Profile Fund: 75 % MSCI World Index - total return in Euro + 20 % JP MORGAN GLOBAL GOVERNMENT BOND EMU Index in Euro + 5 % EONIA

Such change of benchmarks will be applicable as of January 1st, 2003.

2. Increase of Profile Funds Management Fees

As from January 1, 2003, the current rates of the annual management fees of the Profile Funds will be raised as follows:

- Defensive Profile Fund: 1 %
- Diversified Profile Fund: 1.25 %
- Dynamic Profile Fund: 1.50 %

3. Change of Cut-Off Time

The cut-off time for subscription, redemption or conversion of Shares of any Class in any Fund of the Company will be set at 16.00 p.m. (Luxembourg time), instead of 11.00 a.m. (Luxembourg time), as from December 20, 2002.

4. Class of Shares

Holder of current Shares in the Defensive Profile Fund, the Diversified Profile Fund and the Dynamic Profile Fund are hereby informed that as from the date of publication of this notice, such Shares will take the denomination of Class A Shares.

Shareholders affected by the adjustments described above under paragraph 1 and 2 are given the possibility, upon request, to redeem their Shares free of any redemption fee or charges as from the date of publication of this notice and until January 31, 2003.

All these changes will be combined in a new Prospectus of the Company to be issued and dated December 2002. Such Prospectus will be available upon request at the registered office of the Company as from December 20, 2002.

(05226/755/34)

The Board of Directors.

LOG S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2420 Luxembourg, 11, avenue Emile Reuter.

R. C. Luxembourg B 83.888.

Messieurs les Actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le 10 janvier 2003 à 10.00 au siège social de la société, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

- a. rapport du Conseil d'Administration sur l'exercice 2002;
- b. rapport du commissaire de Surveillance;
- c. lecture et approbation du Bilan et du Compte de Profits et Pertes arrêtés au 30 septembre 2002;
- d. affectation du résultat;
- e. décharge à donner aux Administrateurs et au Commissaire;
- f. délibération conformément à l'article 100 de la loi sur les sociétés commerciales;
- g. divers.

I (05152/045/17)

Le Conseil d'Administration.

86730

SOROKINA S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-2311 Luxembourg, 3, avenue Pasteur.

R. C. Luxembourg B 55.651.

Le Conseil d'Administration a l'honneur de convoquer Messieurs les actionnaires par le présent avis, à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui aura lieu le 8 janvier 2003 à 17.15 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Approbation des rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes.
2. Approbation du bilan et du compte de pertes et profits au 30 septembre 2002, et affectation du résultat.
3. Décharge à donner aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes pour l'exercice de leur mandat au 30 septembre 2002.
4. Divers.

I (05149/005/15)

Le Conseil d'Administration.

CANILLAC HOLDING S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 23, avenue Monterey.

R. C. Luxembourg B 60.388.

Les actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

qui aura lieu le 9 janvier 2003 à 10.00 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport de gestion du Conseil d'Administration et rapport du Commissaire
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 août 2002
3. Ratification de la cooptation de deux Administrateurs
4. Décharge aux Administrateurs et au Commissaire
5. Nominations statutaires
6. Divers

I (05191/795/16)

Le Conseil d'Administration.

FABER (LUXEMBOURG) HOLDING S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 23, avenue Monterey.

R. C. Luxembourg B 28.039.

Les actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

qui aura lieu le 9 janvier 2003 à 10.00 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport de gestion du Conseil d'Administration et rapport du Commissaire
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 30 juin 2002
3. Décharge aux Administrateurs et au Commissaire
4. Divers

I (05188/795/14)

Le Conseil d'Administration.

OTIS S.A. LUXEMBOURG, Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 26, rue Louvigny.

R. C. Luxembourg B 28.220.

Les actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

qui aura lieu le 14 janvier 2003 à 11.00 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport de gestion du Conseil d'Administration et rapport du Commissaire
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 30 septembre 2002
3. Décharge aux Administrateurs et au Commissaire
4. Divers

I (05190/795/14)

Le Conseil d'Administration.

SUMMA GESTION S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-1118 Luxembourg, 14, rue Aldringen.
R. C. Luxembourg B 35.231.

Les actionnaires sont priés d'assister à

L'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra exceptionnellement le *10 janvier 2003* à 14.00 heures, au siège social, 14, rue Aldringen, L-1118 Luxembourg pour délibérer sur l'ordre du jour conçu comme suit:

Ordre du jour:

1. Présentation des comptes annuels, du rapport de gestion du Conseil d'Administration et du rapport du commissaire aux comptes
2. Approbation des comptes annuels au 31 décembre 2001
3. Affectation du résultat
4. Décharge à donner aux administrateurs pour l'exercice écoulé et pour la tardivité de la tenue de l'Assemblée Générale statutaire
5. Décharge à donner au commissaire aux comptes
6. Nominations statutaires
7. Divers.

I (05166/029/20)

Le Conseil d'Administration.

RIDGEWELL INTERNATIONAL S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: Luxembourg, 23, avenue Monterey.
R. C. Luxembourg B 26.962.

Les actionnaires sont convoqués par le présent avis à

L'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

qui aura lieu le *6 janvier 2003* à 9.30 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

Délibération et décision sur la dissolution éventuelle de la société conformément à l'article 100 de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales.

L'Assemblée Générale du 4 novembre 2002 n'a pas pu délibérer valablement sur ce point de l'ordre du jour, le quorum prévu par la loi n'ayant pas été atteint.

II (05016/795/14)

Le Conseil d'Administration.

LOOFINLUX S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-1118 Luxembourg, 14, rue Aldringen.
R. C. Luxembourg B 28.798.

Les actionnaires sont priés d'assister à

L'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

qui se tiendra le *30 décembre 2002* à 14.30 heures, au siège social, 14, rue Aldringen, L-1118 Luxembourg pour délibérer sur l'ordre du jour conçu comme suit:

Ordre du jour:

1. Transformation de la société anonyme holding en société de participations financières et modification afférente de l'article 4 des statuts pour lui donner la teneur suivante:
«**Art. 4.** La société a pour objet la prise de participations sous quelque forme que ce soit dans les sociétés luxembourgeoises ou étrangères, l'acquisition par achat, souscription ou de toute autre manière de valeurs mobilières de toutes espèces, la gestion ou la mise en valeur du portefeuille qu'elle possédera, l'acquisition, la cession et la mise en valeur de brevets et des licences y rattachées.
La société peut prêter ou emprunter avec ou sans garantie, elle peut participer à la création et au développement de toutes sociétés et leur prêter tous concours. D'une façon générale, elle peut prendre toutes mesures de contrôle, de surveillance et de documentation et faire toutes opérations qu'elle jugera utiles à l'accomplissement ou au développement de son objet, en restant toutefois dans les limites tracées par l'article 209 de la loi sur les sociétés commerciales telle que modifiée.»
2. Modification de la disposition générale contenue dans le prédit acte de constitution, par la suppression de la relation de la loi du 31 juillet 1929 sur les sociétés de participations financières, pour donner à cette disposition générale la teneur suivante:
«Pour tous les points non réglés par les présents statuts, les parties s'en réfèrent et se soumettent aux dispositions de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales et de ses lois modificatives.»

II (05167/029/27)

Le Conseil d'Administration.

PUTNAM INTERNATIONAL FUND, Société d'Investissement à Capital Variable.

Registered office: L-1118 Luxembourg, 11, rue Aldringen.
R. C. Luxembourg B 11.197.

The Shareholders of PUTNAM INTERNATIONAL FUND (the «Company») are hereby informed that the net assets of the Company have fallen below an amount upon which the Board of Directors has concluded that the Company is no longer economically viable and therefore proposes to dissolve and liquidate the Company.

The Shareholders of the Company are consequently inviting to attend an

EXTRAORDINARY GENERAL MEETING

of Shareholders of the Company to be held at the registered office of the Company, 11, rue Aldringen, L-1118 Luxembourg, on 30 December 2002 at 2.00 p.m. with the following agenda:

Agenda:

1. To approve the dissolution of the Company and to put it into liquidation.
2. To approve the appointment of BDO COMPAGNIE FIDUCIAIRE S.A., represented by Messrs Guy Hornick, partner and Théo Limpach, senior manager, as the liquidator of the Company and to determine the powers of the liquidator.
3. To determine the date of the second extraordinary general meeting of Shareholders with on the agenda of such meeting to receive the report of the auditor and of the liquidator, to discharge the liquidator, the directors and the auditors, and to close the liquidation

All Shareholders are entitled to attend and vote and are entitled to appoint proxies to attend and vote instead of them. A proxy need not be a member of the Company.

To be valid, a form of proxy, available at the registered office of the Company, must be lodged with the Company at its registered office for the attention of Mrs Anne-Pascale Debouille, KREDIETRUST LUXEMBOURG, Investment Funds Department, 11, rue Aldringen, L-2960 Luxembourg, at your earliest convenience but in any case prior to December 26, 2002 at 3 p.m.

It should be noted that issues and redemptions will be suspended following and subject to the resolution of the Shareholders approving the liquidation of the Company. Shareholders may continue to redeem their Shares up to 12.00 a.m. on the date of the extraordinary general meeting on 30 December 2002 or, should the quorum of fifty percent (50%) of the Shares issued and outstanding not be met at the meeting, in case of a reconvened meeting, up to 12.00 a.m. on the date of a second extraordinary general meeting which should take place on 17 February 2003 with the same agenda as above.

A provision for liquidation costs of USD 110,000.- has been made and is reflected in the net asset value per Share.

In order to take part in the extraordinary general meeting the owners of bearer Shares must deposit their Shares certificates at the latest on December 23, 2002 at the registered office of the Company.

Please note that the resolutions on the above mentioned agenda will require a quorum of fifty percent of the Shares outstanding and the first resolution will be passed by a majority of two-thirds of the Shares present or represented at the meeting.

II (05057/755/39)

The Board of Directors.

AMITY INTERNATIONALE S.A., Société Anonyme.

Registered office: Luxembourg, 69, route d'Esch.
R. C. Luxembourg B 37.824.

All shareholders are hereby convened to attend the

EXTRAORDINARY GENERAL MEETING

which will be held on December 30, 2002 at 11.00 a.m. at 180, rue des Aubépines, L-1145 Luxembourg, with the following agenda.

Agenda:

1. Reports of the board of directors and of the statutory auditor on the annual balance sheets and profit and loss accounts for the years ended March 31, 1998, March 31, 1999, March 31, 2000, March 31, 2001 and March 31, 2002.
2. Presentation and approval of the annual balance sheets and profit and loss accounts for the years ended March 31, 1998, March 31, 1999, March 31, 2000, March 31, 2001 and March 31, 2002.
3. Decision to be taken with respect to article 100 of the modified law of August 10, 1915 on commercial companies.
4. Discharge to the directors and the statutory auditor.
5. Statutory elections.
6. Miscellaneous.

Each shareholder present in person or by proxy is entitled to one vote in respect of each share of which he is the holder. No quorum is required and the resolutions are taken by a simple majority of votes.

Bearer shareholders wishing to attend the meeting must deposit their shares at a bank and remit a certificate of deposit issued by DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG, Société Anonyme, 69, route d'Esch, L-2953 Luxembourg, to the registered office of the company at least 48 hours before the meeting.

To attend the meeting by proxy, shareholders must submit forms of proxy, duly completed, so as to be received by the Company at the registered office no later than 48 hours before the time appointed for the meeting.

II (05136/000/27)

The Board of Directors.

RISPOLL INVESTMENT HOLDING S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-2163 Luxembourg, 27, avenue Monterey.
R. C. Luxembourg B 64.816.

Les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra exceptionnellement le 30 décembre 2002 à 14.00 heures, au siège social, 27, avenue Monterey, L-2163 Luxembourg pour délibérer sur l'ordre du jour conçu comme suit:

Ordre du jour:

1. Présentation des comptes annuels, du rapport de gestion du Conseil d'Administration et du rapport du Commissaire aux comptes
2. Approbation des comptes annuels au 31 décembre 2001
3. Affectation du résultat
4. Décharge à donner aux administrateurs pour l'exercice écoulé et pour la tardivité de la tenue de l'Assemblée Générale statutaire
5. Décharge à donner au commissaire aux comptes
6. Nominations statutaires
7. Divers

II (05087/029/20)

Le Conseil d'Administration.

FINANCIAL OVERSEAS INVESTMENT, Société Anonyme Holding.

Siège social: L-1118 Luxembourg, 14, rue Aldringen.
R. C. Luxembourg B 33.333.

Les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra exceptionnellement le 30 décembre 2002 à 15.30 heures, au siège social, 14, rue Aldringen, L-1118 Luxembourg pour délibérer sur l'ordre du jour conçu comme suit:

Ordre du jour:

1. Présentation des comptes annuels, du rapport de gestion du Conseil d'Administration et du rapport du Commissaire aux comptes
2. Approbation des comptes annuels au 31 décembre 2001
3. Affectation du résultat
4. Décharge à donner aux administrateurs pour l'exercice écoulé et pour la tardivité de la tenue de l'Assemblée Générale statutaire
5. Décharge à donner au commissaire aux comptes
6. Nominations statutaires
7. Divers

II (05088/029/20)

Le Conseil d'Administration.

SLS S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 23, avenue Monterey.
R. C. Luxembourg B 17.959.

Les actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE REPORTEE

qui aura lieu le 30 décembre 2002 à 10.00 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport de gestion du Conseil d'Administration et rapport du Commissaire
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 décembre 2001
3. Décharge aux Administrateurs et au Commissaire
4. Délibération et décision sur la dissolution éventuelle de la société conformément à l'article 100 de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales
5. Divers

II (05139/795/16)

Le Conseil d'Administration.

GERAM INTERNATIONAL HOLDING S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 23, avenue Monterey.
R. C. Luxembourg B 19.372.

Les actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

qui aura lieu le 2 janvier 2003 à 10.00 heures, au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport de gestion du Conseil d'Administration et rapport du Commissaire
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 30 septembre 2002
3. Décharge aux Administrateurs et au Commissaire
4. Nominations statutaires
5. Délibération et décision sur la dissolution éventuelle de la société conformément à l'article 100 de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales
6. Divers

II (05089/795/17)

Le Conseil d'Administration.

GOLDEN BRIDGE HOLDING S.A., Société Anonyme.

Registered office: Luxembourg, 23, avenue Monterey.
R. C. Luxembourg B 47.405.

Messrs Shareholders are hereby convened to attend the

ANNUAL GENERAL MEETING

which will be held exceptionally on December 30, 2002 at 10.00 a.m. at the registered office, with the following agenda:

Agenda:

1. Submission of the management report of the Board of Directors and the report of the Statutory Auditor
2. Approval of the annual accounts and allocation of the results as at December 31, 2001
3. Discharge of the Directors and Statutory Auditor
4. Action on a motion relating to the possible winding-up of the company as provided by Article 100 of the Luxembourg law on commercial companies of August 10, 1915
5. Miscellaneous.

II (05140/795/16)

The Board of Directors.

EUROCLASS MULTIMEDIA HOLDING S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 23, avenue Monterey.
R. C. Luxembourg B 67.071.

Les actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

qui aura lieu exceptionnellement le 31 décembre 2002 à 9.00 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport de gestion du Conseil d'Administration et rapport du Commissaire
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 décembre 2001
3. Décharge aux Administrateurs et au Commissaire
4. Nominations statutaires
5. Divers

II (05142/795/15)

Le Conseil d'Administration.

KADJOU S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-1118 Luxembourg, 14, rue Aldringen.
R. C. Luxembourg B 81.874.

Les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra exceptionnellement le 30 décembre 2002 à 15.30 heures, au siège social, 14, rue Aldringen, L-1118 Luxembourg pour délibérer sur l'ordre du jour conçu comme suit:

Ordre du jour:

1. Présentation des comptes annuels, du rapport de gestion du Conseil d'Administration et du rapport du Commissaire aux comptes
2. Approbation des comptes annuels au 31 décembre 2001

3. Affectation du résultat
4. Décharge à donner aux administrateurs pour l'exercice écoulé et pour la tardivité de la tenue de l'Assemblée Générale statutaire
5. Décharge à donner au commissaire aux comptes
6. Nominations statutaires
7. Divers

II (05101/029/20)

Le Conseil d'Administration.

B.P.D. S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 3, place Dargent.
R. C. Luxembourg B 61.645.

Les Actionnaires sont convoqués par le présent avis à

L'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE REPORTEE

qui aura lieu le 30 décembre 2002 à 9.00 heures au siège social à Luxembourg, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport de gestion du Conseil d'Administration et rapport du Commissaire
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 décembre 2001
3. Décharge aux Administrateurs et au Commissaire
4. Divers.

II (05121/696/14)

Le Conseil d'Administration.

C.I.C.A.C. S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-1118 Luxembourg, 14, rue Aldringen.
R. C. Luxembourg B 34.145.

Les actionnaires sont priés d'assister à

L'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra exceptionnellement le 30 décembre 2002 à 14.00 heures, au siège social, 14, rue Aldringen, L-1118 Luxembourg pour délibérer sur l'ordre du jour conçu comme suit:

Ordre du jour:

1. Présentation des comptes annuels, du rapport de gestion du Conseil d'Administration et du rapport du Commissaire aux comptes
2. Approbation des comptes annuels au 31 décembre 2001
3. Affectation du résultat
4. Décharge à donner aux administrateurs pour l'exercice écoulé et pour la tardivité de la tenue de l'Assemblée Générale statutaire
5. Décharge à donner au commissaire aux comptes
6. Nominations statutaires
7. Divers

II (05102/029/20)

Le Conseil d'Administration.

GEPE INVEST S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-8017 Strassen, 12, rue de la Chapelle.
R. C. Luxembourg B 41.151.

Messieurs les actionnaires sont convoqués par le présent avis à

L'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

qui aura lieu le lundi 6 janvier 2003 à 10.00 heures au siège social de la société, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Décision à prendre conformément à l'article 100 de la loi du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales.
2. Divers.

L'Assemblée Générale Statutaire du 8 avril 2002 n'a pas pu délibérer valablement sur le point 4 de l'ordre du jour, le quorum prévu par la loi n'ayant pas été atteint.

II (05123/000/14)

Le Conseil d'Administration.

PINDELLA HOLDING S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-1118 Luxembourg, 14, rue Aldringen.
R. C. Luxembourg B 74.368.

Les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra exceptionnellement le 30 décembre 2002 à 10.30 heures, au siège social, 14, rue Aldringen, L-1118 Luxembourg pour délibérer sur l'ordre du jour conçu comme suit:

Ordre du jour:

1. Présentation des comptes annuels, du rapport de gestion du Conseil d'Administration et du rapport du Commissaire aux comptes
2. Approbation des comptes annuels au 31 décembre 2000
3. Affectation du résultat
4. Décharge à donner aux administrateurs pour l'exercice écoulé et pour la tardivité de la tenue de l'Assemblée Générale statutaire
5. Décharge à donner au commissaire aux comptes
6. Nominations statutaires
7. Divers

II (05103/029/20)

Le Conseil d'Administration.

LAGO S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-1118 Luxembourg, 14, rue Aldringen.
R. C. Luxembourg B 30.125.

Les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra exceptionnellement le 30 décembre 2002 à 15.00 heures, au siège social, 14, rue Aldringen, L-1118 Luxembourg pour délibérer sur l'ordre du jour conçu comme suit:

Ordre du jour:

1. Présentation des comptes annuels, du rapport de gestion du Conseil d'Administration et du rapport du Commissaire aux comptes
2. Approbation des comptes annuels au 31 décembre 2001
3. Affectation du résultat
4. Décharge à donner aux administrateurs pour l'exercice écoulé et pour la tardivité de la tenue de l'Assemblée Générale statutaire
5. Décharge à donner au commissaire aux comptes
6. Nominations statutaires
7. Divers

II (05104/029/20)

Le Conseil d'Administration.

COMPUVISION MEDIA HOLDING S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-2311 Luxembourg, 3, avenue Pasteur.
R. C. Luxembourg B 52.647.

Le Conseil d'Administration a l'honneur de convoquer Messieurs les actionnaires par le présent avis, à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui aura lieu le 2 janvier 2003 à 14.00 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Approbation des rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes.
2. Approbation du bilan et du compte de pertes et profits au 30 septembre 2002, et affectation du résultat.
3. Décharge à donner aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes pour l'exercice de leur mandat au 30 septembre 2002.
4. Divers.

II (05148/005/15)

Le Conseil d'Administration.
